Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

20. April 1981 Nr. 17

Preis 1 DM D 21060 C

Der Tod des Sigurd Debus

bep. Sigurd Debus hatte sich seit Februar am Hungerstreik der Gefangenen beteiligt. Er ist gestorben trotz Zwangsernährung, möglicherweise an den Folgen der Zwangsernährung. Der Häftling Debus war in Hamburg in den sogenannten „Normalvollzug" integriert, also nicht selbst in Isolationshaft. Das nimmt seinem Kampf nicht die Berechtigung. An dem im Februar begonnenen Hungerstreik haben sich viele Gefangene beteiligt, die nicht selbst in Isolationshaft sind, auch viele, die sich nicht als politische Gefangene verstehen, insgesamt mehrere Hundert. Gefordert wurden Veränderungen der Haftbedingungen, Maßnahmen gegen die Überbelegung, geregelte Besuchszeiten. Zugespitzt hat sich der Kampf auf die Abschaffung der Isolationshaft. Die verantwortlichen Politiker und Behörden leugnen, daß Gefangene unter Bedingungen gehalten werden, die zu einer Zerstörung ihrer Persönlichkeit führen. Die politischen Gefangenen hätten teilweise bessere Haftbedingungen als die anderen: Fernsehen, Zugang zu Büchern und Zeitschriften, Privatkleidung, Kontakte in kleinen Gruppen. Das sind zynische Beschönigungen angesichts der völligen Isolierung von der Außenwelt, abgesehen von eingeschränkten Besuchsmöglichkeiten unter demütigenden Bedingungen; angesichts der totalen, entwürdigenden Überwachung, angesichts der Tatsache, daß auch die angeführten „Vergünstigungen" noch in sehr unterschiedlichem Ausmaß gewährt werden. Eine Betongruft bleibt auch mit Fernseher eine Gruft. Nicht wider-

haft. Das nimmt seinem Kampf nicht die Berechtigung. An dem im Februar begonnenen Hungerstreik haben sich viele Gefangene beteiligt, die nicht selbst in Isolationshaft sind, auch viele, die sich nicht als politische Gefangene verstehen, insgesamt mehrere Hundert. Gefordert wurden Veränderungen der Haftbedingungen, Maßnahmen gegen die Überbelegung, geregelte Besuchszeiten. Zugespitzt hat sich der Kampf auf die Abschaffung der Isolationshaft. Die verantwortlichen Politiker und Behörden leugnen, daß Gefangene unter Bedingungen gehalten werden, die zu einer Zerstörung ihrer Persönlichkeit führen. Die politischen Gefangenen hätten teilweise bessere Haftbedingungen als die anderen: Fernsehen, Zugang zu Büchern und Zeitschriften, Privatkleidung, Kontakte in kleinen Gruppen. Das sind zynische Beschönigungen angesichts der völligen Isolierung von der Außenwelt, abgesehen von eingeschränkten Besuchsmöglichkeiten unter demütigenden Bedingungen; angesichts der totalen, entwürdigenden Überwachung, angesichts der Tatsache, daß auch die angeführten „Vergünstigungen" noch in sehr unterschiedlichem Ausmaß gewährt werden. Eine Betongruft bleibt auch mit Fernseher eine Gruft. Nicht widerlegt ist das psychiatrische Gutachten, nach dem Kontakte in einer Gruppe von drei oder vier Häftlingen nicht ausreichen, um einen Verfall der Persönlichkeit zu verhindern. Nicht wider-

legt ist das Argument der Anwälte der Gefangenen, die Forderung nach Zusammenlegung in einer größeren Gruppe sei keine Forderung nach einem politischen Privileg, sondern ein Kompromiß gegenüber der Forderung nach Eingliederung in den „Normalvollzug", nachdem dies seit Jahren verweigert worden oder in der Weise gewährt worden sei, daß die Bedingungen der Isolationshaft mehr oder weniger auf die Häftlinge im „Normalvollzug" ausgedehnt und schon auf diese Weise die politischen Gefangenen von den übrigen Häftlingen isoliert worden seien.

Es gibt keine Rechtfertigung für diese Bedingungen der Isolationshaft. Sie zu beseitigen, dem Staat diese Methoden zur Zerstörung der Persönlichkeit von Gefangenen aus der Hand zu schlagen, ist notwendig schon aus Gründen der einfachen Menschlichkeit. Das politische Kalkül des Staatsapparats ist ein weiterer Grund. Natürlich ist die Milde, mit der rechtsextreme Terroristen und Organisationen behandelt werden, und die Brutalität gegenüber denjenigen, die revolutionäre Ziele und Motive für eine Strategie des individuellen Terrors beanspruchen, kein Zufall. Hier soll ein Exempel statuiert werden gegen revolutionäre Bestrebungen. Der Staat schafft Unterdrückungsinstrumente und institutionalisiert Unterdrückungsmethoden, deren Anwendung je nach politischer Opportunität beliebig auf revolutionäre Kräfte ausgedehnt werden kann. Das kapitalistische Klasseninteresse wird hinter der Staatsraison versteckt: „Der Staat darf sich nicht erpressen lassen" – nämlich dazu, der Forderung nach Beseitigung dieser barbarischen Unterdrückungs- und Abschreckungsmethoden nachzukommen.

Kein Zufall ist allerdings auch, daß dieses Exempel an denen statuiert wird, deren revolutionäre Ansprüche im Gegensatz stehen zu ihrer Praxis. Die Taktik des bewaffneten Guerilla-Kampfes ist unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen in der BRD nicht revolutionär. Sie wird gerechtfertigt mit der gewaltsamen Aufrechterhaltung ungerechter und unmenschlicher Verhältnisse durch die herrschende Klasse, aber diese Rechtfertigung ist hinfällig, denn diese Taktik trägt nichts bei zur Beseitigung dieser Verhältnisse. Sie demoralisiert die Massen, statt sie zusammenzuschließen, und gibt so der staatlichen Unterdrückung Spielraum und Vorwände. Drastisch widerlegt ist das Konzept der RAF schon dadurch, daß seine überlebenden Anhänger ganz überwiegend in den Gefängnissen um die bloße Selbsterhaltung kämpfen müssen. Eine bittere Selbsttäuschung und zudem ein Hindernis für den Kampf gegen die Isolationshaft ist der Versuch, diese Aktion der bloßen Notwehr zur Fortsetzung des bewaffneten Kampfes erklären zu wollen. Die Aktion der RAF-Gefangenen hatte zunehmend den Charakter einer Verzweiflungstat. Verzweiflung über die Möglichkeiten, die Haftbedingungen, denen einige schon seit Jahren unterworfen sind, zu ändern; aber auch der verzweifelte Versuch, sich über das Scheitern ihres politischen Konzepts hinwegzusetzen, durch den Hungerstreik sogar unter Einsatz des eigenen Lebens ein neues Fanal zu setzen.

Findet das Konzept des „bewaffneten Kampfes" neue Anhänger? Die Anschläge der letzten Zeit deuten dar-

Kampfes ist unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen in der BRD nicht revolutionär. Sie wird gerechtfertigt mit der gewaltsamen Aufrechterhaltung ungerechter und unmenschlicher Verhältnisse durch die herrschende Klasse, aber diese Rechtfertigung ist hinfällig, denn diese Taktik trägt nichts bei zur Beseitigung dieser Verhältnisse. Sie demoralisiert die Massen, statt sie zusammenzuschließen, und gibt so der staatlichen Unterdrückung Spielraum und Vorwände. Drastisch widerlegt ist das Konzept der RAF schon dadurch, daß seine überlebenden Anhänger ganz überwiegend in den Gefängnissen um die bloße Selbsterhaltung kämpfen müssen. Eine bittere Selbsttäuschung und zudem ein Hindernis für den Kampf gegen die Isolationshaft ist der Versuch, diese Aktion der bloßen Notwehr zur Fortsetzung des bewaffneten Kampfes erklären zu wollen. Die Aktion der RAF-Gefangenen hatte zunehmend den Charakter einer Verzweiflungstat. Verzweiflung über die Möglichkeiten, die Haftbedingungen, denen einige schon seit Jahren unterworfen sind, zu ändern; aber auch der verzweifelte Versuch, sich über das Scheitern ihres politischen Konzepts hinwegzusetzen, durch den Hungerstreik sogar unter Einsatz des eigenen Lebens ein neues Fanal zu setzen.

Findet das Konzept des „bewaffneten Kampfes" neue Anhänger? Die Anschläge der letzten Zeit deuten dar-

auf hin. Bei der Suche nach den Ursachen stößt man allerdings nicht auf die „terroristischen Kommandozentralen" in den Gefängnissen. Man stößt eher auf die Maßnahmen der Innenminister, die vorgeben, mit der Isolationshaft der Ausbreitung des Terrorismus entgegenwirken zu wollen. Man stößt auf die Massenverhaftungen in Nürnberg. Man stößt aber auch auf Massenfestnahmen in Westberlin, wo allein bei einer einzigen Gelegenheit in einem besetzten Haus 130 Mitglieder des Häuserrats wegen Verdachts auf „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" festgenommen wurden. In der Jugendbewegung, in der Bewegung der Hausbesetzer, in der Bewegung gegen Militarismus und Krieg, in der Bewegung gegen die Umweltzerstörung *gibt* es eine Spaltung zwischen Pazifismus und „Militanz". Vielen Kräften beider Richtungen gemeinsam ist die ausdrückliche Absage an die Perspektive einer längerfristigen, organisierten Anstrengung zur revolutionären Veränderung der Gesellschaftsordnung zugunsten der Forderung nach Revolutionierung der persönlichen Lebensumstände hier und heute. Die herrschende Klasse nutzt und vertieft diese Spaltung durch massive Unterdrückungsmaßnahmen. Einheitliche Abwehr dieser staatlichen Repression, Unterstützung der unmittelbaren Ziele dieser Bewegungen, aber auch die Kritik der in ihnen verbreiteten politischen Vorstellungen ist notwendig, um einer Weiterentwicklung der falschen Alternativen von Pazifismus und der Suche nach friedlicher Idylle in den „Nischen" der Gesellschaft einerseits, einem blinden, gewaltsamen Aktionismus andererseits zu verhindern.



Nach einen fünfzehnjährigen bewaffneten Befreiungskampf erlangte das Volk von Zimbabwe vor einem Jahr, am 18. April 1980, seine nationale Unabhängigkeit. Bild: Der Premierminister Zimbabwes, Robert Mugabe

Die innenpolitische Entwicklung in Polen hat sich weiter beschleunigt

„Land-Solidarität" anerkannt / Kongreß der PVAP-Linken in Thorn / Friedensdemonstration in Wroclaw

gek. Die von Ministerpräsident General Jaruzelski im Sejm durchgesetzte Resolution, die für die Regierung freie Hand zur Durchsetzung der notwendigen Reformen gefordert hat, bei Suspendierung aller Streikaktionen auf zwei Monate, hat, wie gehofft, nicht zu einer Verschärfung der innenpolitischen Lage geführt, sondern scheint im Gegenteil ihre Bereinigung zu beschleunigen. Zwar hat sich der Landes-

Innerhalb der Partei hat der linke Flügel einen vom Politbüro doch noch genehmigten, allerdings informellen und in den Medien kaum dokumentierten Kongreß in Thorn abhalten können. Es waren 500 Delegierte, hauptsächlich Vertreter von Betriebsparteikomitees aus ganz Polen. Soweit zu hören war, wurden personelle Konsequenzen in der Parteiführung gefordert und die Forderungen zum Statut



Nach einen fünfzehnjährigen bewaffneten Befreiungskampf erlangte das Volk von Zimbabwe vor einem Jahr, am 18. April 1980, seine nationale Unabhängigkeit. Bild: Der Premierminister Zimbabwes, Robert Mugabe

Die innenpolitische Entwicklung in Polen hat sich weiter beschleunigt

„Land-Solidarität" anerkannt / Kongreß der PVAP-Linken in Thorn / Friedensdemonstration in Wroclaw

gek. Die von Ministerpräsident General Jaruzelski im Sejm durchgesetzte Resolution, die für die Regierung freie Hand zur Durchsetzung der notwendigen Reformen gefordert hat, bei Suspendierung aller Streikaktionen auf zwei Monate, hat, wie gehofft, nicht zu einer Verschärfung der innenpolitischen Lage geführt, sondern scheint im Gegenteil ihre Bereinigung zu beschleunigen. Zwar hat sich der Landes-

koordinierungsrat von „Solidarnosć" besorgt über die Möglichkeit eines Mißbrauchs gezeigt. Aber Walesa hat in einem im staatlichen Fernsehen unzensiert verbreiteten Interview (schon das wieder etwas Neues) erklärt, wenn die Regierung selbst sich an die Spitze des Erneuerungsprozesses setze, würde es keinen Grund für Konflikte geben. „Bis jetzt mußten wir alles durch die Anwendung von Zwang erreichen. Warum müssen wir auf die Gesetzgebung zur Lockerung der Zensur drängen, auf das vereinbarte Gewerkschaftsgesetz und die Zulassung einer unabhängigen Bauerngewerkschaft?"

Am Freitag hat die Regierung tatsächlich den größten noch schwelenden Konflikt beseitigt, und die Bauerngewerkschaft „Land-Solidarität" anerkannt. Es war freilich auch nur noch die Anerkennung eines vollendeten Sachverhalts: faktisch besteht die Organisation bereits, mit 3 Mio. Mitgliedern und einem gewählten Vorstand.

Mitte der Woche veröffentlichte das Zentralorgan der PVAP, die „Trybuna Ludu", ein Arbeitsprogramm von „Solidarnosć", in dem es u.a. heißt, die Gewerkschaft sehe sich selbst als

Arbeitsprogramm von „Solidarnosć" – Text auf Seite 6

den „Hauptgaranten der Erneuerung". Sie sei bereit, an der Wirtschaftsreform mitzuwirken und für dieses Jahr auf weitere Lohnforderungen zu verzichten. Jedoch sei eine „durchgreifende Reform des Systems der Machtausübung" erforderlich, insbesondere was die Existenz „einer kleinen Gruppe von Regierenden, die von der Kontrolle der Regierten ausgenommen ist", angeht.

Innerhalb der Partei hat der linke Flügel einen vom Politbüro doch noch genehmigten, allerdings informellen und in den Medien kaum dokumentierten Kongreß in Thorn abhalten können. Es waren 500 Delegierte, hauptsächlich Vertreter von Betriebsparteikomitees aus ganz Polen. Soweit zu hören war, wurden personelle Konsequenzen in der Parteiführung gefordert und die Forderungen zum Statut

noch weitergetrieben: alle führenden Parteikader dürften ihr Amt nicht länger als zwei Wahlperioden lang ausüben. Unter großem Beifall rief eine Delegierte aus Sczeczin: „Wir sind in der Lage, ihnen Arbeit zu verschaffen – normale Arbeit!"

In Warschau ist das vor zwei Monaten gewählte zentrale Delegiertengremium der „Demokratischen Partei", einer der Schattenparteien des Regimes, zusammengetreten. Bei dem Parteitag waren von 111 Mitgliedern des Gremiums gerade ein Dutzend noch wiedergewählt worden. Die vollständig ausgewechselte Führung der Partei hat nun erklärt, sie erkenne die „führende Rolle" der PVAP weiter an, fordere jedoch größere Autonomie für sich wie andere politische Kräfte.

In Wroclaw (Breslau) haben 1000 Jugendliche auf Aufruf des neuen Studentenverbandes NSZ für Frieden und Abrüstung demonstriert; zweifellos war damit nicht nur die NATO gemeint. Auch dies ein bedeutender Vorgang, auf den man sich bei Diskussionen in der hiesigen Friedensbewegung vielleicht beziehen sollte.

Die Kritik der sowjetischen Presse trifft jetzt immer direkter die PVAP selbst. Wie 1968 in der CSSR, werden Stimmen von Parteimitgliedern zitiert, die ungenannte Kräfte in der Partei angreifen, welche „mit blumigen, pseudo-parteilichen Phrasen über ideologischen Pluralismus und Partnerschaft von verschiedenen politischen Kräften ihre eigene Abtrünnigkeit verschleiern". Damit würde die Unterminierung der führenden Rolle der Partei durch die anti-sozialistischen Kräfte, mit dem Ziel ihrer Machtergreifung, gefördert.

Militärische Niederlage – politische Offensive

chm. Beshir Gemayel, Generalstabschef der Vereinigten Christlichen Milizen im Libanon, erkärte am Donnerstag, er sei bereit, mit allen Libanesen, also auch mit den Moslems, zu verhandeln, um eine Lösung für den Libanon zu finden. Zugleich soll er auch seine Bereitschaft zu einem „Dialog" mit Syrien bekanntgegeben hatten. Es scheint also, daß die Berichte über einen militärischen Sieg der syrischen Truppen in der Schlacht um Zahle stimmen. Die Phalangisten unter Beshirs Führung haben ihr taktisches Ziel nicht erreicht, von Zahle aus eine Verbindung zu dem von ihnen besetzten Ostbeirut zu schaffen, damit die Kontrolle über die Verbindungsstraße Damaskus-Beirut zu erringen und eine direkte Verbindungsstraße mit den Milizen des Separatisten Haddad im Südlibanon herzustellen. (Womit auch für die israelischen Truppen die Straße frei gewesen wäre, sowohl in den nördlichen Libanon als auch nach Damaskus.)

Mit seinem Angebot setzt Gemayel auf Spaltung, Spaltung der Nationalen Bewegung in sich und ihre Abspaltung von der PLO. Dabei kann er die Doppelrolle, die Syrien spielt, nutzen: Sie ist da zum Schutz der Nationalen Bewegung und in gewisser Weise auch der PLO, ist aber zugleich auch Besatzungsmacht. Aus dieser Doppelrolle, deren eine Seite durchaus expansionistischen Zielen Syriens entspricht, erwachsen die zeitweiligen Widersprüche zu Teilen der Nationalbewegung.

Die eigentliche Trumpfkarte der Phalange ist jedoch, daß sie sich einig weiß in den Zielen sowohl mit Israel als auch mit der Schutzmacht USA: Vertreibung der Palästinenser und Rückverwandlung eines geteilten oder gan-

Truppen in der Schlacht um Zahle stimmen. Die Phalangisten unter Beshirs Führung haben ihr taktisches Ziel nicht erreicht, von Zahle aus eine Verbindung zu dem von ihnen besetzten Ostbeirut zu schaffen, damit die Kontrolle über die Verbindungsstraße Damaskus-Beirut zu erringen und eine direkte Verbindungsstraße mit den Milizen des Separatisten Haddad im Südlibanon herzustellen. (Womit auch für die israelischen Truppen die Straße frei gewesen wäre, sowohl in den nördlichen Libanon als auch nach Damaskus.)

Mit seinem Angebot setzt Gemayel auf Spaltung, Spaltung der Nationalen Bewegung in sich und ihre Abspaltung von der PLO. Dabei kann er die Doppelrolle, die Syrien spielt, nutzen: Sie ist da zum Schutz der Nationalen Bewegung und in gewisser Weise auch der PLO, ist aber zugleich auch Besatzungsmacht. Aus dieser Doppelrolle, deren eine Seite durchaus expansionistischen Zielen Syriens entspricht, erwachsen die zeitweiligen Widersprüche zu Teilen der Nationalbewegung.

Die eigentliche Trumpfkarte der Phalange ist jedoch, daß sie sich einig weiß in den Zielen sowohl mit Israel als auch mit der Schutzmacht USA: Vertreibung der Palästinenser und Rückverwandlung eines geteilten oder gan-

zen Libanon in eine Enklave des US-Imperialismus. Kaum war deutlich, daß die Phalangisten eine Niederlage erleiden würden, erklärte Israel, es werde sich jetzt nicht mehr mit Vergeltungsschlägen begnügen, sondern werde offensiv gegen die Stützpunkte der PLO im Süden des Libanon vorgehen.

Die Regierung Reagan wird nicht zögern, auch wenn ihr der eine oder andere Schritt ihrer Verbündeten unklug erscheinen sollte, sie, wenn's hart auf hart geht, zu unterstützen. Das hat Haig unmißverständlich erklärt bei seinem Besuch in Jerusalem: Die USA werden ein „Abschlachten der Christen" nicht zulassen. Die Zwickmühle in der jetzigen Politik der USA im Nahen Osten liegt darin, daß sie keinen einzigen arabischen Staat für ihre „antisowjetische Front" gewinnen können, ohne der PLO einige Zugeständnisse zu machen. Aber gerade das wollen sie nicht. Eine Schwächung der PLO ist ihnen jederzeit willkommen. Bei der Wahl der Mittel werden sie nicht zimperlich sein.

Spitzentechnik nur als Militärtechnik

frb. Sicherlich zeigt der Flug der amerikanischen Raumfähre den Fortschritt einer bestimmten Technik. Trotzdem muß die Berechtigung dieses Programms bestritten werden.

Verschiedentlich wird auf die Kluft hingewiesen zwischen den Aufwendungen für dieses Programm und der Tatsache, daß sich die US-Behörden nicht in der Lage sehen, die offiziellen Armen ihres eigenen Landes wie bisher zu unterstützen. Ein Vergleich ist durchaus möglich. Neu an der Raumfähre ist die kommerzielle Nutzung. Im wesentlichen aber bleiben die Ausgaben unproduktiv. Es würde wenig Unterschied machen, würden auf Staatskosten Autos, Wohnungen, was immer produziert und hernach verschenkt.

Auch soweit es um die Entwicklung modernster Technik geht, sind Zweifel angebracht. Bekanntlich ist es nicht notwendig, Raumfahrzeuge zu bauen, damit die Teflon-Pfanne entwickelt werde. Selbst dieses Abfallprodukt hat mehr bleibenden Nutzen gestiftet, als alle Mondlandungen, von denen kaum noch die Rede ist, zusammen. Der Fortschritt der Menschheit verlangt heute anderes, auch in der Technik.

Selbst für die Raumfahrt ist der Nutzen des Space Shuttle bestritten worden. In Höhen geostationärer Satelliten kann die Fähre nicht operieren, und rentabel ist sie bloß, weil 10 Mrd. $ Entwicklungskosten aus dem Staatshaushalt vorgeschossen sind.

Es bleibt eine hohe technische Leistung *auf ihrem Gebiet*, die zeigt, was möglich ist, wenn Kooperation in großem Maßstab angewendet wird. Dazu aber kommt es nur ausnahmsweise. Die Fähre wäre nicht entwickelt worden, hätten nicht militärische Interessen den Ausschlag gegeben. Zahlreiche große Entwicklungen wurden nur wegen ihres militärischen Einsatzes gefördert, selbst wenn sie später bessere Verwendung fanden. So das Radar, das Düsentriebwerk. Nur in Verfolgung kriegerischer Herrschaftsinteressen haben kapitalistische Länder ausnahmsweise die Schranke der Konkurrenz, die das Privateigentum setzt, überwunden. Insofern sind jene Entwicklungen gerade bezüglich ihrer technischen Leistungen nicht Beweis der Prosperität der kapitalistischen Produktionsweise, sondern eine Anklage gegen sie.

Rechenschaft für Nürnberger Massenverhaftungen wird weiter verlangt

anh.Nürnberg. Für die Massenverhaftungen in Nürnberg am 5. März ist bisher noch kein Vertreter der bayerischen Landesregierung und der Polizeiführung zur Rechenschaft gezwungen worden. Dennoch läßt die Bewegung für Rechenschaftslegung und Rücktritte nicht locker. Die ersten Stellungnahmen gegen die Massenverhaftungen kamen von allen bürgerlichen Parteien, außer der CDU/CSU, und verschiedenen demokratischen Initiativen, auch die ÖTV-Kreisverwaltung hatte sich sofort dagegen geäußert, die IGM wenig später. Die GEW hat gegen eine Anordnung des Schulrates für ein Nürnberger Gymnasium, alle Debatten über die Verhaftungen zu unterbinden, heftig protestiert. Das Kultusministerium war gezwungen, solch eine Anordnung zu dementieren. Daß es sie gab, wissen die Schüler und Lehrer und zeigt auch eine Äußerung eines CSU-Landtagsabgeordneten, wonach der Grund für die Anweisung eine Unterschriftensammlung an der Schule für die Freilassung der Inhaftierten gewesen sei.

Vom KOMM aus, wo die Festnahmen stattfanden, wurde ein „Ermittlungsausschuß 5. März" eingerichtet, der in Zusammenarbeit mit Festgenommenen, deren Eltern und Rechtsanwälten die Massenverhaftungen untersuchen und dokumentieren will. Der Ausschuß hat sich auch nach der Freilassung aller wegen der Demonstration Verhafteten dafür ausgesprochen, die in einem Zug dabei verhafteten und weiter festgeseetzten angeblichen Werber für die RAF freizulassen. Ebenfalls wurde eine Strafanzeige gegen die 5 Ermittlungsrichter wegen Rechtsbeugung eingereicht.

Die FDP hat diese Politik weitgehend unterstützt. Auf dem FDP-Landesparteitag vom 5.4. faßte sie eine Resolution, in der die Massenverhaftungen als Justizskandal verurteilt werden. Zuvor hatte die Landtagsfraktion bereits 1500 DM für „unschuldig Inhaftierte" gespendet.

Die Forderung nach Rechenschaftlegung für die Nürnberger Aktion geht hinein bis in die klassischen Stimmgrundlagen der CSU. Die deutsche katholische Jugend in Bayern hat sich gegen die Massenverhaftungen ausgesprochen, die bayerischen Bischöfe wagten bisher noch nicht, ausdrücklich für die Aktion Stellung zu nehmen, die traditionell der FDP und SPD verbundene evangelische Kirche hat den Polizeinsatz auf einer regionalen Sitzung mißbilligt.

Auf jeden Fall hat die weitere Entwicklung der Aktionseinheit gegen die Massenverhaftungen nach den großen Demonstrationen in Nürnberg auch unter der CSU Wirkung gezeigt. Die CSU-Landtagsfraktion hatte eine Woche danach eine Erklärung verabschiedet, in der für eventuelle „Pannen" die rücksichtslose Klärung versprochen wurde. Für Strauß war dies ein Anlaß, um die Fraktion aufs schärfste ins Gericht zu nehmen. Die bestand aber auf der Erklärung. Eines ihrer Mitglieder sagte: „Der Staat muß sich bei denen, die unschuldig inhaftiert wurden, entschuldigen". Der Druck der örtlichen Basis auf die CSU-Abgeordneten hat natürlich andere Wirkung als auf den bayerischen Weltpolitiker Strauß. Auch sein Kompagnon in der Arrangierung der Nürnberger Massenverhaftungen, Polizeipräsident Kraus, mußte Zugeständnisse machen. Zwar nicht in der Sache selbst, aber die Verfahren gegen die Evangelische Studentengemeinde wegen der Kritik an einem brutalen Polizeieinsatz bei einer NPD-Kundgebung gegen Gegendemonstranten im letzten Jahr in Nürnberg stellte er jetzt lieber ein.

Offenbar wird der Untersuchungsbericht der SPD im Landtag ein Konzentrationspunkt sein, an dem die Rechenschaftlegung für die Verhaftungen noch erreicht werden kann, wenn dies über die SPD hinaus weiter betriebn wird.

Walter Scheels gezielte Andeutungen eines möglichen Koalitionswechsels

lup. Ob die jetzige Bundesregierung das Ende der gegenwärtigen Wahlperiode des Bundestags überlebe, das hinge ganz davon ab, ob sich Regierung und Koalition als *handlungsfähig* erwiesen, hat Walter Scheel in der vergangenen Woche in einem Interview gegenüber der „Bild-Zeitung" erklärt. Blieben die wichtigen Aufgaben ungelöst, dann suchten sich diese Aufgaben eben eine neue Mehrheit. Ihm sei auch aufgefallen, so bestätigte Scheel, daß in den Fragen, in denen SPD und CDU nicht miteinander klar kämen, CDU und FDP fast immer einer Meinung seien. Als Beispiele für solche Aufgaben, die sich unter Umständen neue Mehrheiten suchten, nannte er den Wohnungsbau und Energiepolitik.

Wenige Tage zuvor hatten die Wirtschaftsinstitute ihr Frühjahrsgutachten veröffentlicht, in dem sie in deutlichen Worten eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie in der Lohnpolitik forderten. Indem sie staatliche Subventionen gekürzt habe, statt an Leistungsgesetze heranzugehen, habe die Bundesregierung der Wirtschaft zusätzliche Schwierigkeiten bereitet. Überfällig seien Korrekturen in der Sozialgesetzgebung, insbesondere die Be-

noch vor Ende der Legislaturperiode an. Kohl geht aber davon aus, daß die Zeit dafür *noch* nicht reif sei, und daß es noch darauf ankommt, die SPD an ihren inneren Widersprüchen zerschleißen zu lassen. Dieser innere Verschleiß der SPD kommt gerade daher, daß die Entwicklung der Wirtschaftskrise der Regierung immer weniger Spielraum gegenüber der Arbeiter- und der demokratischen Bewegung läßt und die Regierung immer mehr dazu übergehen muß, Rechte und Kampfpositionen der Arbeiterbewegung gerade im Bereich der Sozialpolitik, insbesondere der Sozialversicherungen anzugreifen. Unter dem Druck der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung sind aber die Gewerkschaften und bedeutende Teile der SPD immer weniger bereit, die Politik der Regierung zu stützen.

Auch Scheels Ausführungen laufen nicht auf einen unmittelbaren Koalitionswechsel hinaus. Eher sind sie als Warnung an die SPD gedacht, sich die Koalition mit der FDP nicht dadurch zu verscherzen, daß sie den Übergang zu einer offeneren Form der Reaktion behindert. Insbesondere sind sie als Warnungen an die Gewerkschaften

Polizeiterror gegen antifaschistische Türken

Wallmann droht 18 Opfern polizeilicher Schläge die Ausweisung an

fop.Frankfurt. Am Samstag, 11. April, kam es im Frankfurter Bahnhofsviertel zu einer schweren Auseinandersetzung zwischen fortschrittlichen Türken und einem starken Polizeiaufgebot. Anlaß war eine „Folklore"-Veranstaltung, die der faschistische türkische Kulturverein, die Türk-Federation, geplant hatte. Die Veranstaltung sollte zunächst im Vereinslokal im Gutleutviertel abgehalten werden, war dann aber verlegt worden. Dieses Vereinslokal ist eine Zentrale der westdeutschen Sektion der MHP-Jugendorganisation. Es liegt mitten im ausländerreichsten Viertel Frankfurts.

300 bis 400 Türken demonstrierten gegen die Veranstaltung. Sonderkommandos der Polizei prügelten im Bahnhofsviertel gezielt zusammen, was türkisch aussah („Scheißkanaken"). Mindestens 18 Türken wurden festgenommen und in den Zellen des 4. Polizeireviers (Bahnhofsreviers), das als das „sicherste" Europas gilt, mißhandelte. Es setzte Knüppelschläge und Fußtritte, einige mußten sich völlig

nen, solange diese sich im Polizeirevier befanden (über 8 Stunden lang).

Von seinem Urlaubsort wies OB Wallmann (CDU), dessen Partei vor knapp einem Monat in Frankfurt 54% der Stimmen erhalten hatte, die Ausländerbehörde an, alle Festgenommenen ihres Zuständigkeitsbereichs auszuweisen. Das sind vier in Frankfurt wohnhafte Türken, darunter ein 15-jähriges Kind und ein Heranwachsender. Den Gemeinden, aus denen die übrigen kamen, versprach Wallmann Material für Ausweisungen. Die FAZ kommentierte gleich montags: „Den Behörden muß endlich die Handhabe gegeben werden, die gewalttätigen Elemente unter den Ausländern dorthin zu schicken, wo sie hergekommen sind."

Spuckt Wallmann nur große Töne? Bereits im Juli 1979, nachdem in zahlreichen Städten Westdeutschlands, darunter auch in Frankfurt, iranische Schah-Oppositionelle entlarvte Savak-Agenten gestellt und zur Rede gestellt

gung in Betracht, wenn der jugendliche Ausländer hier seinen Lebensmittelpunkt hat. Das alles steht im Erlaß des hessischen Innenministers vom 20.10. 1980, den Wallmann kennt. Was die über 21 Jahre alten Türken angeht, so kommen bei ihnen nur Ausweisungen wegen *Verdachts* einer strafbaren Handlung in Frage, wenn tatsächlich so schnell gehandelt werden soll wie angekündigt. Aber auch das ist so einfach nicht durchzusetzen.

Wallmann hat unterdessen Schützenhilfe vom hessischen Innenminister Gries erhalten, der den Regierungspräsidenten angewiesen hat, den Ausweisungstatbestand der Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung mit in Betracht zu ziehen. Das macht sich bei Türken, die gegen den Ableger heimischer faschistischer Terrororganisationen kämpfen, ganz besonders gut.

Wallmann und Gries spekulieren auf die *politische* Wirkung ihrer Töne.

eines möglichen Koalitionswechsels

Walter Scheels gezielte Andeutungen eines möglichen Koalitionswechsels

lup. Ob die jetzige Bundesregierung das Ende der gegenwärtigen Wahlperiode des Bundestags überlebe, das hinge ganz davon ab, ob sich Regierung und Koalition als *handlungsfähig* erwiesen, hat Walter Scheel in der vergangenen Woche in einem Interview gegenüber der „Bild-Zeitung" erklärt. Blieben die wichtigen Aufgaben ungelöst, dann suchten sich diese Aufgaben eben eine neue Mehrheit. Ihm sei auch aufgefallen, so bestätigte Scheel, daß in den Fragen, in denen SPD und CDU nicht miteinander klar kämen, CDU und FDP fast immer einer Meinung seien. Als Beispiele für solche Aufgaben, die sich unter Umständen neue Mehrheiten suchten, nannte er den Wohnungsbau und Energiepolitik.

Wenige Tage zuvor hatten die Wirtschaftsinstitute ihr Frühjahrsgutachten veröffentlicht, in dem sie in deutlichen Worten eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie in der Lohnpolitik forderten. Indem sie staatliche Subventionen gekürzt habe, statt an Leistungsgesetze heranzugehen, habe die Bundesregierung der Wirtschaft zusätzliche Schwierigkeiten bereitet. Überfällig seien Korrekturen in der Sozialgesetzgebung, insbesondere die Besteuerung des Arbeitslosengeldes. Der Lohnpolitik solle der Staat durch seine eigene Besoldungspolitik ein Zeichen setzen.

Die „Welt" hat Scheels Andeutungen sofort als Aufforderung zu einem Koalitionswechsel interpretiert. Große Teile der CDU, insbesondere Helmut Kohl, und auch der bürgerlichen Presse streben einen Koalitionswechsel noch vor Ende der Legislaturperiode an. Kohl geht aber davon aus, daß die Zeit dafür *noch* nicht reif sei, und daß es noch darauf ankommt, die SPD an ihren inneren Widersprüchen zerschleißen zu lassen. Dieser innere Verschleiß der SPD kommt gerade daher, daß die Entwicklung der Wirtschaftskrise der Regierung immer weniger Spielraum gegenüber der Arbeiter- und der demokratischen Bewegung läßt und die Regierung immer mehr dazu übergehen muß, Rechte umd Kampfpositionen der Arbeiterbwewegung gerade im Bereich der Sozialpolitik, insbesondere der Sozialversicherungen anzugreifen. Unter dem Druck der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung sind aber die Gewerkschaften und bedeutende Teile der SPD immer weniger bereit, die Politik der Regierung zu stützen.

Auch Scheels Ausführungen laufen nicht auf einen unmittelbaren Koalitionswechsel hinaus. Eher sind sie als Warnung an die SPD gedacht, sich die Koalition mit der FDP nicht dadurch zu verscherzen, daß sie den Übergang zu einer offeneren Form der Reaktion behindert. Insbesondere sind sie als Warnungen an die Gewerkschaften und die Teile der SPD gedacht, die eine solche Wende hin zur Reaktion nicht mitzumachen bereit sind. Je eher sich diese durch solche Warnungen unter Druck setzen lassen, um so mehr führt die gegenwärtige Krise der SPD zu einer Krise der Arbeiterbewegung, und um so schwerer hat es die Arbeiterbewegung dann, einer offeneren Form der Reaktion in Gestalt einer CDU-FDP-Regierung entgegenzutreten.

Polizeiterror gegen antifaschistische Türken

Wallmann droht 18 Opfern polizeilicher Schläge die Ausweisung an

fop.Frankfurt. Am Samstag, 11. April, kam es im Frankfurter Bahnhofsviertel zu einer schweren Auseinandersetzung zwischen fortschrittlichen Türken und einem starken Polizeiaufgebot. Anlaß war eine „Folklore"-Veranstaltung, die der faschistische türkische Kulturverein, die Türk-Federation, geplant hatte. Die Veranstaltung sollte zunächst im Vereinslokal im Gutleutviertel abgehalten werden, war dann aber verlegt worden. Dieses Vereinslokal ist eine Zentrale der westdeutschen Sektion der MHP-Jugendorganisation. Es liegt mitten im ausländerreichsten Viertel Frankfurts.

300 bis 400 Türken demonstrierten gegen die Veranstaltung. Sonderkommandos der Polizei prügelten im Bahnhofsviertel gezielt zusammen, was türkisch aussah („Scheißkanaken"). Mindestens 18 Türken wurden festgenommen und in den Zellen des 4. Polizeireviers (Bahnhofsreviers), das als das „sicherste" Europas gilt, mißhandelte. Es setzte Knüppelschläge und Fußtritte, einige mußten sich völlig entkleiden und wurden dann geschlagen. Auf einer Pressekonferenz am 16.4. zeigte einer der dort Mißhandelten kinderkopfgroße Hämatome an Arm und in der Lendengegend, die von Stiefeln herrührten. Von einem anderen wurde berichtet, er sei wegen der Verletzungen, die er im Revier erhalten habe, ins Krankenhaus eingeliefert worden, wo er mehrere Tage stationär behandelt wurde. Anwälte erhielten keinen Zutritt zu den Festgenommenen, solange diese sich im Polizeirevier befanden (über 8 Stunden lang).

Von seinem Urlaubsort wies OB Wallmann (CDU), dessen Partei vor knapp einem Monat in Frankfurt 54% der Stimmen erhalten hatte, die Ausländerbehörde an, alle Festgenommenen ihres Zuständigkeitsbereichs auszuweisen. Das sind vier in Frankfurt wohnhafte Türken, darunter ein 15-jähriges Kind und ein Heranwachsender. Den Gemeinden, aus denen die übrigen kamen, versprach Wallmann Material für Ausweisungen. Die FAZ kommentierte gleich montags: „Den Behörden muß endlich die Handhabe gegeben werden, die gewalttätigen Elemente unter den Ausländern dorthin zu schicken, wo sie hergekommen sind."

Spuckt Wallmann nur große Töne? Bereits im Juli 1979, nachdem in zahlreichen Städten Westdeutschlands, darunter auch in Frankfurt, iranische Schah-Oppositionelle entlarvte Savak-Agenten gestellt und zur Rede gestellt hatten, fiel Wallmann in den Chor derer ein, die nach sofortiger Ausweisung schrien. Aber nichts geschah. Wallmann weiß das. Er ist Jurist. Er weiß deshalb auch, daß die Ausweisung ausländischer Jugendlicher und Heranwachsender allenfalls dann in Betracht kommt, wenn es zu einer *Verurteilung* gekommen ist. Nach Verurteilung kommt eine Ausweisung im Regelfall nur bei Rauschmitteltaten und Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung in Betracht, wenn der jugendliche Ausländer hier seinen Lebensmittelpunkt hat. Das alles steht im Erlaß des hessischen Innenministers vom 20.10. 1980, den Wallmann kennt. Was die über 21 Jahre alten Türken angeht, so kommen bei ihnen nur Ausweisungen wegen *Verdachts* einer strafbaren Handlung in Frage, wenn tatsächlich so schnell gehandelt werden soll wie angekündigt. Aber auch das ist so einfach nicht durchzusetzen.

Wallmann hat unterdessen Schützenhilfe vom hessischen Innenminister Gries erhalten, der den Regierungspräsidenten angewiesen hat, den Ausweisungstatbestand der Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung mit in Betracht zu ziehen. Das macht sich bei Türken, die gegen den Ableger heimischer faschistischer Terrororganisationen kämpfen, ganz besonders gut.

Wallmann und Gries spekulieren auf die *politische* Wirkung ihrer Töne. Wallmann knüpft dabei an seine Drohung an, über Frankfurt einen allgemeinen Zuzugsstop für Ausländer zu verhängen. Auch das war juristisch eine Seifenblase, trägt aber dazu bei, ein Klima zu schaffen, in dem es möglich sein soll, Gesetzesmaßnahmen durchzusetzen, die es erlauben, den Großteil der Flüchtlinge an der Grenze abzuweisen und größere Kontingente „nichtintegrationsfähige" Ausländer heimzuschicken (vgl. KVZ 8/81).

Kabinett beschließt Krankenhauskostendämpfungsgesetz

hev. Am 15.4. hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Krankenhausfinanzierung beschlossen, der, wie Arbeitsminister Ehrenberg bereits bei der Frühjahrssitzung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen angekündigt hatte, ein Instrument zur Dämpfung der Kosten im Krankenhaus sein soll. Angestrebt wird der Abbau von 50000 Krankenhausbetten; die bisher vorgesehene untere Grenze für die Größe eines Krankenhauses von 100 Betten ist jetzt gefallen, Krankenhäuser, die seit 1972 in Betrieb sind, genießen einen „Bestandsschutz", sofern sie „die Bedarfsplanung" nicht stören" (Ehrenberg). Die Pflegesätze sollen zukünftig direkt und endgültig zwischen Kassen (jetzt auch einschließlich der privaten Krankenkassen) und Krankenhausträgern ausgehandelt werden; bisher mußten die Sätze von den Länderbehörden genehmigt werden. Statt Pauschalsätze für alle Betten soll die Möglichkeit unterschiedlicher Pflegesätze für verschiedene Krankenhausabteilungen bestehen. Die theoretische Ausbildung der Pflegekräfte sollen die Länder bezahlen, die praktische soll über den Pflegesatz finanziert werden. In Zukunft wird die Konzertierte Aktion auch Empfehlungen für das Krankenhaus aussprechen.

Widerstand gegen NATO-Beschluß in der bayerischen SPD

gkr. Breiten Widerstand gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO, gegen eine Stationierung von Neutronenwaffen und gegen Waffenexporte der BRD gibt es innerhalb der bayerischen SPD. Er schlägt sich in 17 Anträgen aus allen drei Parteibezirken nieder, über die der Landesparteitag zu beschließen hat. Er wird am 16. und 17. Mai in Wolfrathshausen zusammentreten. Bundeskanzler Schmidt will diesmal dabei sein, um seine Linie durchzusetzen und weiteren Angriffen auf die Bundesregierung aus der eigenen Partei entgegenzuwirken. Er wird zu diesen Themen auf dem Parteitag sprechen. Daneben soll erneut der Antrag der 24 SPD-Bundestagsabgeordneten, den Verteidigungshaushalt um eine Milliarde DM zu kürzen zugunsten der Entwicklungshilfe auf Grund von Anträgen zur Sprache kommen.

„Jugendprotest" soll untersucht werden

acm. Mit den Stimmen aller Parteien wurde im Bundestag die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Jugendproteste im demokratischen Staat" beschlossen. In dem Beschluß heißt es: „Die Kommission hat die Aufgabe, Ursachen, Formen und Ziele des Protestes junger Menschen, der sich beispielsweise in Demonstrationen, Gewaltanwendung, bewußtem Hinwenden zu alternativen Lebensformen oder teilweise auch in der resignativen Abwendung von der Gesellschaft äußert, zu untersuchen. Dabei sollen auch die Erfahrungen, die in anderen europäischen Ländern gemacht wurden, berücksichtigt werden. Die Kommission soll Möglichkeiten für eine Verbesserung des Verständnisses zwischen den Generationen, zwischen Jugend und Politik sowie für eine Förderung von Demokratie- und Staatsverständnis der jungen Menschen aufzeigen. ... Es soll auch die Frage geprüft werden, ob gesetzgeberische Maßnahmen insbesondere in den Bereichen der Jugend-, Familien-, Bildungs-, Wohnungs-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Rechtspolitik erforderlich sind." Bis zum 30. Juni 1982 sollen Ergebnisse vorliegen. Den Vorsitz der Kommission soll der JU-Vorsitzende Wissmann übernehmen.

Position des DGB zur Neuordnung des Zivildienstes

acm. Anläßlich der 20sten Jährung der Einführung des Zivilen Ersatzdienstes in der BRD erläuterte DGB-Bundesvorstandsmitglied Karl Schwab die Forderungen des DGB: 1. Das Prüfungsverfahren in der heutigen Form müsse abgeschafft werden. Die Gewissensinquisition soll aufgehoben werden und die Beweispflicht nicht mehr beim Antragsteller liegen. 2. Eine Dienstzeit von mehr als 16 Monaten dürfe nicht zugelassen werden. 3. Ein Ausbau des Dienstes zur „lästigen Alternative" gegenüber dem Wehrdienst widerspreche dem Gleichbehandlungsgrundsatz. 4. Im Zivildienst dürfen nur Stellen besetzt werden, die den unmittelbaren „Dienst am Menschen" beinhalten. 5. Die Einführungslehrgänge dürften nicht zur Verstaatlichung des Zivildienstes führen.

Nach Protesten: Mehr Geld für den Hochschulbau

acm. Nach Protesten an den Hochschulen seitens der Studenten und des Hochschulkörpers hat Bundesbildungsminister Engholm jetzt 400 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Allerdings müßten die Länder nach dem Vorschlag Engholms 140 Millionen DM zusätzliche Bundesmittel bis 1984 vorfinanzieren. Weitere 100 Millionen DM seien „Haushaltsreste" des Bildungsministeriums. Nach Engholms Meinung müßte der Gesamtbetrag von etwa 1,75 Milliarden DM ausreichen, „um nicht ohne Kürzungen, aber vielleicht doch ohne Stillegungen ein Minimalprogramm in diesem Jahr gut zu Ende zu finanzieren. – Gleichzeitig sind Mittel für das BaföG gestrichen worden.

Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung
Mainzer Landstraße 147,
Postfach 119151
6000 Frankfurt / M. 2
Telefon: 0611/730235

Interview mit ehemaligen Gefangenen aus dem H-Block in Long Kesh

„Wir führen einen nationalen Befreiungskampf gegen die britischen Besatzer“

Die irischen Massen in der Region Armagh/Tyrone im besetzten Nordirland haben mit über 30000 Stimmen Bobby Sands zu ihrem Abgeordneten für das britische Unterhaus gewählt. Bobby Sands ist Mitglied der IRA, durch die britische Regierung zu 14 Jahren Haft verurteilt, und beteiligt sich am Hungerstreik der irischen politischen Gefangenen. Seine Wahl ist ein Sieg für die Republikanische Bewegung und für den Kampf der Gefangenen. Der internationalen Unterstützung dieses Kampfes kommt eine besondere Bedeutung zu, weil nur so die britische Regierung gezwungen werden kann, die Forderungen der Gefangenen zu erfüllen. Die GEW-Landesvertreterversammlung in Hessen hat einstimmig ihre Unterstützung der Forderungen erklärt. In Vorbereitung des 1. Mai ist es günstig, in den Gewerkschaften diese Unterstützung zu stärken.
Das folgende Gespräch führte die KVZ-Redaktion am 7.4. in Frankfurt – also vor der Wahl – mit den Vertretern des Nationalen H-Block-Komitees zu Beginn ihrer Rundreise durch die BRD.



Alltag in Nordirland – Britische Soldaten terrorisieren Schüler
(Aus dem lesenswerten Buch von Wieland Giebel: Das kurze Leben des Brian Stewart, Alltag im irischen Bürgerkrieg. Elefanten Press Verlag Berlin (West), 1981)

Die Lage der Gefangenen und die Hauptforderungen gegen die britische Regierung

Die irischen Gefangenen stehen im „blanket-protest“ gegen die Kriminalisierungspolitik der britischen Regierung, mit der sie am 1. März 1976 begann. Es war der Versuch, den gesamten Befreiungskampf der Republikanischen Bewegung zu kriminalisieren. Die Gefangenen traten dem entgegen, indem sie diese Politik sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gefängnisse bekämpften. Cioran Nugent, der als erster nach dem 1. März 1976 verurteilt wurde, weigerte sich, die Gefängnisuniform zu tragen, weil er darauf bestand, als politischer Gefangener anerkannt zu werden. So taten das alle politischen Gefangenen, die nun den „blanket-protest“ führen. (Die Gefangenen bekommen alles, auch die Unterwäsche verweigert und haben nichts als eine Decke (= blanket) – die Red.)

Nach etwa einem Jahr waren 100 bis 150 Gefangene im Deckenstreik. Die britische Regierung tat daraufhin alles, um sie davon abzubringen. Ich selbst begann mit dem Deckenstreik im März 1977. Gerade zu der Zeit versuchten die Briten mit allen Mitteln, den Deckenstreik zu brechen. Zunächst schlossen sie dich 24 Stunden lang ein und machten zur Bedingung fürs Verlassen deiner Zelle, daß du das nackt tust. Man kann sich vorstellen wie erniedrigend das war. Natürlich taten wir das nicht, wir wollten in unseren Kleidern rausgehen und uns fit halten. Dann nahmen sie dir alles weg, nicht einmal Zigaretten waren erlaubt. Es war ein Privileg in Long Kesh, zum Rauchen zu kommen. Und wenn sie dich erwischten, schickten sie dich in den Strafblock, den wir „die Bretter“

halb als auch außerhalb der Gefängnisse bekämpften. Cioran Nugent, der als erster nach dem 1. März 1976 verurteilt wurde, weigerte sich, die Gefängnisuniform zu tragen, weil er darauf bestand, als politischer Gefangener anerkannt zu werden. So taten das alle politischen Gefangenen, die nun den „blanket-protest“ führen. (Die Gefangenen bekommen alles, auch die Unterwäsche verweigert und haben nichts als eine Decke (= blanket) – die Red.)
Nach etwa einem Jahr waren 100 bis 150 Gefangene im Deckenstreik. Die britische Regierung tat daraufhin alles, um sie davon abzubringen. Ich selbst begann mit dem Deckenstreik im März 1977. Gerade zu der Zeit versuchten die Briten mit allen Mitteln, den Deckenstreik zu brechen. Zunächst schlossen sie dich 24 Stunden lang ein und machten zur Bedingung fürs Verlassen deiner Zelle, daß du das nackt tust. Man kann sich vorstellen wie erniedrigend das war. Natürlich taten wir das nicht, wir wollten in unseren Kleidern rausgehen und uns fit halten. Dann nahmen sie dir alles weg, nicht einmal Zigaretten waren erlaubt. Es war ein Privileg in Long Kesh, zum Rauchen zu kommen. Und wenn sie dich erwischten, schickten sie dich in den Strafblock, den wir „die Bretter“
nannten: das ist eine Zelle, in der du in vollkommener Isolation für z.B. 4 Tage eingeschlossen wirst. Sie nehmen tagsüber deine Matratze und dein Bettzeug weg; du darfst keinerlei Geräusche machen, sprechen oder dergleichen. Dann setzen sie dich manchmal auf die „Nr. 1 Diät“. Sie besteht aus schwarzem Tee und trockenem Brot am Morgen und einer Schüssel Suppe am Mittag, trockenem Brot und Tee wieder am Abend und das drei Tage lang. Dann eskalierten sie die Sache. Wenn wir z.B. aufs Klo wollten, mußten wir die Wärter rufen, damit sie uns rauslassen. Sie riefen uns dann zu: Mach's doch in der Zelle! oder: Wenn du aufs Klo willst, dann geh' doch nackt. Bist sowieso nur ein Dreckskerl! Oder: Statt zwei saubere Laken und ein Kissenbezug gaben sie uns jetzt nur noch halb so viel. Und so ging das die ganze Zeit. Wenn du Besuch bekamst, schlugen sie dich auf dem Weg, besonders auf den Kopf. Wir mußten etwas dagegen tun. Wir konnten nicht einfach dasitzen und sie so weiter machen lassen. Wir entschieden uns, tatsächlich in der Zelle „aufs Klo zu gehen“, wenn sie uns nicht hinausließen. Es blieb uns ja auch erstmal nichts anderes übrig. Um den Gestank zu bekämpfen, zerschlugen wir die Fenster und verschmierten die Exkremente an den Wänden. Gleichzeitig begannen sie mit der Spiegeldurchsuchung. Wenn du Besuch gehabt hast oder bei jedem Verlassen der Zelle. In 6 oder 7 Zellen wurde das jeden Tag gemacht. Sie legen einen Spiegel auf den Boden. Du sollst dich gespreizt darüber stellen, um deinen Hintern durchsuchen zu lassen. Wir haben uns rundheraus geweigert, das zu tun. Sie schlugen uns dann

solange über dem Spiegel, bis wir uns bücken mußten. Das zwei bis dreimal hintereinander, immer wieder nach den Besuchen. Das habe ich fast jeden Tag durchgemacht bis zur Freilassung im September letzten Jahres. Die Männer werden jetzt manchmal viermal am Tag geschlagen. ... Ärztliche Behandlung konntest du nur bekommen, wenn du die Gefängniskleidung getragen hast. Höchstens wenn du kurz vorm Abkratzen warst, dann hoben sie dich von der Matratze und transportierten dich raus. Heute haben viele Gefangene, die früher nie eine Brille getragen haben, Augenschäden. Die Zelle ist nur 2 × 3 m groß. Als ich rauskam, war ich in solch einem körperlichen Zustand, daß ich nicht mal um die nächste Ecke rennen konnte. Und ich war nur 3½ Jahre drin. Andere sollen 18 Jahre dort verbringen und haben die Möglichkeit der Haftverkürzung nicht mehr.

Unsere fünf Forderungen an die britische Regierung sind:
– keine Gefängniskleidung
– das Recht auf freien Zusammenschluß (schließt auch Regelung der Erziehung und Schulung ein)
– Wiedereinführung des Rechts auf Haftverkürzung
– ein Paket, ein Brief, ein Besuch pro Woche

Die Bedeutung der internationalen Unterstützung ist groß

Wovor die Briten am meisten Angst haben, ist, daß das alles bekannt wird, sie versuchen, diese Behandlung vor der Weltöffentlichkeit zu verbergen. Darum sind wir gerade in Europa darauf angewiesen, daß die Tatsachen bekannt werden, damit wir Druck ausüben können auf die britische Regierung. Wenn das nicht passiert, dann

Gefangene, die früher nie eine Brille getragen haben, Augenschäden. Die Zelle ist nur 2 × 3 m groß. Als ich rauskam, war ich in solch einem körperlichen Zustand, daß ich nicht mal um die nächste Ecke rennen konnte. Und ich war nur 3½ Jahre drin. Andere sollen 18 Jahre dort verbringen und haben die Möglichkeit der Haftverkürzung nicht mehr.
Unsere fünf Forderungen an die britische Regierung sind:
– keine Gefängniskleidung
– keine Gefängnisarbeit
– das Recht auf freien Zusammenschluß (schließt auch Regelung der Erziehung und Schulung ein)
– Wiedereinführung des Rechts auf Haftverkürzung
– ein Paket, ein Brief, ein Besuch pro Woche
Die Bedeutung der internationalen Unterstützung ist groß
Wovor die Briten am meisten Angst haben, ist, daß das alles bekannt wird, sie versuchen, diese Behandlung vor der Weltöffentlichkeit zu verbergen. Darum sind wir gerade in Europa darauf angewiesen, daß die Tatsachen bekannt werden, damit wir Druck ausüben können auf die britische Regierung. Wenn das nicht passiert, dann
wird ein Gefangener nach dem anderen sterben. Das irische Volk selbst wird das nicht hinnehmen, weil die Gefangenen Teil des irischen Volkes sind. Das H-Block-Komitee ist eine breite Front, der Vorsitzende ist ein katholischer Priester, in dem Komitee sind sozialistische Parteimitglieder wie kommunistische aus der Alliance-Party wie auch aus anderen Parteien. Sie alle sind vereint mit demselben Ziel: die Forderungen der Gefangenen durchzusetzen. Es nehmen sogar Menschen teil, die mit den Aktionen der Gefangenen, derentwegen sie eingelocht worden sind, nicht übereinstimmen. Dennoch unterstützen sie die Forderungen, weil sie sagen: die britische Regierung tut das unserem Volk an. Jetzt haben sie sie so viele Jahre unterdrückt und als Gefangene sind sie sowieso hilflos und können sich nicht mal nach draußen wenden. Darum bekommen die Gefangenen soviel Unterstützung.

Wir führen einen nationalen Befreiungskampf gegen die britischen Besatzer

Es wird immer gesagt, es sei ein Religionskrieg. Mit Religion hat das, was in Nordirland passiert, nichts zu tun. Es begann als ein gesellschaftliches Problem und wurde dann von der britischen Regierung in ganz Europa als Religionskrieg hingestellt, um von sich behaupten zu können, daß sie die Rolle der friedensstiftenden Macht spielt, die beide Seiten davon abhält, sich gegenseitig abzuschlachten. Das war die Politik im Norden seit Beginn der Besatzung 1969 ... Seit Jahrhunderten wird Irland von England beherrscht. Und jedes Jahrhundert, ja fast jedes Jahrzehnt hat es Aufstände dagegen gegeben. Als Ulster zum Staat gemacht wurde bei der Teilung war das gegen den Willen der Masse des irischen Volkes ... Damals war Nordirland schon industrialisiert, der Süden fast gar nicht. England annektierte 6 der neun Grafschaften, natürlich die, die am stärksten industrialisiert waren. Der Süden blieb ein Agrarland, während im Norden die großen Werften, die Textilindustrie und andere Industrie- sie diesen Teil Irlands annektierten, hatten die Briten die Kontrolle über ganz Irland und schürten das Sektierertum der protestantischen Mehrheit in Ulster, um durch die Spaltung ihre Macht und die Teilung Irlands aufrechterhalten zu können. Dabei appellierten sie an die wenigen Privilegien, die der protestantische Teil des irischen Volkes hatte und machten ihnen Angst, daß sie die in einem vereinten Irland verlieren würden. Sinn Feins Politik dagegen geht von der Gleichheit aller aus, Irland in die Hand des Volkes und nicht unter der Kontrolle der britischen und der internationalen Konzerne. Sie sagt: Kein Sektierertum, vollständige Trennung von Kirche und Staat, vollständige Trennung von England, Unabhängigkeit. Sinn Fein will

zehnt hat es Aufstände dagegen gegeben. Als Ulster zum Staat gemacht wurde bei der Teilung war das gegen den Willen der Masse des irischen Volkes ... Damals war Nordirland schon industrialisiert, der Süden fast gar nicht. England annektierte 6 der neun Grafschaften, natürlich die, die am stärksten industrialisiert waren. Der Süden blieb ein Agrarland, während im Norden die großen Werften, die Textilindustrie und andere Industriezweige große Profite abwarfen. Indem sie diesen Teil Irlands annektierten, hatten die Briten die Kontrolle über ganz Irland und schürten das Sektierertum der protestantischen Mehrheit in Ulster, um durch die Spaltung ihre Macht und die Teilung Irlands aufrechterhalten zu können. Dabei appellierten sie an die wenigen Privilegien, die der protestantische Teil des irischen Volkes hatte und machten ihnen Angst, daß sie die in einem vereinten Irland verlieren würden. Sinn Feins Politik dagegen geht von der Gleichheit aller aus, Irland in die Hand des Volkes und nicht unter der Kontrolle der britischen und der internationalen Konzerne. Sie sagt: Kein Sektierertum, vollständige Trennung von Kirche und Staat, vollständige Trennung von England, Unabhängigkeit. Sinn Fein will
eine vereinte Republik der 32 Grafschaften, eine sozialistische Republik nach irischem Muster nach Übernahme der Macht durch das Volk im ganzen Land.

Auch in der irischen Republik ist die Republikanische Bewegung stark

Die irische Regierung im Süden fürchtet die Republikanische Bewegung, die im Norden für die nationale Befreiung kämpft. Haughey (der irische Ministerpräsident) schwätzt seit langem schon von einem „vereinten Irland“ und tut nichts dafür, weil Großbritannien die Kontrolle hat. Die Republikanische Bewegung erkennt weder Westminster noch Leinster House an, weil es eine Regierung von Englands Gnaden ist. Nur eine Regierung des Vereinten Irlands erkennt sie an. Sobald die Briten vertrieben worden sind, wird es freie Wahlen geben. Wenn z.B. Paisley, der jetzt den Bürgerkrieg für die Protestanten schürt, gewählt würde, dann wäre er im irischen Parlament als Vertreter einer Mehrheit im Norden. Die Regierung des befreiten Irland muß von der Arbeiterklasse kommen und sich direkt auf sie stützten, direkt aus den Kommunen kommen. Der Nationale Befreiungskampf im Norden hat vor allem in den letzten Jahren ein neues soziales Bewußtsein in ganz Irland geschaffen. Dieses Bewußtsein, das sich gerade in den Städten herausgebildet hat, zusammen mit dem traditionellen Kampf der irischen Bauern ist eine Kraft, vor der sich die südirische Regierung fürchtet. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, dem ausländischen Kapital zu dienen, das die natürlichen Reichtümer Irlands und des irischen Volkes ausbeutet. Das stellt die Republikanische Bewegung heraus. Sie ist für die Neutralität Irlands, für Blockfreiheit, gegen die Mitgliedschaft in der EG und in der NATO. Sinn Fein bedeutet z.B. wir selbst. Die südirische Regierung kann sich heute keine Mitgliedschaft in der NATO leisten. Der Norden dagegen ist als „Teil“ Englands hineingezwungen worden. Die die nationale Befreiung. Sie erkennen die politischen Gefangenen als ihre Vorkämper an und wollen auch darum ihren politischen Status durchsetzen.

Die britischen Gewerkschaften unterstützen den irischen Kampf

Für die „Truppen raus“-Bewegung gibt es viel Unterstützung seitens der britischen Gewerkschaften, teilweise auch für die politischen Gefangenen. Die Gewerkschaftsbewegung in England sieht, daß die britische Armee 11 Jahre lang in Nordirland ein großes Übungsfeld für die Niederhaltung von Streiks und Aufständen gehabt hat. Im Falle größerer Streiks oder eines Generalstreiks kann die Armee sofort zur Zerschlagung eingesetzt werden. Die

Kapital zu dienen, das die natürlichen Reichtümer Irlands und des irischen Volkes ausbeutet. Das stellt die Republikanische Bewegung heraus. Sie ist für die Neutralität Irlands, für Blockfreiheit, gegen die Mitgliedschaft in der EG und in der NATO. Sinn Fein bedeutet z.B. wir selbst. Die südirische Regierung kann sich heute keine Mitgliedschaft in der NATO leisten. Der Norden dagegen ist als „Teil“ Englands hineingezwungen worden. Die große Mehrheit des irischen Volkes will die nationale Befreiung. Sie erkennen die politischen Gefangenen als ihre Vorkämper an und wollen auch darum ihren politischen Status durchsetzen.
Die britischen Gewerkschaften unterstützen den irischen Kampf
Für die „Truppen raus“-Bewegung gibt es viel Unterstützung seitens der britischen Gewerkschaften, teilweise auch für die politischen Gefangenen. Die Gewerkschaftsbewegung in England sieht, daß die britische Armee 11 Jahre lang in Nordirland ein großes Übungsfeld für die Niederhaltung von Streiks und Aufständen gehabt hat. Im Falle größerer Streiks oder eines Generalstreiks kann die Armee sofort zur Zerschlagung eingesetzt werden. Die
Gewerkschaften sind äußerst besorgt deswegen. Deswegen sind sie sowohl für den Abzug der Truppen aus Nordirland als auch für die Forderungen der Gefangenen. So langsam sich diese Erkenntnis durchsetzte, so schnell breitete sich die Bewegung aber dann aus. Irland war immer das Testgebiet für die britische Armee, die gegen das englische Volk in England, Schottland und Wales eingesetzt werden kann. Diese Unterstützung schlägt sich nur kaum nieder in der britischen Presse, weil die Regierung sie kontrolliert und die Boulevardpresse den Chauvinismus schürt.

Auch der linke Flügel der Labour Party unterstützt voll die „Truppen raus“-Bewegung. Foot und der rechte Flügel, der evtl. in die Regierung kommt, versucht sich jeder Stellungnahme zu enthalten.

Die Kandidatur von Bobby Sands

Wenn Bobby Sands ins Unterhaus gewählt wird, ist es ein wesentlicher Schritt bei der Durchsetzung der Forderungen der Gefangenen. Er als Parlamentsmitglied zum Hungerstreik gezwungen – das spricht für sich. Da kann selbst die englische Regierung nicht mehr behaupten, das sei nicht politisch und würde von der irischen Bevölkerung nicht unterstützt werden.

Die Wahlkampagne für Bobby Sands hat dem Nationalen H-Blockkomitee einige Kosten verursacht. Sie fordern zu Spenden auf auf das Konto:
Konto 500085118, Bobby Sands. Bornheimer Volksbank, BLZ 50190100

Eine politische Offensive der irisch-republikanischen Bewegung

doj. Mit der weltweiten Kampagne für ihre gefangenen Befreiungskämpfer macht die irisch-republikanische Bewegung einen wichtigen Schritt nach vorn. Sie will eine breite internationale Einheitsfront aufbauen zur Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes des irischen Volkes gegen die britischen Besatzer. Die Minimalplattform dieser Einheitsfront bilden die fünf Forderungen der politischen Gefangenen. Seit Anfang dieses Jahrunderts rekrutierte sich die Befreiungsbewegung, die bis dahin als Bündnis der Bauern mit nationalistischen Teilen der Bourgeoisie England schwere Kämpfe geliefert hatte, zunehmend aus der Arbeiterbewegung. Die IRB und ICA, die als Vorläufer der IRA den Osteraufstand 1916 führten – von Lenin als die erste rote Armee bezeichnet – waren Arbeiter- und Bauernmassen.

Mit der Teilung Irlands 1921 konnte der englische Imperialismus einen entscheidenden Schlag landen: die Spaltung der v.a. im Norden konzentrierten Arbeiterklasse wurde durch den protestantischen Orange-Order und die britische Staatsmacht vertieft und gefestigt, während die südirische „freie Republik“ – mit Hilfe der britisch ausgerüsteten Free-State-Army gegen die IRA durchgesetzt – mangels industrieller Grundlage unmöglich ein ökonomisch selbständiger Staat werden konnte. Während die Free-State-Regierung in den folgenden Jahrzehnten die Aufstände der IRA nur mit englischer Hilfe niederschlagen konnte, versuchte sie politisch mit Sinn Fein, die sowohl in Nord- als auch in Südirland operierte, zu Kompromissen zu kommen. Im zweiten Weltkrieg war der „Free State“ Südirland neutral, ist bis heute kein Mitglied der NATO und wird durch den Druck der Republikanischen Bewegung in wesentlichen Fragen zum Bündnis mit den Blockfreien Ländern gezwungen.

Die Bürgerrechtsbewegung der unterdrückten katholischen Minderheit strickt und die IRA zunehmend politisch gefordert. Die sich gegen die britische Besatzungsmacht schnell entwickelnden Kämpfe konnten von ihr nicht zum Aufbau einer einheitlichen Befreiungsfront unter Teilnahme auch der Massen im Süden und Neutralisierung der protestantischen Arbeiter genutzt werden. Die protestantischen Arbeiter, durch die britische Schutzmacht erneut aufgestachelt, wollten sich nicht in die agrarisch-rückständige Republik „zurückbomben“ lassen, und der Republikanischen Bewegung im Süden wuchs die heftige Entwicklung der Kämpfe über den Kopf. 1970 spalteten sich Sinn Fein und IRA in den „offiziellen“ und „provisorischen“ Teil. 1974 wiederum spaltete sich von den offiziellen Sinn Fein/IRA die IRSP (Irish Republican Socialist

suchte sie politisch mit Sinn Fein, die sowohl in Nord- als auch in Südirland operierte, zu Kompromissen zu kommen. Im zweiten Weltkrieg war der „Free State“ Südirland neutral, ist bis heute kein Mitglied der NATO und wird durch den Druck der Republikanischen Bewegung in wesentlichen Fragen zum Bündnis mit den Blockfreien Ländern gezwungen.
Die Bürgerrechtsbewegung der unterdrückten katholischen Minderheit in Nordirland 1969 hat die britische Armee bald in heftige Kämpfe verstrickt und die IRA zunehmend politisch gefordert. Die sich gegen die britische Besatzungsmacht schnell entwickelnden Kämpfe konnten von ihr nicht zum Aufbau einer einheitlichen Befreiungsfront unter Teilnahme auch der Massen im Süden und Neutralisierung der protestantischen Arbeiter genutzt werden. Die protestantischen Arbeiter, durch die britische Schutzmacht erneut aufgestachelt, wollten sich nicht in die agrarisch-rückständige Republik „zurückbomben“ lassen, und der Republikanischen Bewegung im Süden wuchs die heftige Entwicklung der Kämpfe über den Kopf. 1970 spalteten sich Sinn Fein und IRA in den „offiziellen“ und „provisorischen“ Teil. 1974 wiederum spaltete sich von den offiziellen Sinn Fein/IRA die IRSP (Irish Republican Socialist
Party) ab. Sinn Fein/IRA Provisionals und IRSP/INLA verkörpern den fortschrittlichsten Teil der republikanischen Bewegung, ihre Hauptkräfte sind kampferprobte Arbeiter und Bauern aus Nordirland. IRSP/INLA verausgabt jedoch die meiste Kraft in militärischen Aktionen, verliert an politischem Einfluß. Es mangelt an einem politischen Programm. Sinn Fein Officials ist heute zu einer unbedeutenden Kraft herabgesunken, welche die Teilung Irlands akzeptiert und den nationalen Befreiungskampf ablehnt. Die gleichzeitig von Intellektuellen gegründeten ML-Organisationen sind bisher praktisch ohne Einfluß.

Die Spaltung der irischen Befreiungsbewegung nutzend, glaubte die britische Regierung mit ihrer Kriminalisierungskampagne gegen die politischen Gefangenen 1976 die Republikanische Bewegung isolieren und schlagen zu können. Sie hat das Gegenteil erreicht. Vor allem die Sinn Fein Provisionals lernt, gestützt auf die Dritte Welt sowie die europäische und internationale Arbeiterklasse unter Nutzung der Widersprüche unter den Imperialisten selber zu arbeiten. Das macht ihre neue Stärke aus. Irland ist Teil Europas und hat eine politisch gestärkte Befreiungsbewegung – das sollte uns zu besonderer Unterstützung veranlassen. Der derzeitige Besuch einer Delegation von irischen ehemaligen Gefangenen gibt die beste Gelegenheit dazu.

Kontaktadresse des H-Block-Komitees:
Frank Gallagher, Arnsburgerstr. 21
6000 Frankfurt/M.

Woher rührt das Wahlergebnis des KBW?

Zum Artikel „Ergebnisse der Kommunalwahlen in Hessen“, KVZ 14/81, Seite 3

Der Artikel, dessen Gesamteinschätzung m.E. im wesentlichen richtig ist, ist an einem entscheidenden Punkt völlig unzureichend:

Der Verfasser geht nämlich der Frage aus dem Weg, die die Mitglieder und Sympathisanten des KBW – und diese stellen derzeit den Hauptanteil der Leserschaft – am brennendsten interessiert: woher rührt das Abschneiden des KBW in Frankfurt, auch gerade in den Arbeitervierteln, das man schon aufgrund der angegebenen Zahlen nicht anders als katastrophal bezeichnen muß? Was heißt es, wenn die Organisation um 800 Stimmen gegenüber der letzten Kommunalwahl auf jetzt 308 Stimmen abgefallen ist? Und wie hoch war die Vergleichszahl bei den vorvorigen Kommunalwahlen? Warum wird mit keinem Wort erwähnt, wofür *dieses* Ergebnis ein Gradmesser ist? Man gewinnt so den Eindruck, diese Frage sei unwichtig, es jucke sowieso keinen, wie der KBW abschneidet. (…)

Das Wahlergebnis beweist aber, daß der KBW in Frankfurt aufgehört hat, eine politische Kraft zu sein. Der Verfasser spricht diese unbequeme Wahrheit aber nicht aus. Wie vielleicht noch einige andere Genossen scheint er der Auffassung zu sein, die bisherige Politik am Ort sei gar nicht so falsch gewesen, man käme schon irgendwie weiter. Eine Hauptaufgabe des Artikels wäre aber gewesen, mit solchen verdeckten Beschönigungen Schluß zu machen und die Ursachen für das Abschneiden des KBW in dessen politischer Praxis zu suchen und zu benennen. Das hätte uns was genutzt.

w.s., Westberlin

Der Sowjetunion das Kampffeld säubern?

Zum Leserbrief in KVZ 15/81, Seite 4

Liebe Freunde,
im Leserbrief auf S. 4 in der KVZ 15/81 las ich zu meinem Erstaunen, daß es im KBW eine „kursierende Theorie“ gebe, „wonach man jetzt (Im Kampf gegen die Kriegsgefahr, J.J.) einen Schwerpunkt in der Errichtung einer Front gegen den Sozialimperialismus setzten muß“. Ich habe nicht den Eindruck, daß eine solche Theorie kursiert. Beim Genossen Schmierer las ich in der KuK 3/81, daß man den Kampf gegen USA und NATO nunmehr mit Schritten gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa „auf eine neue Stufe“ heben wolle. Von Schritten im Kampf gegen die recht fortgeschrittene Stationierung der sowjetischen SS 20 las ich nichts. Bei Lutz Plümer las ich in der KVZ, daß man den Kampf gegen die geplanten westlichen Raketen nicht mit einem ebensolchen Kampf gegen die bereits installierten sowjetischen verbinden will, sondern allenfalls mit der Phrase vom „Kampf gegen den SU-Hegemonismus‘. Einen praktischen Schwerpunkt vermochte ich hier nicht zu entdecken, allenfalls eine gewisse Gleichgewichtung in der Phrase. Dem Genossen

dessen politischer Praxis zu suchen und zu benennen. Das hätte uns was genutzt.
w.s., Westberlin

Der Sowjetunion das Kampffeld säubern?

Zum Leserbrief in KVZ 15/81, Seite 4

Liebe Freunde,
im Leserbrief auf S. 4 in der KVZ 15/81 las ich zu meinem Erstaunen, daß es im KBW eine „kursierende Theorie“ gebe, „wonach man jetzt (Im Kampf gegen die Kriegsgefahr, J.J.) einen Schwerpunkt in der Errichtung einer Front gegen den Sozialimperialismus setzten muß“. Ich habe nicht den Eindruck, daß eine solche Theorie kursiert. Beim Genossen Schmierer las ich in der KuK 3/81, daß man den Kampf gegen USA und NATO nunmehr mit Schritten gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa „auf eine neue Stufe“ heben wolle. Von Schritten im Kampf gegen die recht fortgeschrittene Stationierung der sowjetischen SS 20 las ich nichts. Bei Lutz Plümer las ich in der KVZ, daß man den Kampf gegen die geplanten westlichen Raketen nicht mit einem ebensolchen Kampf gegen die bereits installierten sowjetischen verbinden will, sondern allenfalls mit der Phrase vom „Kampf gegen den SU-Hegemonismus‘. Einen praktischen Schwerpunkt vermochte ich hier nicht zu entdecken, allenfalls eine gewisse Gleichgewichtung in der Phrase. Dem Genossen

M.N. aus Köln geht es eigentlich nicht anders, denn auch er stellt fest, daß für den angeblichen Kampf gegen das Vordringen der SU in Wirklichkeit „keine konkrete Stoßrichtung … gegeben“ wird. Ich entnehme dem, daß im KBW weniger eine feste Theorie als vielmehr Ratlosigkeit darüber kursiert, was man denn praktisch gegen die SU unternehmen soll.

M.N. zieht aus der Ratlosigkeit seinen Schluß: Wenn man schon nicht weiß, was gegen die SU zu tun sei, soll man sich der Einfachheit halber doch an USA, NATO und „Besatzer“ halten. Da er meint, daß die SU „von Westdeutschland aus wirklich nicht direkt getroffen werden kann, jedenfalls nicht militärisch, soll man doch gegen jene Macht vorgehen, die man meint treffen zu können und gegen die man „militärisch vorgehen kann“, weil sie „sich als Besatzer bei uns befindet.“ Diese Verlegenheitslösung, sich an die USA zu halten, wenn einem zur SU nichts einfällt, erhebt M.N. flugs zur Tugend, indem er behauptet, daß die USA „zumindest im Augenblick den äußeren Hauptfeind des westdeutschen Volkes darstellen“. Woraus wir lernen können, daß äußerer Hauptfeind der ist, der am nächsten greifbar scheint! Der Genosse Schmierer hat von der Gefahr gesprochen, sich in der kämpfenden Bewegung aufzulösen (KuK 3/81). Hier haben wir ein Beispiel für einen solchen Spontaneismus: Aus Mangel an Theorie stürzt man sich auf das nächstliegende!

Mit zwei Irrtümern des Genossen M.M. müßte man aufräumen:

1. Es stimmt nicht, daß gegen die SU von Westdeutschland aus nichts direkt oder nichts militärisch unternommen werden könnte. Das Problem für den KBW ist nur, daß er die wirksamsten Maßnahmen, die gegenwärtig geplant sind, nämlich die NATO-Nachrüstung, bekämpft und daß er ausgerechnet diesen Kampf auf eine „neue Stufe heben“ will. Dann ist allerdings guter Rat teuer.

Wenn man sich mit den Kräften, die das sowjetische Vordringen bekämpfen wollen, nicht verbünden will, dann ist man wohl zur Passivität oder zur Phrasendrescherei verurteilt. Ich meine nicht, daß die westdeutschen Revolutionäre keinen selbständigen Standpunkt einnehmen sollten, aber gegenüber einer Macht, wie der SU, die die halbe Welt bedroht und der sich entsprechend alle möglichen Kräfte entgegen stellen, können sich die Revolutionäre weder isoliert behaupten noch wird ihnen die übrige Welt das Privileg einräumen. Im Augenblick zieht es der KBW vor, die Gegner des sowjetischen Vordringens zu bekämpfen, weil sie ihm „greifbarer“ und daher als „Hauptfeind“ erscheinen – er nimmt es in seiner Ratlosigkeit in Kauf, der SU das Kampffeld zu säubern. M.N. glaubt, die SU damit „schrecken“ zu können, daß er die „Besatzer“ verjagt. Was aber wird die SU tun, wenn sie sich von diesem „furchtbaren Schock“ erholt hat?

2. Die USA sind keine „Besatzer“ Westdeutschlands. Die USA unterhalten ihre Truppen bzw. stationieren ihre Waffen in Westeuropa auf ausdrücklichen Wunsch der weitestgehend souveränen europäischen Regierungen. Nachdem im KBW-Programm noch richtig von „*fremden* Truppen“ und *Überresten* des Besatzungs*statuts*“ die Rede war, wurden 1977 plötzlich „Besatzer“ entdeckt, nachdem man meinte, den Kampf gegen die Supermacht USA „auf eine neue Stufe“ heben zu müssen. Diese Wende war ganz subjektivistisch, hatte überhaupt nichts mit den Sachverhalten zu tun und der „Beweis“ für die Anwesenheit von „Besatzern“ seit 1977 wird auch nur mit „juristischen“ Mitteln geführt – d.h. man gibt die juristischen Möglichkeiten, deren Verwirklichung sich heute die ganze Weltlage entgegen stellt, als Tatsache aus. Das ganze war Krampf und dient heute

über einer Macht, wie der SU, die die halbe Welt bedroht und der sich entsprechend alle möglichen Kräfte entgegen stellen, können sich die Revolutionäre weder isoliert behaupten noch wird ihnen die übrige Welt das Privileg einräumen. Im Augenblick zieht es der KBW vor, die Gegner des sowjetischen Vordringens zu bekämpfen, weil sie ihm „greifbarer“ und daher als „Hauptfeind“ erscheinen – er nimmt es in seiner Ratlosigkeit in Kauf, der SU das Kampffeld zu säubern. M.N. glaubt, die SU damit „schrecken“ zu können, daß er die „Besatzer“ verjagt. Was aber wird die SU tun, wenn sie sich von diesem „furchtbaren Schock“ erholt hat?

2. Die USA sind keine „Besatzer“ Westdeutschlands. Die USA unterhalten ihre Truppen bzw. stationieren ihre Waffen in Westeuropa auf ausdrücklichen Wunsch der weitestgehend souveränen europäischen Regierungen. Nachdem im KBW-Programm noch richtig von „*fremden* Truppen“ und *Überresten* des Besatzungs*statuts*“ die Rede war, wurden 1977 plötzlich „Besatzer“ entdeckt, nachdem man meinte, den Kampf gegen die Supermacht USA „auf eine neue Stufe“ heben zu müssen. Diese Wende war ganz subjektivistisch, hatte überhaupt nichts mit den Sachverhalten zu tun und der „Beweis“ für die Anwesenheit von „Besatzern“ seit 1977 wird auch nur mit „juristischen“ Mitteln geführt – d.h. man gibt die juristischen Möglichkeiten, deren Verwirklichung sich heute die ganze Weltlage entgegen stellt, als Tatsache aus. Das ganze war Krampf und dient heute

hauptsächlich als Alibi dafür, gegen das Vordringen der SU nichts zu tun. Schließlich sei man ja ein von den USA „besetztes Land“, da hätte man andere Sorgen.

M.N. will diesen Unsinn nun, da sich abzeichnet, daß er sich nicht mehr lange halten wird, auf die Spitze treiben: Er ruft nicht nur penetrant dazu auf, den Kampf gegen die „Besatzer“ nun endlich „konsequent“ zu führen, sondern weist auch schon den Weg: „militärisch“. Wir wären als „besetztes Land“ also folgerichtig auf den Volkskrieg verwiesen. Das ist der Weg, auf dem Fochler schon mal Karriere machte: Den Unsinn einfach auf die Spitze treiben. Und da sich die Redaktion quasi dafür entschuldigt, daß dieser Brief „leider verspätet“ zum Abdruck komme, darf man annehmen, daß dem KBW oder Teilen des KBW die Lust am Unsinn-auf-die-Spitze-treiben noch nicht vergangen ist.

Janto Just, Schortens

Falsche Beurteilung der Auseinandersetzung im DGB

Zu den Artikeln über das neue DGB-Grundsatzprogramm, KVZ 12/81 und 13/81

In der KVZ 12 heißt es in dem entsprechenden Artikel: „Der von interessierter Seite vorhergesagte Streit fand nicht statt.“ (…) Bei dem „großen Streit“ dreht es sich wohl um die Rolle der Kommunisten beim Aufbau der Einheitsgewerkschaften. Beschlossen wurde dann folgender Abschnitt: „die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Strömungen der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialen und der christlich-sozialen Richtung in eine gemeinsaem Organisation zusammenführt“. In einem Artikel in der Zeitung der IGBE, der Einheit 5/81, wird der KPD in ihrer Politik in den Gewerkschaften die Absicht unterstellt, die Gewerkschaften in ein Instrument der Kommunisten zu verwandeln. Mag dieses auch teilweise der Fall gewesen sein, so ist es jedoch völlig unsinnig, jeden positiven Beitrag der Kommunisten beim Aufbau der Einheitsgewerkschaften zu leugnen.

Daß dies, in Anbetracht der politischen Kräfte in der Gewerkschaft, Auffassung in der Gewerkschaft ist, besonders in der Führung, ist nicht so verwunderlich. Es ist aber verwunderlich, wenn die westdeutschen Kommunisten dies einfach so hinnehmen. Zweifellos wird man es nicht durch lange Artikel oder große Kampagnen ändern, und ist das auch nicht wesentlich für die Erledigung der jetzigen Aufgaben, die sich in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stellen, aber andererseits ist eine richtige Darstellung der Geschichte auch so unwichtig nicht.

In der KVZ Nr. 13 heißt es: „Die große Abrechnung mit „den Kommunisten“ kam nicht. Die beschlosssene Regelung verschlechtert auch die Möglichkeiten der Arbeit der Kommunisten in der Gewerkschaft nicht“. Kurz später wird dann festgestellt, daß sich der innere Widerspruch im neuen DGB-Programm verstärkt hat, daß die Forderung nach der Überführung in Gemeineigentum weiter eingeschränkt wurde. Wie kann sich aber die Arbeit der Kommunisten nicht verschlechtern, wenn Beschlüsse in diese Richtung gefaßt werden.

Was in den beiden Artikeln auch überhaupt nicht versucht wird, ist zu beurteilen, in welchem Verhältnis das neue Programm zur Entwicklung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und zur gesamten politischen Entwicklung steht.

W.S., Dinslaken

ten zu leugnen.

Daß dies, in Anbetracht der politischen Kräfte in der Gewerkschaft, Auffassung in der Gewerkschaft ist, besonders in der Führung, ist nicht so verwunderlich. Es ist aber verwunderlich, wenn die westdeutschen Kommunisten dies einfach so hinnehmen. Zweifellos wird man es nicht durch lange Artikel oder große Kampagnen ändern, und ist das auch nicht wesentlich für die Erledigung der jetzigen Aufgaben, die sich in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stellen, aber andererseits ist eine richtige Darstellung der Geschichte auch so unwichtig nicht.

In der KVZ Nr. 13 heißt es: „Die große Abrechnung mit „den Kommunisten“ kam nicht. Die beschlosssene Regelung verschlechtert auch die Möglichkeiten der Arbeit der Kommunisten in der Gewerkschaft nicht“. Kurz später wird dann festgestellt, daß sich der innere Widerspruch im neuen DGB-Programm verstärkt hat, daß die Forderung nach der Überführung in Gemeineigentum weiter eingeschränkt wurde. Wie kann sich aber die Arbeit der Kommunisten nicht verschlechtern, wenn Beschlüsse in diese Richtung gefaßt werden.

Was in den beiden Artikeln auch überhaupt nicht versucht wird, ist zu beurteilen, in welchem Verhältnis das neue Programm zur Entwicklung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und zur gesamten politischen Entwicklung steht.
W.S., Dinslaken

Widersprüchliche Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Zu den „Thesen zum Kampf gegen das Lohnsystem …“, KVZ Nr. 5/81 und Nr. 7/81 „Das Loch in der Leistungsbilanz und die Stellung der westdeutschen Imperialisten“

Nachdem in den folgenden Ausgaben der KVZ keine weitere Stellungnahme zu dem offensichtlichen Widerspruch in der Einschätzung der derzeitigen weltwirtschaftlichen Lage und der Stellung der westdeutschen Imperialisten darin erfolgt ist, meine ich, daß eine Klärung in der KVZ allmählich ansteht.

In den „Thesen“ heißt es (1. These):

„… Heute hat der westdeutsche Kapitalismus an Expansivkraft auf dem Weltmarkt verloren. … Es zeigt sich ein Verlust an Akkumulationsfähigkeit des westdeutschen Kapitalismus, der auf den tendenziellen Fall der Profitrate, letzten Endes auf die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit in anderen kapitalistischen Ländern zurückfällt. … Positionen (der westdeutschen Kapitalisten) auf den Weltmärkten gingen zunehmend an die Konkurrenz verloren. … Die verlorenen Positionen auf dem Weltmarkt können so jedoch nicht zurückerobert werden, und die gefährdeten Positionen werden so nicht gehalten werden können.“ …

Dagegen heißt es in dem Artikel von frb schon in der Unterüberschrift:

„Gegenüber den meisten Konkurrenten sind die BRD-Imperialisten immer noch vorn“ und in einer Zwischenüberschrift: „Keine entscheidene Verschlechterung der Konkurrenzlage“ und weiter: „Mit dieser Expansion ist es zu Ende, und es ist klar, daß damit auch der westdeutsche Export gefährdet ist, ohne daß dies aus einer Verschlechterung der Konkurrenzlage resultiert. Jedenfalls muß unterschieden werden, ob der Export zurückgeht, weil Marktanteile verlorengehen oder weil der weltweite Gesamtexport zurückgeht…“. Weiterhin sagt der Gen. frb: „Es wäre aber ein Fehler, diese Veränderung vor allem in der geänderten Stellung des westdeutschen Imperialismus im Konzert der imperialistischen Mächte, die zusammen immer noch den Weltmarkt dominieren, zu suchen.“

Es muß für die objektive Lage und für die Politik der Kapitalisten und für die Politik der Revolutionäre doch einen ganz erheblichen Unterschied ausmachen, ob die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Kapitalisten geschwächt ist, ob es die westdeutschen Kapitalisten so sehen oder nicht. In den „Thesen“ werden jedenfalls eine ganze Reihe von Schlüssen gezogen, und eine weitere Untersuchung darüber, welche Einschätzung den Tatsachen entspricht und welche nicht, welche Schlüsse für die praktische Politik im anderen Fall gezogen werden müßten, diese Sache müßte – nachdem sie so widersprüchlich aufgeworfen wurde – in der KVZ geklärt werden, oder es müßte weiter darüber gestritten werden.

V.B., Kassel

Das neue an den „Neuen Medien“

Zum Artikel „Verschiedene Interessen im Streit um die ‚Neuen Medien‘, KVZ 12/81, Seite 9

Meines Erachtens ist der Artikel „Verschiedene Interessen im Streit um die neuen Medien“ nicht auf dem neuesten Stand der Entwicklung und gibt die Lage nicht richtig wieder. Der Artikel geht die Untersuchung

lismus im Konzert der imperialistischen Mächte, die zusammen immer noch den Weltmarkt dominieren, zu suchen.“

Es muß für die objektive Lage und für die Politik der Kapitalisten und für die Politik der Revolutionäre doch einen ganz erheblichen Unterschied ausmachen, ob die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Kapitalisten geschwächt ist, ob es die westdeutschen Kapitalisten so sehen oder nicht. In den „Thesen“ werden jedenfalls eine ganze Reihe von Schlüssen gezogen, und eine weitere Untersuchung darüber, welche Einschätzung den Tatsachen entspricht und welche nicht, welche Schlüsse für die praktische Politik im anderen Fall gezogen werden müßten, diese Sache müßte – nachdem sie so widersprüchlich aufgeworfen wurde – in der KVZ geklärt werden, oder es müßte weiter darüber gestritten werden.

V.B., Kassel

Das neue an den „Neuen Medien“

Zum Artikel „Verschiedene Interessen im Streit um die ‚Neuen Medien‘, KVZ 12/81, Seite 9

Meines Erachtens ist der Artikel „Verschiedene Interessen im Streit um die neuen Medien“ nicht auf dem neuesten Stand der Entwicklung und gibt die Lage nicht richtig wieder. Der Artikel geht die Untersuchung

auch falsch an und befaßt sich zuerst mit der politischen Auseinandersetzung, die ohne Kenntnis der „Neuen Medien“ kaum zu verstehen ist, besonders nicht in ihrer Schärfe. Doch was das besonders Neue an den „Neuen Medien“ ist, wird kaum klar. Diese Medien sind besonders neu in Hinsicht darauf, daß Informationen nicht mehr auf Papier transportiert, sondern in großem Umfang und erheblich schneller elektronisch transportiert werden. Voraussetzung dafür ist der Einsatz von elektronischen Speicherschreibmaschinen und Textverarbeitungsmaschinen. Diese Voraussetzung ist insbesondere für die Kapitalisten aufgrund der starken Verbilligung der Mikroelektronik weitgehend erfüllt. Die Textübertragung kann fast vollständig mit dem Geschäftsbrief gleichziehen, nur Unterschrift und Firmenkopf sind noch nicht übermittelbar. Die Übertragungsgeschwindigkeit, mit der Informationsnetze und Vermittlungssysteme diese Informationen übertragen, spielen besonders die Rolle, daß sie die Zeit verkürzen, in der diese Leitungssysteme z.B. für die Übermittlung eines Briefes benutzt werden. D. h. bei Verbilligung der elektronischen Vermittlungstechnik und der Informationsnetze, geringere Gebühren.

Die integrierten Fernschreib- und Datennetze gibt es schon länger, sie werden verbessert. Der seit März 1981 bestehende preisgünstige Probebetrieb „Teletex“ (bis 28.2.81 keine Grundgebühren und keine Gebühren für die Vermittlung an Teletex-Systeme, wohl an Telex) erlaubt bis zu 9600 Informationseinheiten (bits) pro Sekunde statt 50 Bits pro Sekunde beim Telex-Fernschreiben. Dieses System wird gegenwärtig mit einem neuen elektronischen Vermittlungssystem auf 48000 Bits/Sekunde verbessert und von der Post auch schon als Fernmeldedienst angeboten. All diese Dienste sind von den Kapitalisten, Banken, Versicherungen genutzt. Die Post gibt als Kosten für die Benutzung des letzteren Systems für eine Reisebuchung z.B. 0,12–0,20 DM für 2 Minuten Datenübertragung im Dialog mit 2500 Zeichen (Sonderausgabe „Datex-P“ der Post zur Hannover-Messe). Diese Netze können auch als öffentliche Kommunikationsnetze wie den Bildschirmtext genutzt werden. Dies wird seit Mitte letzten Jahres in Feldversuchen mit privaten Benutzern und Kapitalisten in Düsseldorf und Berlin durchgeführt. Für die Versuche mit den öffentlichen Kommunikationszentren sind diese für Zeitungsverlage, Nachrichtenagenturen, Touristikunternehmen, Handel usw. aber auch für Verbände und Parteien geöffnet worden.

Dadurch wird das öffentlich-rechtlich kontrollierte Fersehen berührt, auf alle Fälle halten sowohl die Kapitalisten als auch die Bundesregierung eine medienpolitische Entscheidung für notwendig. Kabelfernsehen wird erst mit der Verlegung von Lichtleitern als Informationsnetz möglich, das wird noch einige Jahre ausstehen, jedoch haben Verlage, Medienkonzerne ein Interesse an Kabelfernsehen, um ihre Produkte über dieses Medium portionsweise an die Kabelfernsehteilnehmer verkaufen zu können. Mit einer Beteiligung bei Radio Luxemburg soll einer medienpolitischen Entscheidung vorgegriffen werden und Tatsachen geschaffen werden.

Ich denke, daß die Kommunikationstechnik ein Mittel sein kann, die Demokratie zu entfalten. Wie die demokratische Kontrolle der Massen über diese Medien sich entfaltet, ist weiter zu untersuchen.

H.M., Detmold

„Öffentlicher“ Rundfunk ist ein Oligopol

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind ein Erbe der Besatzungszeit, das derzeit genauso ein Hauptziel bürgerlichen Klassenkampfes ist, wie die Montan-Mitbestimmung. Mit ihr verhält es sich nämlich genauso.

Dabei ist es aber anders zugegangen als mit der Montan-Mitbestimmung. Mal abgesehen davon, daß es damals eher Leute wie Axel Eggebrecht gegeben hat und heute eher Leute vom Schlage Rudolf Mühlfenzl, daß heute Klaus Schütz Intendant wird und Leute wie Hans Bausch wohl nicht mehr, der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eben ein Schlachtfeld geworden. Da er sich halb dem Kommerz geöffnet hat (Werbung) und deshalb auch bereits existenziell von ihm abhängt, hat er sich auch zwischen 18 und 20 Uhr von ihm diktieren lassen, was er sendet und was nicht. Da er aber andererseits vom gebührenzahlenden Wahlvolk abhängig ist, hat er sich von Politikern abhängig gemacht, d.h. ist zum allseits beliebten Hau-den-Lukas geworden, sobald es inhaltsgeschwängert werden sollte.

Für diesen Rundfunk zu kämpfen, heißt für ein Oligopol zu kämpfen, denn die Rundfunkanstalten konkurrieren: ARD/ZDF und vier III. Programme. Sie teilen sich die Bereiche Unterhaltung, Bildung etc. Für die zu kämpfen heißt nicht, gegen

„Öffentlicher“ Rundfunk ist ein Oligopol

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind ein Erbe der Besatzungszeit, das derzeit genauso ein Hauptziel bürgerlichen Klassenkampfes ist, wie die Montan-Mitbestimmung. Mit ihr verhält es sich nämlich genauso.

Dabei ist es aber anders zugegangen als mit der Montan-Mitbestimmung. Mal abgesehen davon, daß es damals eher Leute wie Axel Eggebrecht gegeben hat und heute eher Leute vom Schlage Rudolf Mühlfenzl, daß heute Klaus Schütz Intendant wird und Leute wie Hans Bausch wohl nicht mehr, der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eben ein Schlachtfeld geworden. Da er sich halb dem Kommerz geöffnet hat (Werbung) und deshalb auch bereits existenziell von ihm abhängt, hat er sich auch zwischen 18 und 20 Uhr von ihm diktieren lassen, was er sendet und was nicht. Da er aber andererseits vom gebührenzahlenden Wahlvolk abhängig ist, hat er sich von Politikern abhängig gemacht, d.h. ist zum allseits beliebten Hau-den-Lukas geworden, sobald es inhaltsgeschwängert werden sollte.

Für diesen Rundfunk zu kämpfen, heißt für ein Oligopol zu kämpfen, denn die Rundfunkanstalten konkurrieren: ARD/ZDF und vier III. Programme. Sie teilen sich die Bereiche Unterhaltung, Bildung etc. Für die zu kämpfen heißt nicht, gegen

neue Programme zu kämpfen. Die technischen Möglichkeiten zur Vervielfältigung von Programmen sind da, es geht um die Beute. Diese Beute wird geteilt, wobei es die absurdesten Koalitionen gibt. CDU, FDP, BDA, BDI, Zeitungsverleger und Werbungsbranche sowie die Katholische Kirche sind für Privatisierung von Kabel- und Satellitenfernsehen; SPD ist unklar, weiß zwar noch nicht, ob sie verkabeln oder erst Pilotprojekte haben will, stimmt aber schon mal allen Vorhaben zu (s. Beschluß der Ministerpräsidenten zu den zwei Kabelgroschen und dem medienpolitischen Durchmarsch des Herrn Albrecht), der DGB ist für Vollverkabelung und für öffentlich-rechtlichen Rundfunk und damit basta.

Sicher ist, daß bisher jeder Versuch, Privatfernsehen in der BRD einzuführen, gescheitert ist, und zwar nicht aus technischen, sondern aus Verfassungsgründen.

Sicher ist auch, daß wir alles bezahlen: über Gebühren die öffentlich-rechtlichen Parteikommödien, über die Waren die öffentlich-rechtliche Werbung und über Steuergelder jeden Zentimeter Kabel, den die Post verlegt. Jedes Programm, das man uns ins Haus zusätzlich einhämmert, wird entweder durch unsere Gebühren, durch unsere Steuern oder über die Warenpreise finanziert, die wir ebenfalls zahlen. Das ist der Hauptgrund, warum man jeden Zentimeter Boden verteidigen muß, der gegenwärtig von Verfassungsfeinden à la Bahlsen verspekuliert wird. Merkmal am Rande: der Fernsehkonsum steigt nur bei Kindern unter 14 Jahren, auch wenn 8 Programme abrufbar sind (in Grenzgebieten erhoben von H. Sturm u.a.), also die Leute, die der Kapitalismus noch nicht voll im Griff hat. Daß er das will, beweist er mit seiner Medienpolitik; daß wir das nicht wollen, müssen wir beweisen und kämpfend klar machen. Aber die Gründe müssen auch stimmen. (…)

M.A.E.

Beijing Rundschau zu Charakter und Umfang von Streiks in China

lup. Die Bejing Rundschau nimmt in ihrer neuesten Nummer zu westlichen Presseberichten Stellung, die über Streiks von Arbeitern und Studenten in verschiedenen Teilen Chinas berichtet hatten. Diese Presseberichte hatten sich ihrerseits auf verschiedene örtliche chinesische Rundfunkstationen bezogen. Die Beijing Rundschau schreibt, es habe in einzelnen Fällen Streiks von Arbeitern oder Studenten gegeben. Diese hätten Gründe verschiedenster Art gehabt. „Einige gingen aus von jungen Leuten, die seit einigen Jahren in Grenzgebieten leben und in größere Städte zurückkehren wollen. Einige gingen von Arbeitern aus, die ihre Unzufriedenheit mit solchen Angelegenheiten wie Löhnen, Zuschlägen und Wohnungen zum Ausdruck gebracht haben. Studenten wandten sich gegen das Wahlverfahren von örtlichen Volksvertretern. Unzufriedenheit mit dem Essen in den Schulkantinen war eine andere Ursache. Und in einigen anderen Fällen ging die Unzufriedenheit davon aus, daß die Studenten die Rückkehr ihrer Schulen in die größeren Städte wollten, oder sie wollten die Schulgebäude zurückhaben, die während der ‚Kulturrevolution' von anderen Einheiten beschlagnahmt wor 'en waren.

China ist ein großes Land, mit einer Bevölkerung von 1 Milliarde, und diejenigen, die solche Streiks durchführen, machen nur einen Bruchteil der Bevölkerung aus. Der Vorsitzende Mao sagte 1957: ‚In einem so großen Land wie unserem braucht man sich nicht aufzuregen, wenn eine kleine Anzahl Unruhen durchführt, im Gegenteil, solche Unruhen helfen uns, die Bürokratie zu beseitigen.' Die Verfassung der Volksrebublik China legt fest, daß das Volk die Freiheit von Demonstrationen und Umzügen und das Streikrecht genießt. Wenn die Massen manchmal unterschiedliche Auffassungen und Forderungen haben, und die leitenden Kader Unzulänglichkeiten und Fehler der einen oder der anderen Art, ist es unvermeidlich, daß es zu Auseinandersetzungen kommt, wenn diese Widersprüche nicht richtig behandelt werden. Solche Dinge passieren sehr oft in anderen Ländern. Ausländische Medien übertreiben oft, wenn sie über solche Auseinandersetzungen berichten und behaupten, die Lage in China sei nicht stabil. Dies ist Unsinn."

Londoner Polizei provozierte Auseinandersetzungen in Brixton

lup. Unmittelbar nach den Auseinandersetzungen in dem Ost-Londoner Stadtteil Brixton am vorletzten Wochenende gab die Londoner Polizei bekannt, daß jeder Wohnungsbesitzer von der Polizei entschädigt werde, der Zerstörungen an seinem Eigentum der Polizei gegenüber glaubhaft mache. Zur gleichen Zeit versicherte die britische Premierministerin Thatcher, die Regierung denke nicht im Traume daran, öffentliche Gelder zur Linderung des sozialen Elends in Brixton zur Verfügung zu stellen. Labour-Führung und Regierung waren sich darin einig, daß die Polizeipräsenz in Brixton aufrechtzuerhalten und die Polizei in ihrem Vorgehen den schwarzen Bewohnern Brixtons gegenüber zu unterstützen sei. Massierte Polizeipräsenz, zum Teil in Form provozierender Zivilpolizisten, zum Teil Angehörige der Spezialtruppe, einer dem MEK vergleichbaren Einheit, und die unaufhörlichen Schikanen gegenüber den schwarzen Einwohnern Brixtons waren es gerade, die die Auseinandersetzungen ausgelöst hatten, versichert ein Verteidigungskomitee für Brixton, das schwarze Anwälte und die Angehörigen der 191 Verhafteten gebildet haben.

Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen war die Tatsache, daß ein schwarzer Jugendlicher, der bei einer Messerstecherei schwer verletzt worden war, in einem Streifenwagen der Polizei festgehalten wurde, anstatt sofort ins Krankenhaus gefahren zu werden. Andere Jugendliche protestierten gegen diese Festnahme und forderten die sofortige Freilassung des Jugendlichen. Die Streifenpolizisten forderten daraufhin sofort Verstärkung an, die unmittelbar darauf in voller Kampfausrüstung erschien. Aus dieser Auseinandersetzung entwickelte sich eine regelrechte Straßenschlacht. Polizei wurde in einer Stärke von schließlich 1000 Mann in Bussen aus ganz London zusammengezogen und riegelte das Zentrum von Brixton hermetisch ab. Schwarze Jugendliche setzten sich mit Steinen und Molotow-Cocktails zur Wehr, mehrere Häuser wurden angezündet, einige Geschäfte geplündert. Die Polizei ging mit großer Brutalität und willkürlichen Schikanen gegen die schwarzen Bewohner Brixtons vor. Die „Frankfurter Rundschau" nennt als Beispiel, in das Haus einer schwarzen Familie seien an zwei aufeinanderfolgenden Nächten Einsatzkommandos eingebrochen. Sie hätten die Türen zerschlagen, den herzkranken Familienvater verletzt und seine 3 Söhne, die vor dem Fernsehen gesessen hatten, verhaftet. Zwei seien später mit Verletzungen nach Hause gekommen, der dritte befände sich immer noch in Haft.

Die Bevölkerung von Brixton setzt sich zu 30% aus Schwarzen zusammen, die zum größten Teil von den karibischen Inseln kommen. Insbesondere die Jugendlichen sind zu einem großen Teil arbeitslos. Haben sie Arbeit, dann zu den schlechtesten Löhnen in den elendsten Tätigkeiten. Mit der Verschärfung des sozialen Elends seit dem Amtsantritt der Regierung Thatcher haben auch die Polizeipräsenz und ihre Schikanen gegenüber der schwarzen Bevölkerung zugenommen. Zivilpolizisten provozieren immer wieder Auseinandersetzungen, herumstehende Jugendliche werden wegen der Absicht der Begehung einer Straftat beschuldigt und oftmals verhaftet. Freilassung der Verhafteten und Abzug der Polizei aus dem Stadtteil sind die Hauptforderungen des Verteidigungskomitees. Für den Fall, daß die britischen Faschisten ihre Ankündigung wahrmachen, eine Demonstration durch Brixton durchzuführen, sind Gegenaktionen angekündigt.

lup. Unmittelbar nach den Auseinandersetzungen in dem Ost-Londoner Stadtteil Brixton am vorletzten Wochenende gab die Londoner Polizei bekannt, daß jeder Wohnungsbesitzer von der Polizei entschädigt werde, der Zerstörungen an seinem Eigentum der Polizei gegenüber glaubhaft mache. Zur gleichen Zeit versicherte die britische Premierministerin Thatcher, die Regierung denke nicht im Traume daran, öffentliche Gelder zur Linderung des sozialen Elends in Brixton zur Verfügung zu stellen. Labour-Führung und Regierung waren sich darin einig, daß die Polizeipräsenz in Brixton aufrechtzuerhalten und die Polizei in ihrem Vorgehen den schwarzen Bewohnern Brixtons gegenüber zu unterstützen sei. Massierte Polizeipräsenz, zum Teil in Form provozierender Zivilpolizisten, zum Teil Angehörige der Spezialtruppe, einer dem MEK vergleichbaren Einheit, und die unaufhörlichen Schikanen gegenüber den schwarzen Einwohnern Brixtons waren es gerade, die die Auseinandersetzungen ausgelöst hatten, versichert ein Verteidigungskomitee für Brixton, das schwarze Anwälte und die Angehörigen der 191 Verhafteten gebildet haben.
Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen war die Tatsache, daß ein schwarzer Jugendlicher, der bei einer Messerstecherei schwer verletzt worden war, in einem Streifenwagen der Polizei festgehalten wurde, anstatt sofort ins Krankenhaus gefahren zu werden. Andere Jugendliche protestierten gegen diese Festnahme und forderten die sofortige Freilassung des Jugendlichen. Die Streifenpolizisten forderten daraufhin sofort Verstärkung an, die
1000 Mann in Bussen aus ganz London zusammengezogen und riegelte das Zentrum von Brixton hermetisch ab. Schwarze Jugendliche setzten sich mit Steinen und Molotow-Cocktails zur Wehr, mehrere Häuser wurden angezündet, einige Geschäfte geplündert. Die Polizei ging mit großer Brutalität und willkürlichen Schikanen gegen die schwarzen Bewohner Brixtons vor. Die „Frankfurter Rundschau" nennt als Beispiel, in das Haus einer schwarzen Familie seien an zwei aufeinanderfolgenden Nächten Einsatzkommandos eingebrochen. Sie hätten die Türen zerschlagen, den herzkranken Familienvater verletzt und seine 3 Söhne, die vor dem Fernsehen gesessen hatten, verhaftet. Zwei seien später mit Verletzungen nach Hause gekommen, der dritte befände sich immer noch in Haft.
Die Bevölkerung von Brixton setzt sich zu 30% aus Schwarzen zusammen, die zum größten Teil von den karibischen Inseln kommen. Insbesondere die Jugendlichen sind zu einem großen Teil arbeitslos. Haben sie Arbeit, dann zu den schlechtesten Löhnen in den elendsten Tätigkeiten. Mit der Verschärfung des sozialen Elends seit dem Amtsantritt der Regierung Thatcher haben auch die Polizeipräsenz und ihre Schikanen gegenüber der schwarzen Bevölkerung zugenommen. Zivilpolizisten provozieren immer wieder Auseinandersetzungen, herumstehende Jugendliche werden wegen der Absicht der Begehung einer Straftat beschuldigt und oftmals verhaftet. Freilassung der Verhafteten und Abzug der Polizei aus dem Stadtteil sind die Hauptforderungen des Verteidigungskomitees. Für

Regierungskrise in Finnland beigelegt

Position Kekkonens geschwächt / Auch hier wirkt die Entwicklung in Polen

coi. Finden die für 1984 angesetzten Wahlen für das Amt des finnischen Staatspräsidenten heute statt, es gäbe nur einen wirklich aussichtsreichen Kandidaten: Mauno Koivisto, amtierender Ministerpräsident und Sozialdemokrat. Bereits vor der nun beigelegten Regierungskrise genoß er laut Meinungsumfrage eine große Popularität. Der ehemalige Hafenarbeiter, der sich zum Zentralbankratspräsidenten und zum Ministerpräsidenten hochgearbeitet hat, gilt als knochenehrlich und unbestechlich, sozusagen als einer vom Volk. Nach der Regierungskrise sind seine Beliebtheitsaktien weiter gestiegen, und er wird in manchen Zeitungskommentaren gar als Volksheld gefeiert. Was war geschehen?

Nun, Koivisto hat sich die in der finnischen Nachkriegsgeschichte einmalige Unerhörtheit geleistet, die Aufforderung des Staatspräsidenten Kekkonen zurückzuweisen, sein Rücktrittsgesuch einzureichen, falls die Regierungsparteien sich nicht bis zum 10. April auf das sozial- und lohnpolitische Paket des Finanzministers einigen könnten. Koivisto hatte zu verstehen gegeben, er werde bleiben, auch wenn die Abstimmung zu seinen Ungunsten ausfällt, über seinen Rücktritt könne nur das Parlament entscheiden. Als es ihm dann noch gelang die Zustimmung aller Regierungsparteien im Parlament zu erhalten, gegen das Zugeständnis, eine Kommission einzurichten zwecks Untersuchung von Änderungsmöglichkeiten, war die politische Ohrfeige für Kekkonen perfekt. Diese offenbare Schwächung Kekkonens, der zentralen politischen Gestalt Finnlands, hat nicht nur innenpolitische Auswirkungen, sondern auch außenpolitische Implikationen, da Kekkonen von Moskau als persönlicher Garant der engen Beziehungen zur Sowjetunion angesehen und dementsprechend protegiert wird.

Die vordergründige Auseinandersetzung galt dem oben erwähnten einkommenspolitischen Paket. Es sah neben dem zweijährigen Lohnerhöhungsabkommen von ca. 12% eine vom Reichstag zu beschließende Inflationsschutzklausel für die Löhne, finanzielle Zuschüsse für die Bauern sowie die Erhöhung von Sozialleistungen bei gleichzeitiger Einführung ihrer Besteuerung vor. Die Demokratische Union des Finnischen Volkes (Volksdemokraten) (17,9%), in die die Kommunistische Partei Finnlands in Form einer Aktionseiheit führend eingeht, und die zusammen mit der bäuerlichen Zentrumspartei (16,4%), den Sozialdemokraten (23,9%) und der kleinen schwedischen Volkspartei die Regierung stellt, lehnte das Paket ab. Das ZK der KPFi rief die Arbeiterbewegung zum Kampf gegen diesen tatsächlich mageren Vorschlag auf, die Sozialdemokraten beharrten darauf und die Regierungskrise war Faktum. Doch die Scheidelinie lief nicht einfach zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Während der Vorstand des Finnischen Gewerkschaftsbundes gegen die Stimmen der Kommunisten das Abkommen annahm, sprach sich die Metallarbeitergewerkschaft einheitlich dagegen aus und beharrte auf einem höheren Abschluß. Während die Gewerkschaftsbewegung mehr oder weniger branchenweise und örtlich den Kampf für die Verbesserung des Tarifbestandteils des zentralen Abkommens aufnahm, konzentrierten die Sozialdemokraten ihre Kritik auf die Reform der Krankengeld- und Arbeitsunfallversicherungsleistungen. Aus Rechenbeispielen in der Presse geht hervor, daß für die Lohnabhängigen das Krankengeld bei kurzfristigen Krankheiten sinkt, während sie erst bei sehr langwierigen Krankheiten besser dastehen als bisher. Die Sozialdemokraten machten die Annahme der unveränderten Vorlage zur Bedingung des Fortbestandes der Koalitionsregierung.

Das Eingreifen Kekkonens schien fürs erste den Bruch der Regierung zu beschleunigen. Wohl nicht zufällig bestellte Kekkonen den Vorsitzenden der KPFi Saarinen zu sich, der dann kaum aus der Tür getreten verkündete, die Mitte-Links-Koalition wäre eigentlich tragfähig, wenn nur der Ministerpräsident abginge. Die nun offenkundige Absicht, die Person Koivistos politisch abzuservieren, führte zu Brüchen bei den Volksdemokraten, die Koivisto geschickt nutzte, das auf ihn geworfene Messer in einen Bumerang zu verwandeln. Der Leitartikler des Zentralorgans der Volksdemokraten bezeichnete es als ein historisches Ereignis, daß Kekkonen von Koivisto die passende Antwort bekommen hat, und meinte, es sei „eine willkommene Einleitung zur großen Übergangsperiode, da die jahrzehntelange Unfehlbarkeit ihre erste Erschütterung erfährt." (Dagens Nyheter, 1.4.81) Das sind ungewöhnliche Töne – vor allem aus dieser notorisch moskaufreundlichen Ecke –, die nicht nur auf die verfassungsmäßige Sonderstellung des Staatspräsidenten abzielten, der u.a. das Parlament auflösen und eine Beamtenregierung einsetzen kann, sondern direkt auf die Person Kekkonens, der in seiner nun 25jährigen Amtszeit extensiven Gebrauch von dieser Sonderstellung gemacht hat, um nicht genehme mögliche Präsidentschaftskandidaten zu fällen. Und ein Sozialdemokrat ist suspekt, nicht zuletzt, in den Augen der Sozialimperialisten, die erst Mitte März in der Prawda donnerten: „Besonders rechtsgerichtete Kreise in Finnland versuchten, den außenpolitischen Kurs zu ändern.".

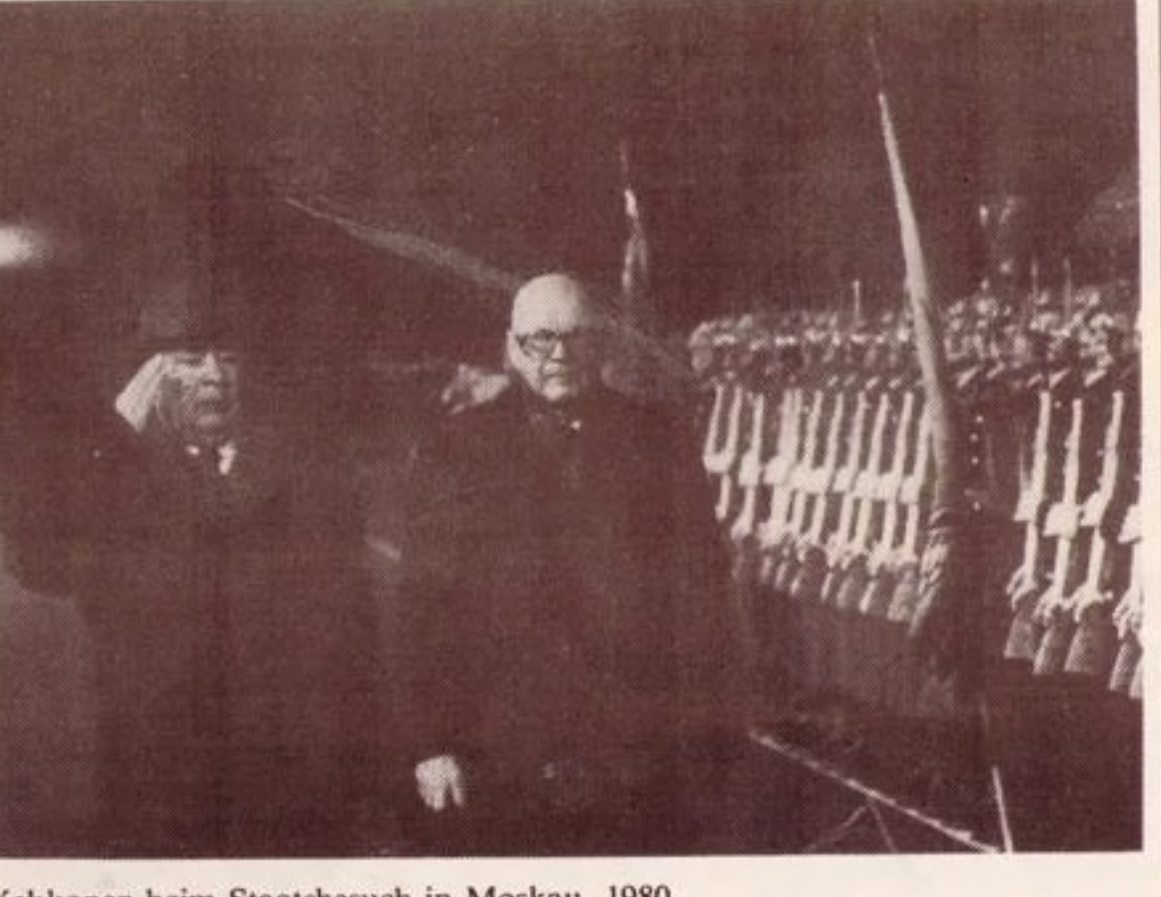
Der außenpolitische Kurs ist geprägt durch das, was die Sowjets mit Finnlands „aktiver Neutralität" bezeichnen. Für die Aktivität steht Kekkonen, der nicht nur die Intiative für die Helsinki-Konferenz ergriffen hat, oder für den Vorschlag einer kernwaffenfreien Zone in Skandinavien unter ausdrücklicher Ausklammerung der angrenzenden sowjetischen Gebiete, sondern auch für solche Geschmacklosigkeit, wie den Besuch der gerade okkupierten CSSR 1969 als erster westlicher Staatsmann oder die Enthaltung Finnlands in der UNO bei der Verurteilung der sowjetischen Invasion in Afghanistan verantwortlich ist.

Es gibt gewisse Anzeichen dafür, daß die Tendenz der Unterwürfigkeit wie der Neutralitätspolitik auf eine wachsende Unzufriedenheit stößt. Bekannt geworden ist, daß die Spannungen innerhalb der KPFi zwischen der Minderheitsfraktion der „Stalinisten" unter Führung der sowjetischen Marionette Sinisalo und der wohl mehr in Richtung Eurokommunismus neigenden Mehrheitsfraktion unter Saarinen gestiegen sind, aufgrund des Rückganges des Einflusses der gesamten Partei. Dies wird in der bürgerlichen Presse auf die Ereignisse in Polen zurückgeführt. Und es gibt das Gerücht, daß die Minderheitsfraktion, die immerhin 11 der 29 Sitze der KPFi im Parlament innehat, auf dem kommenden Parteitag im Mai ausgeschlossen werden soll.

Die Haltung der finnischen Regierung zur Entwicklung in Polen wird vom Außenminister und Vorsitzenden der Zentrumspartei (der auch Kekkonen angehört) Vayryninen so formuliert: „Wir möchten keine Bedrohung des status quo in unserer Region. Wenn die Dinge in Polen außer Kontrolle geraten, so könnte dies zu Spannungen außerhalb der Grenzen Polens führen, und wir sind uns sehr darüber bewußt, daß wir am gleichen Meer liegen." (International Herald Tribune 25.8.80)



eine Kommission einzurichten zwecks Untersuchung von Änderungsmöglichkeiten, war die politische Ohrfeige für Kekkonen perfekt. Diese offenbare Schwächung Kekkonens, der zentralen politischen Gestalt Finnlands, hat nicht nur innenpolitische Auswirkungen, sondern auch außenpolitische Implikationen, da Kekkonen von Moskau als persönlicher Garant der engen Beziehungen zur Sowjetunion angesehen und dementsprechend protegiert wird.
Die vordergründige Auseinandersetzung galt dem oben erwähnten einkommenspolitischen Paket. Es sah neben dem zweijährigen Lohnerhöhungsabkommen von ca. 12% eine vom Reichstag zu beschließende Inflationsschutzklausel für die Löhne, finanziel-
geld bei kurzfristigen Krankheiten sinkt, während sie erst bei sehr langwierigen Krankheiten besser dastehen als bisher. Die Sozialdemokraten machten die Annahme der unveränderten Vorlage zur Bedingung des Fortbestandes der Koalitionsregierung.
Das Eingreifen Kekkonens schien fürs erste den Bruch der Regierung zu beschleunigen. Wohl nicht zufällig bestellte Kekkonen den Vorsitzenden der KPFi Saarinen zu sich, der dann kaum aus der Tür getreten verkündete, die Mitte-Links-Koalition wäre eigentlich tragfähig, wenn nur der Ministerpräsident abginge. Die nun offenkundige Absicht, die Person Koivistos politisch abzuservieren, führte zu Brüchen bei
Helsinki-Konferenz ergriffen hat, oder für den Vorschlag einer kernwaffenfreien Zone in Skandinavien unter ausdrücklicher Ausklammerung der angrenzenden sowjetischen Gebiete, sondern auch für solche Geschmacklosigkeit, wie den Besuch der gerade okkupierten CSSR 1969 als erster westlicher Staatsmann oder die Enthaltung Finnlands in der UNO bei der Verurteilung der sowjetischen Invasion in Afghanistan verantwortlich ist.
Es gibt gewisse Anzeichen dafür, daß die Tendenz der Unterwürfigkeit wie der Neutralitätspolitik auf eine wachsende Unzufriedenheit stößt. Bekannt geworden ist, daß die Spannungen innerhalb der KPFi zwischen der Minderheitsfraktion der „Stalinisten" unter Führung der sowjetischen Marionette Sinisalo und der wohl mehr in Richtung Eurokommunismus neigenden Mehrheitsfraktion unter Saarinen gestiegen sind, aufgrund des Rückganges des Einflusses der gesamten Partei. Dies wird in der bürgerlichen Presse auf die Ereignisse in Polen zurückgeführt. Und es gibt das Gerücht, daß die Minderheitsfraktion, die immerhin 11 der 29 Sitze der KPFi im Parlament innehat, auf dem kommenden Parteitag im Mai ausgeschlossen werden soll.
Die Haltung der finnischen Regierung zur Entwicklung in Polen wird vom Außenminister und Vorsitzenden der Zentrumspartei (der auch Kekkonen angehört) Vayryninen so formuliert: „Wir möchten keine Bedrohung des status quo in unserer Region. Wenn die Dinge in Polen außer Kontrolle geraten, so könnte dies zu Span-



Kekkonen beim Staatsbesuch in Moskau, 1980.

UNO-Flüchtlingskonferenz für Afrika beendet

chm. 25 afrikanische Staaten haben unter Flüchtlingsproblemen zu leiden. Die größten Flüchtlingsbewegungen hat es am Horn von Afrika als Folge des Krieges zwischen Äthiopien und Somalia und der Aggression Äthiopiens gegen den eritreischen Befreiungskampf gegeben, ebenfalls kürzlich nach der libyschen Intervention im Tschad, aber auch in Angola. Was die Versorgung der angolanischen Flüchtlinge besonders erschwert ist die Haltung der Regierung, die ihre Existenz negiert, weil sie sonst zugeben müßte, daß sie etwa die Hälfte des Landes nicht kontrolliert. Von den nach Genf eingeladenen 131 Ländern waren 97 anwesend – die SU und die Ostblockstaaten fehlten. Es gab feste Zusagen für eine Flüchtlingshilfe in Höhe von 560 Mio. $.

Wissenschaftler gegen US-Politik in El-Salvador

chm. Die Mitglieder der Gemeinsamen Kommission für Lateinamerikastudien des Zentrums für Sozialforschung in New York haben einstimmig erklärt: „Die unterzeichnenden Mitglieder der Gemeinsamen Kommission für Lateinamerika-Studien des Social Science Research Council protestieren einstimmig und auf das Nachdrücklichste gegen die gegenwärtig von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika verfolgte Politik einer verstärkten militärischen Präsenz in El Salvador und der Drohung mit militärischer Gewaltanwendung in Mittelamerika und im karibischen Raum ... Wenn die Neigung zum Interventionismus nicht unverzüglich aufgehalten wird, wird sie sich auf ganz Lateinamerika auswirken und die repressivsten Tendenzen und Regime in der Region stärken ... In den mehr als zwei Jahrzehnten ihrer Existenz hat die Kommission wissenschaftliche Arbeiten über alle Aspekte der lateinamerikanischen Realität gefördert. Die Ergebnisse der Forschung belegen, daß die gegenwärtige Krise in Mittelamerika in erster Linie das Resultat schon lange bestehender sozialer und ökonomischer Ungleichheit und des Fehlens politischer Lösungen ist, nicht aber Folge einer Intervention der Sowjetunion. Die Verdrehung der Wirklichkeit durch die derzeitige Regierung der USA zugunsten eines vereinfachten Klischees aus dem Arsenal des kalten Krieges und die Gefährlichkeit der gegenwärtigen Situation nötigen die Unterzeichner zu dieser ausdrücklichen Klarstellung" (Auszüge).

97 Todesurteile gegen Kurden in der Türkei angedroht

chm. In dem Prozeß, den das türkische Militärregime gegen 447 Mitglieder der Kurdischen Befreiungspartei (PPK) eröffnet hat, hat der Staatsanwalt gleich zu Beginn 97 Todesurteile beantragt. Das Militär wirft ihnen vor, eine eigene kurdische nationale Bewegung gegründet zu haben mit dem Ziel, den Osten der Türkei zu annektieren. Den Mitgliedern wird weiterhin vorgeworfen, 243 Personen umgebracht zu haben, darunter 30 Polizisten. 30 Angeklagte haben die Aussage vor dem Militärrichter aus Protest gegen ihre Haftbedingungen verweigert. Sie befinden sich seit zwei Wochen im Hungerstreik und waren teilweise so geschwächt, auch durch Folterungen, daß sie den Verhandlungssaal nur auf die Wächter gestützt betreten konnten. Als die Angeklagten anfingen über die Folterungen zu berichten, unterbrach sie der Militärrichter mit dem Spruch: Sie seien vor Gericht, Folterungen seien ausschließlich Angelegenheit der Gefängnisbehörde. Die PKK ist eine von sechs verbotenen kurdischen Organisationen, die das Selbstbestimmungsrecht für die in der Türkei lebenden 8 Mio. Kurden fordern. Dieser Prozeß bildet den ersten in einer Reihe von 2331 Prozessen, die alle gegen die PPK und ihre Mitglieder geplant sind.

ASEAN lehnt Vorschlag der SU ab

chm. Im Auftrag der ASEAN erklärte der Außenminister von Malaysia dem sowjetischen Botschafter gegenüber seine Ablehnung des sowjetischen Vorschlags für eine Regionalkonferenz über Kampuchea. Er begründete dies damit, daß die ASEAN sich nicht als Gesprächspartner in dieser Frage betrachten. Sie bestehen auf der Erfüllung der UN-Resolution vom Oktober '80, die den Abzug der vietnamesischen Truppen und die Abhaltung freier Wahlen in Kampuchea fordert. Vor allem fordert die Resolution, daß noch vor Mitte des Jahres eine Indochina-Konferenz durchgeführt wird. Wenn Vietnam weiterhin diese Indochina-Konferenz ablehnt, erwägen die ASEAN-Staaten, sie auch ohne Vietnam durchzuführen. Das erklärte auch der Außenminister der Philippinen dem Sonderbeauftragten von UN-Generalsekretär Waldheim, der dort seine Rundreise durch die ASEAN-Staaten und Indochina beendet hatte.

Streikende Arbeiter in Südafrika erschossen

lup. 2 streikende Berbauarbeiter wurden in der vergangenen Woche in Penge, einer Berarbeiterstadt nördlich von Johannisburg, von südafrikanischer Polizei erschossen. Ihr Streik richtete sich gegen niedrige Löhne und zu lange Arbeitszeit. 600 Bergarbeiter hatten sich zu einer Demonstration zusammengeschlossen, die auch durch eine von Weißen bewohnte Siedlung marschierte. Ein dritter Arbeiter wurde in Pretoria von einer weißen Südafrikanerin mit gezogener Pistole erschossen, als er zusammen mit anderen gegen seine Entlassung protestierte, wobei Autos mit Steinen beworfen worden sein sollen.

Erfolgsmeldung
Auch in diesem Jahr traten
Beim Zersägen unserer Bretter
Keinerlei Späne auf

W. Hinkeldey*

Zum X. Parteitag der SED

„Ständige Erhöhung der führenden Rolle der Partei ...“

hku. Die gegenwärtige SED-Führung mit Erich Honecker an der Spitze hat die Großveranstaltung X. Parteitag ordentlich abwickeln können. Eine sorgfältig komponierte Kundgebung mit Rechenschaftsbericht, bestellten und schriftlich einzureichenden „Diskussionsbeiträgen“ und den Adressen der geladenen Gäste; ein Aufmarsch von 100000 FDJlern vor dem Palast der Republik, die der Partei schwören, *jeden* Auftrag auszuführen, auch die Beschlüsse des Parteitages, die noch gar nicht gefaßt sind; ein der KPdSU nachempfundener Militäraufmarsch im Tagungssaal; alles begleitet von „Abrechnungen“ und Verpflichtungen, den Werktätigen der DDR abgenommen: die SED hat demonstriert, daß ihre Organe der Machtausübung und Kontrolle der ganzen Gesellschaft intakt sind, Gewehr bei Fuß stehen.

Honecker, alter und neuer Generalsekretär der SED, hat sich im Rechenschaftsbericht nur knapp zu Polen geäußert. Delegierte von der „Basis“ hatten die Aufgabe, ihre Empörung auszudrücken, wie der PVAP so was hat passieren können; die Kollegen würden fragen, wann endlich damit Schluß sei. Aber indirekt war die gesamte Veranstaltung eine Demonstration: so etwas wie in Polen konnte bei uns nicht passieren, und so etwas *wird* bei uns nicht passieren. Die SED habe, sagte Honecker, in der Periode seit dem IX. Parteitag alles getan, um die „sozialistische Staatsmacht zu *stärken*“; sie habe nie zugelassen, daß sie angetastet würde. „Die ständige Erhöhung der führenden Rolle der Partei in allen Sphären der Gesellschaft ist eine objektive Notwendigkeit“. Die Gewerkschaften seien eine tragende Säule des sozialistischen *Staates*. Die Freundschaft und Waffenbrüderschaft mit der Sowjetunion soll nicht nur „auf ewig“, sondern „auf Jahrhunderte hinaus“ geschlossen sein. Und: „Entschieden weisen wir alle Bestrebungen zurück, im Gewand der Kunst feindliche Ideologien zu verbreiten, die sich gegen den realen Sozialismus und die Politik der Partei richten.“

Die Abschottung der Grenzen der DDR nach West und Ost im vergangenen Herbst zeigte, daß die SED ein Überspringen des polnischen Funkens nicht ausschloß. Diese Gefahr dürfte für sie direkt nicht bestehen, die Bedingungen in der DDR sind zu unterschiedlich, als daß eine ähnliche Entwicklung gegenwärtig ohne weiteres möglich wäre. Zum Teil wird es auch so sein, daß die SED vorhandene Versorgungsschwierigkeiten mit der Krise der polnischen Wirtschaft in Verbindung bringen und damit Verwirrung stiften kann. Aber der Rechenschaftsbericht vor dem Parteitag zeigt ebenso deutlich, daß der Widerspruch zwischen den arbeitenden Klassen und dem, was die SED als „Sozialismus“ verteidigt: das absolute Staatsmonopol der neuen Bourgeoisie über die gesamte Gesellschaft, wirkt und daß die SED sich auf seine Verschärfung einrichtet.

Wirtschaftspolitik

Die Ziele des neuen Fünfjahrplanes 1981–85 sind eine ehrgeizige Fortschreibung der Politik der letzten Jahre, in denen die DDR mit den schwierigeren äußeren Bedingungen nicht schlecht fertig geworden ist. Die Bildung von Kombinaten (ökonomische Einheiten von jeweils 20–60000 Arbeitskräften) soll fortgesetzt und zur beschleunigten Rationalisierung genutzt werden. Eigene Energiebasis und Zweige wie die Mikroelektronik werden Vorrang haben. Viele Worte hat Honecker über eine mengen- und qualitätsmäßig bessere Versorgung mit Konsumgütern gemacht, die in der DDR heute wohl besser ist als in den östlichen Nachbarstaaten, aber immer noch voller Lücken und bösen Überraschungen. Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik soll weitergeführt werden. „Ich leiste was. Ich leiste mir was.“ So werden Argumente gereimt dafür, daß von der Notwendigkeit der Produktionssteigerung ständig, von konkreten sozialen Verbesserungen überhaupt nicht die Rede gewesen ist. Anders als noch am IX. Parteitag, als Mindestrenten und -löhne erhöht und die Arbeitszeit gesenkt wurden. Der Spielraum ist eng geworden.

Festgelegt hat sich die SED noch einmal auf die Beibehaltung stabiler Preise für Mieten, Tarife und Waren des Grundbedarfs. Sie hat diese Niedrigpreise dermaßen mit ihrer Sorte „Sozialismus“ verknüpft, daß jede größere Änderung Erschütterungen auslösen muß: im Herbst 1977 haben Arbeiter des Fritz-Heckert-Kombinates gestreikt, weil Kaffee über den Preis aus dem Konsum der Arbeiter gedrängt und durch Muckefuck ersetzt werden sollte. 50 Arbeiter sollen verhaftet worden sein, aber die Sache wurde zurückgenommen. Am 1. Mai 78 kam es in Wittenberge zu erregten Diskussionen mit Funktionären über die Intershop-, Exquisit- und Deli-Läden, zu Menschenansammlungen und schließlich gewaltsamem Eingreifen der Polizei. Auch 1979 mußten nach Protesten „ungerechtigte Preiserhöhungen“, wie es dann hieß, von verschiedenen Betrieben wieder zurückgenommen werden. Hier muß die SED vorsichtig sein.

Beim Studium der Gewerkschaftspresse hat man den Eindruck, als könne sich die Arbeiterschaft der DDR trotz Fehlens aller kollektiven Rechte und trotz ausgefeilter Polizeiunterdrückung auch in anderen Fragen ganz gut behaupten. Z.B. in den Auseinandersetzungen um die Zahlung der Jahresendprämie, in denen nach vielen Einzelgefechten schließlich wohl die faktische Anerkennung als 13. Gehalt durchgesetzt worden ist. Erfolgreichen Widerstand sieht man auch gegen die Ausweitung von Schichtarbeit und wissenschaftlicher Arbeitsorganisation, wo die SED seit Jahren nicht vorwärts kommt.

Eine Beurteilung der innenpolitischen Gesamtlage bliebe äußerst vage und spekulativ. Ich will daher nur zwei wesentliche Einzelpunkte berühren.

Jugend

Man darf nicht nur die Fähigkeit der SED sehen, Hunderttausende von Jugendlichen in die FDJ zu ziehen und sie bei Riesentreffen wie dem Festival der Jugend Pfingsten 79 mit 700000 Teilnehmern oder der Wehrsporttübung „Signal 30“ unter ihren Fahnen zu sammeln und marschieren zu lassen. Das ist in einem solchen Ausmaß nur äußere Hülle und erzwungen, daß es dann wie am 6. Oktober 77 auf dem Berliner Alexanderplatz zu unerwarteten Explosionen kommt, als Tausende von Jugendlichen wegen vorzeitiger Beendigung eines Beatkonzerts durch russische Balalaika-Töne sich eine Straßenschlacht mit der Volkspolizei lieferten. Die Reaktion der FDJ war einerseits die Aufstellung von eigenen Ordnungstruppen; zum anderen eine kontrollierte Förderung von Musikgruppen, Discos usw., mit denen es aber auch wieder Ärger gab. Besondere Anstrengungen hat die SED in den vergangenen Jahren in der militaristischen Mobilisierung der Jugend unternommen, dazu eigens ein Unterrichtsfach „Wehrunterricht“ eingeführt. Aber mit dem „Feindbild“ ist sie noch nicht zufrieden, und hat sich dafür offenen Widerspruch von den Kirchen eingehandelt.

In der vergangenen Woche sind Nachrichten über Auseinandersetzungen in der sächsischen Stadt Plauen kolportiert worden, nach denen Jugendliche einen stillgelegten Bahnhof besetzt und seine Herausgabe als Jugendclubhaus gefordert haben. Gegen die Zerschlagung ihres Sitzstreiks verteilten sie in der gesamten Region Flugblätter. Solche Ereignisse, für uns eher allwöchentlich, kann man, glaube ich, in ihrer Bedeutung für die Entwicklung in der DDR kaum überschätzen. Weil sie den *prinzipiellen* Anspruch der SED auf Kontrolle aller gesellschaftlichen Äußerungen durchbrechen. Daher auch die brutale Verfolgung durch den Staatsapparat, der auch in diesem Fall wieder mit Schnellverfahren gehaust haben soll. Das juristische Instrumentarium ist 1979 noch einmal verschärft worden; für die Tatbestände: „Landesverrat“, „Verrat von nicht der Geheimhaltung unterliegenden Nachrichten“(!), „ungesetzliche Verbindungsaufnahme“, „staatsfeindliche Hetze“, „öffentliche Herabwürdigung“, „verfassungsfeindlicher Zusammenschluß“, „Verbrechen gegen einen verbündeten Staat“, „asoziales Verhalten“ wurden teils neue, teils erhöhte Strafandrohungen geschaffen.



Wolf Biermann, „Liedermacher“, und Robert Havemann, Wissenschaftler; die Köpfe der demokratischen Opposition in der DDR der 70er Jahre.

Demokratische Opposition

Erhebliche Schwierigkeiten hat der SED seit dem IX. Parteitag die demokratische Opposition, besonders unter der Intelligenz, bereitet. Diese Opposition, die ihren Ursprung in der Unterstützung des Prager Frühlings 1968 hatte und teilweise bis zu den Hoffnungen der „Entstalinisierung“ zurückging, wurde Ende 1976 durch die Ausbürgerung Biermanns wegen seinem Auftritt in der BRD herausgefordert. Dutzende von namhaften Künstlern wandten sich öffentlich gegen die Ausbürgerung. Die sich jahrelang hinziehenden Auseinandersetzungen haben die SED viel gekostet; aber diese Opposition wohl noch mehr. Durch Ausbürgerung und Druck gezwungen und gedrängt haben die meisten ihrer führenden Köpfe inzwischen die DDR verlassen: nach Biermann auch Nina Hagen, Th. Brasch, Reiner Kunze, Jürgen Fuchs, Ch. Kunert, Pannach, um einige zu nennen; mit längerfristigem Visum sind heute in Westberlin oder der BRD: Jurek Becker, R. Schneider, Günter Kunert u.a. Auch R. Bahro, Verfasser der „Alternative“, ist ja 1979 aus dem Gefängnis heraus in die BRD ausgewiesen worden. Wie die DDR in den 50er Jahren die beweglichsten und rebellischsten Teile des Volkes durch Auswanderung in den Westen verloren hat, was sicherlich die Stabilisierung der Herrschaft der neuen Bourgeoisie erleichterte; so ist jetzt die demokratische Bewegung der 70er Jahre ziemlich geschwächt. Die Verbindung zur Bewegung in Westdeutschland und Westberlin, die in den letzten Jahren enger geworden ist, hat die SED dabei demagogisch zu nutzen versucht, indem sie innere Widersprüche zu äußeren machte: „Wer sich mit dem Feind verbindet, ist unser Feind.“

Von den Kräften, die die Kontinuität der demokratischen Opposition verkörpern, ist Robert Havemann noch in der DDR und *nicht* zum Schweigen gebracht. Havemann setzt nach wie vor auf Reformkräfte *innerhalb* der SED, die bereit sind, den *zweiten* Schritt der Demokratisierung der Gesellschaft nach dem ersten der Sozialisierung zu tun. Daß es solche Reformkräfte in der SED gibt, die bei einem Aufbrechen der gesellschaftlichen Widersprüche offen hervortreten könnten, das ist gerade diesen Monat bestätigt worden durch den Parteiausschluß eines Wissenschaftlers am Instituts für Marxismus-Leninismus, wegen Untersuchung der Widersprüche in der sozialistischen Gesellschaft.

* W. Hinkeldey, „Erfolgsmeldung“. Hinkeldey wurde 1976 wegen Unterstützung Biermanns verhaftet und 1977 ohne Prozeß abgeschoben. Literatur und Berichte von ihm und seinem Freundeskreis sind veröffentlicht in dem lesenswerten Band „DDR konkret“, Olle & Wolter 1978.

„Solidarność“ legt Programm vor

Kreises von Regierenden, die keinerlei Kontrolle seitens der Regierten unterworfen waren; in der fehlenden Kraft des gegenwärtigen Systems, sich selbst

bedingungen erhalten“, „was die Einrichtung einer echten Selbstverwaltung der Werktätigen notwendig macht.“ „Die Wirtschaftsreform soll möglichst

– Einführung einer Luxussteuer (auf Luxuswagen, Wochenendhäuser usw.) – Einschränkung unberechtigter materieller Privilegien des Machtappara-

tion: so etwas wie in Polen konnte bei uns nicht passieren, und so etwas *wird* bei uns nicht passieren. Die SED habe, sagte Honecker, in der Periode seit dem IX. Parteitag alles getan, um die „sozialistische Staatsmacht zu *stärken*“; sie habe nie zugelassen, daß sie angetastet würde. „Die ständige Erhöhung der führenden Rolle der Partei in allen Sphären der Gesellschaft ist eine objektive Notwendigkeit“. Die Gewerkschaften seien eine tragende Säule des sozialistischen *Staates*. Die Freundschaft und Waffenbrüderschaft mit der Sowjetunion soll nicht nur „auf ewig“, sondern „auf Jahrhunderte hinaus“ geschlossen sein. Und: „Entschieden weisen wir alle Bestrebungen zurück, im Gewand der Kunst feindliche Ideologien zu verbreiten, die sich gegen den realen Sozialismus und die Politik der Partei richten.“

Die Abschottung der Grenzen der DDR nach West und Ost im vergangenen Herbst zeigte, daß die SED ein Überspringen des polnischen Funkens nicht ausschloß. Diese Gefahr dürfte für sie direkt nicht bestehen, die Bedingungen in der DDR sind zu unterschiedlich, als daß eine ähnliche Entwicklung gegenwärtig ohne weiteres

führt werden. „Ich leiste was. Ich leiste mir was.“ So werden Argumente gereimt dafür, daß von der Notwendigkeit der Produktionssteigerung ständig, von konkreten sozialen Verbesserungen überhaupt nicht die Rede gewesen ist. Anders als noch am IX. Parteitag, als Mindestrenten und -löhne erhöht und die Arbeitszeit gesenkt wurden. Der Spielraum ist eng geworden.

Festgelegt hat sich die SED noch einmal auf die Beibehaltung stabiler Preise für Mieten, Tarife und Waren des Grundbedarfs. Sie hat diese Niedrigpreise dermaßen mit ihrer Sorte „Sozialismus“ verknüpft, daß jede größere Änderung Erschütterungen auslösen muß: im Herbst 1977 haben Arbeiter des Fritz-Heckert-Kombinates gestreikt, weil Kaffee über den Preis aus dem Konsum der Arbeiter gedrängt und durch Muckefuck ersetzt werden sollte. 50 Arbeiter sollen verhaftet worden sein, aber die Sache wurde zurückgenommen. Am 1. Mai 78 kam es in Wittenberge zu erregten Diskussionen mit Funktionären über die Intershop-, Exquisit- und Deli-Läden, zu Menschenansammlungen und schließlich gewaltsamem Eingreifen der Polizei. Auch 1979 mußten nach Protesten

dann wie am 6. Oktober 77 auf dem Berliner Alexanderplatz zu unerwarteten Explosionen kommt, als Tausende von Jugendlichen wegen vorzeitiger Beendigung eines Beatkonzerts durch russische Balalaika-Töne sich eine Straßenschlacht mit der Volkspolizei lieferten. Die Reaktion der FDJ war einerseits die Aufstellung von eigenen Ordnungstruppen; zum anderen eine kontrollierte Förderung von Musikgruppen, Discos usw., mit denen es aber auch wieder Ärger gab. Besondere Anstrengungen hat die SED in den vergangenen Jahren in der militaristischen Mobilisierung der Jugend unternommen, dazu eigens ein Unterrichtsfach „Wehrunterricht“ eingeführt. Aber mit dem „Feindbild“ ist sie noch nicht zufrieden, und hat sich dafür offenen Widerspruch von den Kirchen eingehandelt.

In der vergangenen Woche sind Nachrichten über Auseinandersetzungen in der sächsischen Stadt Plauen kolportiert worden, nach denen Jugendliche einen stillgelegten Bahnhof besetzt und seine Herausgabe als Jugendclubhaus gefordert haben. Gegen die Zerschlagung ihres Sitzstreiks verteilten sie in der gesamten Region Flug-

liche Hetze“, „öffentliche Herabwürdigung“, „verfassungsfeindlicher Zusammenschluß“, „Verbrechen gegen einen verbündeten Staat“, „asoziales Verhalten“ wurden teils neue, teils erhöhte Strafandrohungen geschaffen.

Demokratische Opposition

Erhebliche Schwierigkeiten hat der SED seit dem IX. Parteitag die demokratische Opposition, besonders unter der Intelligenz, bereitet. Diese Opposition, die ihren Ursprung in der Unterstützung des Prager Frühlings 1968 hatte und teilweise bis zu den Hoffnungen der „Entstalinisierung“ zurückging, wurde Ende 1976 durch die Ausbürgerung Biermanns wegen seinem Auftritt in der BRD herausgefordert. Dutzende von namhaften Künstlern wandten sich öffentlich gegen die Ausbürgerung. Die sich jahrelang hinziehenden Auseinandersetzungen haben die SED viel gekostet; aber diese Opposition wohl noch mehr. Durch Ausbürgerung und Druck gezwungen und gedrängt haben die meisten ihrer führenden Köpfe inzwischen die DDR verlassen: nach Biermann auch Nina Hagen, Th. Brasch, Reiner Kunze, Jürgen Fuchs, Ch. Kunert, Pannach.

letzten Jahren enger geworden ist, hat die SED dabei demagogisch zu nutzen versucht, indem sie innere Widersprüche zu äußeren machte: „Wer sich mit dem Feind verbindet, ist unser Feind.“

Von den Kräften, die die Kontinuität der demokratischen Opposition verkörpern, ist Robert Havemann noch in der DDR und *nicht* zum Schweigen gebracht. Havemann setzt nach wie vor auf Reformkräfte *innerhalb* der SED, die bereit sind, den *zweiten* Schritt der Demokratisierung der Gesellschaft nach dem ersten der Sozialisierung zu tun. Daß es solche Reformkräfte in der SED gibt, die bei einem Aufbrechen der gesellschaftlichen Widersprüche offen hervortreten könnten, das ist gerade diesen Monat bestätigt worden durch den Parteiausschluß eines Wissenschaftlers am Instituts für Marxismus-Leninismus, wegen Untersuchung der Widersprüche in der sozialistischen Gesellschaft.

* W. Hinkeldey, „Erfolgsmeldung“. Hinkeldey wurde 1976 wegen Unterstützung Biermanns verhaftet und 1977 ohne Prozeß abgeschoben. Literatur und Berichte von ihm und seinem Freundeskreis sind veröffentlicht in dem lesenswerten Band „DDR konkret“, Olle & Wolter 1978.

„Solidarność“ legt Programm vor

Aus Trybuna Ludu, Zentralorgan der PVAP, 15.4. (Eig. Übers.)

Das Zentrum für Gesellschaft und Beruf beim Landeskoordinierungsausschuß der Gewerkschaft „Solidarität“ hat „Thesen zur Tätigkeit der Unabhängigen, sich selbst verwaltenden Gewerkschaft ‚Solidarität‘ (NSZZ, *Red.*) in der gegenwärtigen Lage des Landes“ verfaßt. Die Thesen wurden zuvor durch den Landeskoordinierungsausschuß begutachtet. Dieses umfangreiche Dokument, datiert vom Februar/März 1981, ist am 14. dieses Monats in *Glos Pracy* veröffentlicht worden. (Glos Pracy: Organ des inzwischen aufgelösten Zentralrates der Gewerkschaften. *Red.*)

Da es sich um die erste öffentliche ideologische und programmatische Selbstdefinition der NSZZ handelt, verdient sie eine eingehende Betrachtung. Die Thesen unterteilen sich in fünf Kapitel: ideologische Grundsätze, Untersuchung der Quellen der gegenwärtigen Krise, Wirtschaftsfragen, Garantien für die Zukunft und das innere Leben der Gewerkschaft. Der Text geht mit einigen abschließenden Sätzen zuende. Diese zitieren wir vollständig und ohne Kommentar, da sie die Stellung und Rolle wiedergeben, die sich „Solidarität“ zuschreibt.

„‚Solidarität‘ ist die Hauptgarantin des Erneuerungsprozesses. In Polen existiert keine andere gesellschaftliche Kraft, die sie bei dieser Aufgabe ersetzen könnte. Auf dem Wege der Erneuerung müssen wir Entschlossenheit und Opferbereitschaft aufbringen. Entweder gelingt es der ‚Solidarität‘ ihre gesellschaftliche Umgebung zu verändern, oder es werden ihr selbst die Normen und Ziele dieses Systems aufgezwungen, all unsere Bestrebungen paralysiert, wir alle zusammengeschlagen und all unsere Hoffnungen auf eine Wiedergeburt zunichtegemacht. Auf unserem Wege gibt es kein Zurück, wir müssen zur völligen Erneuerung des Landes voranschreiten.“

Als Grundwerte bezeichnet NSZZ „die besten Traditionen des Landes, die ethischen Prinzipien des Christentums, die politische Demokratie und das sozialistische gesellschaftliche Gedankengut.“ Die Gewerkschaft versteht sich als eine weltanschaulich pluralistische Organisation, die mit Nachdruck die „christliche Inspiration“ als einen der „grundsätzlichen Ideenwerte“ hervorhebt. Die Gewerkschaft „knüpft an der Tradition der Arbeiterbewegung an“ und „erklärt, daß die nationalen Werte wertvolle und lebenswichtige Bestandteile des kollektiven Bewußtseins sind“.

Die Gewerkschaft sieht die Quelle der gegenwärtigen Krise in folgendem: „dem Fehlen demokratischer Mechanismen beim Treffen von Entscheidungen, bei der fehlenden Verantwortlichkeit für Entscheidungen, im Fehlen von Personenwechsel auf leitenden Stellen, in bürokratischen Leitungsmethoden, die eine Korrektur gemachter Fehler unmöglich machen; in der Herausbildung eines geschlossenen Kreises von Regierenden, die keinerlei Kontrolle seitens der Regierten unterworfen waren; in der fehlenden Kraft des gegenwärtigen Systems, sich selbst zu korrigieren.“ Aus den oben aufgeführten Ursachen der Krise ziehen die Autoren die Schlußfolgerung, daß „die Wirtschaftsreform in Polen nicht gelingen kann, und auch nicht zu den erwarteten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ergebnissen führen kann, wenn nicht zugleich eine tiefgehende Reform des Machtapparates erfolgt, wenn nicht die im gesellschaftspolitischen System verwurzelten Ursachen der Krise beseitigt werden, und wenn nicht Garantien geschaffen werden, die die Wiederherstellung des alten Systems verhindern“.

Im Kapitel zu Wirtschaftsfragen nimmt die NSZZ zu den sich wiederholenden Wirtschaftskrisen Stellung. „Es handelt sich um Krisen, die aus der Degeneration des Produktionsapparates entspringen. Dieser Produktionsapparat ist außerstande, die Bedürfnisse zu befriedigen.“ „Eine solche Wirtschaftsstruktur ist nicht mal dazu in der Lage, einen bescheidenen Wohlstand für die Werktätigen zu sichern.“ „Vollständige Willkür und Verantwortungslosigkeit führen zu schädlichen Entscheidungen.“

In Bezug auf eine Wirtschaftsreform meinen die Verfasser der Thesen: „Zentrale Pläne sollten strategischen und nicht operativen Charakter haben.“ „Die vergesellschafteten Unternehmen sollten in Bezug auf Produktionsprogramm und Methoden selbständig sein.“ „Verschiedene Formen des Eigentums an Produktionsmitteln sollen gleichberechtigte rechtliche und wirtschaftliche Entwicklungsbedingungen erhalten“, „was die Einrichtung einer echten Selbstverwaltung der Werktätigen notwendig macht.“ „Die Wirtschaftsreform soll möglichst schnell, vollständig und demokratisch durchgeführt werden.“

Die Stellungnahme der NSZZ „Solidarität“ zu gesellschaftspolitischen Fragen stellen wir etwas ausführlicher dar. „Von der Gewerkschaft werden, ausgehend von der katastrophalen Wirtschaftslage, 1981 keine weitgehenden lohn- und sozialpolitischen Forderungen aufgestellt. Dafür erwartet die Gewerkschaft, daß

– die Prinzipien der Wirtschaftspolitik, insbesondere die Gewerkschaft betreffenden Bereiche in Vereinbarung mit ihr verwirklicht werden;
– daß sich die Regierung zur konsequenten und schnellen Verwirklichung von Reformen verpflichtet, die die harmonische Entwicklung der Wirtschaft gewährleisten;
– daß die Regierung durch ihre Wirtschaftspolitik den gegebenen Stand des Realeinkommens der Bevölkerung nicht nur in Worten, sondern wirklich garantiert und wirtschaftlich schwache Gruppen bevorzugt behandelt.“

In Bezug auf den Markt finden sich in den Thesen zwei Vorschläge: entweder die Ausweitung des Bezugsschein-Systems oder die Einführung eines neuen Preismechanismus. Das Prinzip der Minimallöhne wird erweitert durch den Vorschlag, auch eine obere Grenze der Einkommen festzulegen. Es werden Vorschläge zur Umverteilung der Einkommen formuliert:

„– Einführung von allgemeiner progressiver, ausgleichender Besteuerung, wenn das Gesamteinkommen pro Familienmitglied das Niveau der Durchschnittslöhne überschreitet;
– Einführung einer Luxussteuer (auf Luxuswagen, Wochenendhäuser usw.)
– Einschränkung unberechtigter materieller Privilegien des Machtapparates (Wohnungen, Dienstwagen, gesonderte gesundheitliche Versorgung, usw.). Das Einkommen und die Eigentumsverhältnisse von Personen, die eine Funktion im Machtapparat tragen, sollen öffentlich klargestellt werden.“

In Bezug auf die vorauszusehende Situation auf dem Arbeitsmarkt wird entschieden festgehalten: „Der zentrale Apparat hat für die volle Beschäftigung aller Werktätigen zu sorgen, durch eine aktive Politik der Einrichtung von neuen Arbeitsplätzen, durch die Schaffung eines gesellschaftlichen Fonds für Umschulungen und die Unterstützung von entlassenen Werktätigen ... “ Zuletzt wird in diesem Punkt in knapper Form auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingegangen.

Unter dem Punkt Garantien für die Zukunft steht bei NSZZ im Mittelpunkt: Gesetzlichkeit im weitesten Sinne, einschließlich Strukturänderungen in der Gerichtsbarkeit, eine neue Wahlordnung zum Sejm und den Nationalräten.

Als nächstes werden die notwendige Öffentlichkeit des gesellschaftlichen Lebens, die Prinzipien der Wahl der Kader und die Selbstverwaltung der Vertretungsorgane und gesellschaftlichen Organisationen behandelt.

Das interne Gewerkschaftsleben soll auf dem Prinzip beruhen, daß die Führungsorgane der Mitgliedschaft zu dienen haben, auf den Prinzipien der Gleichberechtigung der Mitglieder, der Öffentlichkeit, der Solidarität, der Gesetzlichkeit. Für die Verwirklichung der Interessen sollen vielfältige Kampfformen angewandt werden.

Bisher Zusammenlegung nicht zugesichert

Nach dem Tod von S. Debus und dem Abbruch des Hungerstreiks: Die Unterstützung für die Forderung nach Beseitigung der Isolationshaft ist umso notwendiger

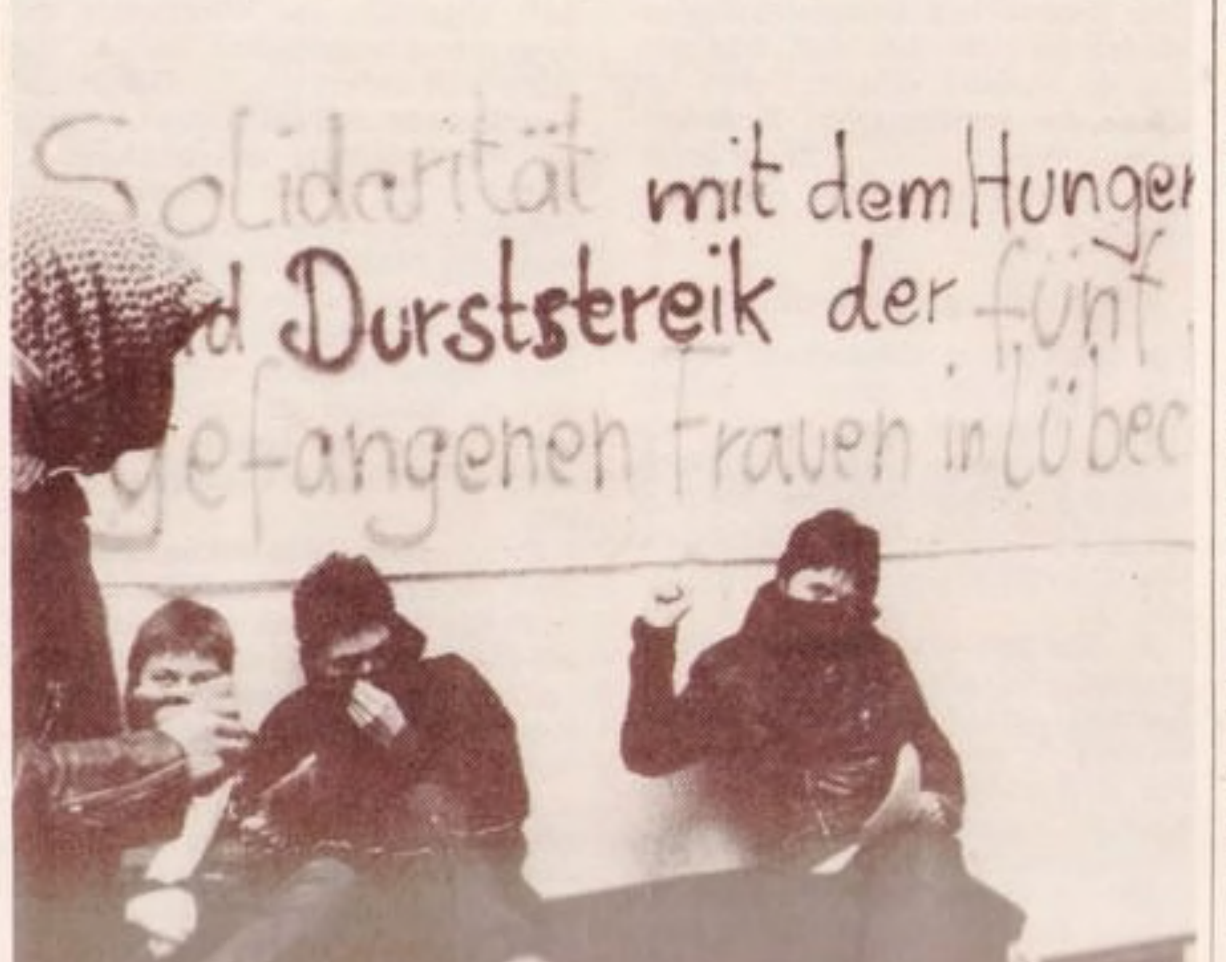
gkr. Sigurd Debus, im Hamburger Gefängnis inhaftiert und zuletzt auf der Intensivstation im Krankenhaus Hamburg-Barmbek, ist am Donnerstag gestorben. Sein Tod, schon seit mehreren Tagen war er bewußtlos, war die Folge eines Gehirnödems auf Grund der Zwangsernährung. Die Staatsmacht hatte ihn, genauso wie den Tod weiterer Gefangener der RAF, bewußt einkalkuliert. In einer Erklärung gaben die Hungerstreikenden kurze Zeit danach bekannt: ,,Wir haben uns entschlossen, den Hungerstreik abzubrechen, nachdem wir nach zwei Interventionen von amnesty international davon ausgehen, daß kein Gefangener mehr einzeln isoliert wird und mehrere Gruppen von Gefangenen gebildet werden. Auch wenn es bereits in den letzten Tagen die Gewißheit gab, daß Sigurd Debus nach 10 Wochen Hungerstreik an den Folgen der mit brutalster Gewalt durchgeführten Zwangsernährung sterben wird, können wir unseren Schmerz über seinen Tod nur schwer vermitteln.''

Uns ist bisher nicht bekannt, ob sich diese Aussage auf konkrete Zusagen stützt oder ob es nicht eher eine Aufforderung ist, weiter für die Verwirklichung der Forderungen von amnesty international nach Aufhebung der Isolationshaft zu kämpfen (vgl. KVZ 16, S. 8). Nicht nur die bisherige Reaktion der Staatsmacht spricht gegen solche Zusagen. Auch die Fortführung des Hungerstreiks durch Karl-Heinz Dellwo und Heinz Herlitz, die durch deren Verteidiger bekanntgegeben worden war, spricht dagegen. Soll doch gerade Niedersachsens Justizminister Schwind aus der Reihe der harten Länder-Justizminister ausgeschert sein und Dellwo Zusagen gemacht haben.

Unterstützung für Forderung nach Zusammenlegung

Für die Forderung nach Veränderung der Haftbedingungen, nach Zusammenlegung, hat es eine Reihe von Erklärungen gegeben. Die behandelnden Ärzte in Berlin haben eine weitere Behandlung abgelehnt, vor allem eine Zwangsernährung, und darauf hingewiesen, daß eine Lösung nur politisch erfolgen könne. Sie hatten gleichzeitig erkärt, für ärztliche Notfälle nach wie vor zur Verfügung zu stehen. 93 Ärzte der BRD erklärten in einem offenen Brief: ,,Wie inzwischen weltweit bekannt, sind diese Bedingungen (die Isolationshaft, d.Red.) Bestandteil eines wissenschatlichen Programms, das seit den fünfziger Jahren unter dem Begriff ,Gerhinwäsche' entwickelt worden ist. Wenn der Wille auf diese Weise nicht gebrochen weden kann, dann werden Gesundheit und Leben zerstört. Wir erinnern nur an das Leben von Katharina Hammerschmidt und Holger Meins. Offensichtlich ist die Situation dermaßen zugespitzt, daß die Gefangenen zur letzten Widerstandsmöglichkeit greifen, die ihnen auf existentieller Ebene geblieben ist; zum unbefristeten Hungerstreik ... Wir fordern Sie als für die Haftbedingungen der Gefangenen Verantwortlichen auf, ihre Forderungen zu erfüllen''.

80 belgische Ärzte wandten sich gegen die Zwangsernährung, unterstützen die Forderung nach Zusammenlegung. Nicht nur deutsche Rechtsanwälte haben offene Briefe und Erklärungen an die Justizminister gerichtet. Eine Delegation belgischer Rechtsanwälte, Sprecher verschiedener Verbände überreichte dem deutschen Botschafter einen Aufruf, in dem es heißt: ,,In der Erwägung, ... – daß die medizinischen Sachverständigen einhellig



die Isolationshaft angeprangert haben, die an westdeutschen politischen Gefangenen vollzogen wird, – daß Amnesty International die Bundesregierung mehrfach aufgefordert hat, das Verbot der Folter und unmenschlicher Behandlung zu beachten, – daß die Beachtung der UN-Menschenrechtserklärung und der Europäischen Menschenrechtskonvention auch der Regierung der BRD obliegt ... fordern wir die Regierung in Bonn auf, die berechtigten Forderungen der Gefangenen zu erfüllen.''

Es ist dies nur ein kleiner Ausschnitt all der Erklärungen. Und nicht zuletzt gehört hierzu amnesty international, die sich für die Veränderung der Haftbedingungen eingesetzt hat. In einer Presseerklärung hierzu heißt es: ,,Amnesty International hat sich in den vergangenen Wochen zweimal bei den bundesdeutschen Behörden für eine Verbesserung der Haftbedingungen von Gefangenen, die in Verbindung mit politisch motivierten Straftaten inhaftiert sind, eingesetzt. Eine Anzahl von ihnen befindet sich im Hungerstreik, angesichts ihrer ernsten Lage sollten die Behörden dringend ai's Empfehlung aus dem Jahr 1979 überdenken, erklärte die Organisation am 14.4.1981. In einem 1980 veröffentlichten Memorandum hatte ai festgestellt, daß Einzelhaft oder Kleingruppenisolation schwere körperliche und psychische Schäden hervorrufen könne, und hatte die Behörden aufgefordert, diese als reguläre Haftform abzuschaffen.

Bis dahin sollte ein unabhängiges Komitee den Gesundheitszustand der Gefangenen überwachen sowie Vorschläge für alle notwendigen Veränderungen ihrer Haftbedingungen vorlegen. Diese Empfehlung hatten die Behörden 1979 abgelehnt. ai veröffentlichte sie zusammen mit detaillierten medizinischen Gutachten im Mai 1980. Am 13.3.81 hatte ai in einem Brief auf nochmalige Erwägung der Empfehlung gedrungen. Da die Behörden nicht reagierten und die Situation sich zuspitzte, bat ai am 8.4.81 Bundesjustizminister Schmude in einem Telex, sich dringend mit dieser Frage zu befassen.''

Wie so viele Unterstützungserklärungen wurde auch diese, für die sich als liberaler Rechtsstaat gebende BRD peinliche, durch die Presse fast gänzlich totgeschwiegen (was bei Erklärungen von ai zu Lateinamerika oder zur Sowjetunion etc. durchaus nicht der Fall ist). Über die Reaktion in Bonn berichtete die ,,Frankfurter Rundschau'' zwar: ,,Nach Angaben des Bundesjustizministeriums ist das Schreiben von ai am 16. März in Bonn eingegangen. Der Appell werde sehr ernst genommen.'' Regierungssprecher Rühl aber erklärte dazu, die Bundesregierng sehe ,,keine Veranlassung'', sich mit der Intervention zu beschäftigen. Sie sei auch nicht kompetent, sich über die Folgen selbstinduzierter Krankheiten durch Hungern zu äußern. Und der Beschluß der Länder-Justizminister vom 9. April, hart zu bleiben, kann durchaus als Antwort auf das einen Tag zuvor eingetroffene Telex gewertet werden.

Welche Probleme behindern eine starke Unterstützung?

Aber trotz aller Erklärungen: die Unterstützung der Forderungen reichte nicht, um sie durchzusetzen, die Teilnahme an den Demonstrationen war vergleichsweise gering. Warum? Ab 2. Februar traten insgesamt über 300 Gefangene in den Hungerstreik. Es waren neben den Gefangenen aus der RAF noch die Mitglieder der Bewegung 2. Juni und vor allem die normalen Gefangenen, allein in Frankfurt-Preungesheim waren es zeitweise bis zu 300 Gefangene. In allen Fällen richteten sich die Forderungen auf Veränderung der Haftbedingungen und sie hatten auch die Forderung nach Abschaffung der Isolationshaft zum Inhalt. Insofern waren sie einheitlich. Sie waren aber unterschiedlich darin, wie politischen Inhalt sie hatten und damit schließlich auch, mit wie weitreichender Konsequenz der Hungerstreik geführt wurde. Das hat der Staatsmacht die Spaltung erleichtert, sowohl der Hungerstreikenden, als auch derjenigen, die sie unterstützen: Die normalen Gefangenen brachen ihren Hungerstreik nach etwa 3 Wochen ab, Mitglieder der Bewegung 2. Juni nach etwa 5 Wochen, nachdem ihnen eine weitere Besuchsmöglichkeit pro Monat, teilweise Gespräche ohne Trennscheibe etc. zugesagt worden waren.

Die RAF war mit ihren Aktionen individueller Gewalt und mit ihren politischen Vorstellungen, wie dieser Staat zu stürzen ist, schon isoliert, als sie in die Gefängnisse geworfen wurde. Sie hat an diesen Vorstellungen, an ihrer falschen Einschätzung der Lage in der Welt festgehalten (die USA sei die einzige imperialistische Supermacht). In ihrer Hungerstreikerklärung stellt sie erneut fest: ,,Der Kampf hört auch im Gefängnis nicht auf, die Ziele verändern sich nicht, nur die Mittel und das Terrain, auf dem die Auseinandersetzung Guerilla / Staat, der Krieg, weiter ausgetragen werden, und so reagiert der Staat auch in dieser Situation; gefangen und unbewaffnet – auf einen kollektiven Hungerstreik wie auf einen bewaffneten Angriff. In den gesamten Maßnahmen gegen uns gibt es nichts zweideutiges: Wir sind Kriegsgefangene mit Geiselstatus.'' Die Staatsgewalt hat dies als Angriffspunkt genommen und gegen die Ziele der Hungerstreikenden gehetzt, sie mit den Zielen der RAF in einen Topf geworfen. Sie hat dies nicht nur propagandistisch gemacht, auch praktisch: Flugblattverteiler, junge Menschen, die ein Transparent nach Aufhebung der Isolationshaft hielten, Angehörige der RAF, die in Bonn für die Aufhebung eintraten, zu Dutzenden wurden sie festgenommen und angeklagt nach §129a, wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

Tatsächlich können die wesentlichen Forderungen des Hungerstreiks, die ja nach wie vor bestehen und die im Kern die Aufhebung der Isolationshaft beinhalten, voll und ganz unterstützt werden, ohne daß die Ziele der RAF geteilt werden. Die Forderung nach ,,Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention auf die Gefangenen aus der RAF und anderen antiimperialistischen Widerstandsgruppen'' hat in der Solidarität immer nur in diesem Sinne eine Bedeutung gehabt, nicht in dem Sinne der Anerkennung als Kriegsgefangene. Die Forderung nach Abschaffung der Isolattionshaft muß auch unterstützt werden, denn die Isolationshaft ist unmenschlich und sie wird gegenwärtig an den Gefangenen der RAF exemplarisch angewandt.

war, spricht dagegen. Soll doch gerade Niedersachsens Justizminister Schwind aus der Reihe der harten Länder-Justizminister ausgeschert sein und Dellwo Zusagen gemacht haben.

Unterstützung für Forderung nach Zusammenlegung

Für die Forderung nach Veränderung der Haftbedingungen, nach Zusammenlegung, hat es eine Reihe von Erklärungen gegeben. Die behandelnden Ärzte in Berlin haben eine weitere Behandlung abgelehnt, vor allem eine Zwangsernährung, und darauf hingewiesen, daß eine Lösung nur politisch erfolgen könne. Sie hatten gleichzeitig erkärt, für ärztliche Notfälle nach wie vor zur Verfügung zu stehen. 93 Ärzte der BRD erklärten in einem offenen Brief: ,,Wie inzwischen weltweit bekannt, sind diese Bedingungen (die Isolationshaft, d.Red.) Bestandteil eines wissenschatlichen Programms, das seit den fünfziger Jahren unter dem Begriff ,Gerhinwäsche' entwickelt worden ist. Wenn der Wille auf diese Weise nicht gebrochen werden kann, dann werden Gesundheit und Leben zerstört. Wir erinnern nur an das Leben von Katharina Hammerschmidt und Holger Meins. Offensichtlich ist die Situation dermaßen zugespitzt, daß die Gefangenen zur letzten Wider-

die Isolationshaft angeprangert haben, die an westdeutschen politischen Gefangenen vollzogen wird, – daß Amnesty International die Bundesregierung mehrfach aufgefordert hat, das Verbot der Folter und unmenschlicher Behandlung zu beachten, – daß die Beachtung der UN-Menschenrechtserklärung und der Europäischen Menschenrechtskonvention auch der Regierung der BRD obliegt ... fordern wir die Regierung in Bonn auf, die berechtigten Forderungen der Gefangenen zu erfüllen.''

Es ist dies nur ein kleiner Ausschnitt all der Erklärungen. Und nicht zuletzt gehört hierzu amnesty international,

sche Schäden hervorrufen könne, und hatte die Behörden aufgefordert, diese als reguläre Haftform abzuschaffen.

Bis dahin sollte ein unabhängiges Komitee den Gesundheitszustand der Gefangenen überwachen sowie Vorschläge für alle notwendigen Veränderungen ihrer Haftbedingungen vorlegen. Diese Empfehlung hatten die Behörden 1979 abgelehnt. ai veröffentlichte sie zusammen mit detaillierten medizinischen Gutachten im Mai 1980. Am 13.3.81 hatte ai in einem Brief auf nochmalige Erwägung der Empfehlung gedrungen. Da die Behörden nicht reagierten und die Situation sich zuspitzte, bat ai am 8.4.81 Bundesjustizmini-

terstützung der Forderungen reichte nicht, um sie durchzusetzen, die Teilnahme an den Demonstrationen war vergleichsweise gering. Warum? Ab 2. Februar traten insgesamt über 300 Gefangene in den Hungerstreik. Es waren neben den Gefangenen aus der RAF noch die Mitglieder der Bewegung 2. Juni und vor allem die normalen Gefangenen, allein in Frankfurt-Preungesheim waren es zeitweise bis zu 300 Gefangene. In allen Fällen richteten sich die Forderungen auf Veränderung der Haftbedingungen und sie hatten auch die Forderung nach Abschaffung der Isolationshaft zum Inhalt. Insofern waren sie einheitlich. Sie waren aber unterschiedlich darin, wie politischen Inhalt sie hatten und damit schließlich auch, mit wie weitreichender Konsequenz der Hungerstreik geführt wurde. Das hat der Staatsmacht die Spaltung erleichtert, sowohl der Hungerstreikenden, als auch derjenigen, die sie unterstützen: Die normalen Gefangenen brachen ihren Hungerstreik nach etwa 3 Wochen ab, Mitglieder der Bewegung 2. Juni nach etwa 5 Wochen, nachdem ihnen eine weitere Besuchsmöglichkeit pro Monat, teilweise Gespräche ohne Trennscheibe etc. zugesagt worden waren.

Die RAF war mit ihren Aktionen individueller Gewalt und mit ihren politischen Vorstellungen, wie dieser Staat

werden. Die Forderung nach ,,Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention auf die Gefangenen aus der RAF und anderen antiimperialistischen Widerstandsgruppen'' hat in der Solidarität immer nur in diesem Sinne eine Bedeutung gehabt, nicht in dem Sinne der Anerkennung als Kriegsgefangene. Die Forderung nach Abschaffung der Isolattionshaft muß auch unterstützt werden, denn die Isolationshaft ist unmenschlich und sie wird gegenwärtig an den Gefangenen der RAF exemplarisch angewandt.

Anzeige:

und Menschenwürde

Den Kern der Broschüre bildet das Wortprotokoll eines Streitgesprächs in Westberlin am 18. Januar 1980 unter dem Thema der Broschüre. U.a. nahmen daran teil: der Justizsenator Meyer und Prof. Rasch, ein entschiedener Kritiker der Hochsicherheitstrakte. Ein Brief der Vereinigung Berliner Strafverteidiger e.V. an den Justizsenator und weitere Stellungnahmen und Begründungen gegen die Isolationshaft ergänzen die Broschüre.

Herausgegeben von der Vereinigung Berliner Strafverteidiger e.V., Pariserstr. 9, 1000 Berlin 15. Preis 3,– DM, 115 S.

Zum Beispiel: Nerostraße Wiesbaden

,,Aus dieser Straße geh' ich nicht mehr raus''

pef. Die Nerostraße – vor zwei Wochen durch einen Fernsehfilm bundesweit bekanntgeworden – ist äußerlich eine Straße wie jede andere in Wiesbaden. Zumindest auf den ersten Blick ist nichts Ungewöhnliches zu entdecken. Läden und Geschäfte, Cafés und Kneipen fallen dem Betrachter ins Auge, wenn er durch diese Straße geht. Allein eine Baulücke verrät, was sich hier tut.

Versetzt um 30 Meter hinter der normalen Häuserfront entsteht hier eine Tiefgarage, ein großer Betonklotz zerstört das geschlossene Bild alter Fassaden mit einem Schlag. Und schaut man dann hinter die Fassaden der übrigen Häuser, sieht man leerstehende Wohnungen und verfallene Hinterhöfe. Dieser Eindruck verstärkt sich um so mehr, je weiter man das eigentliche Sanierungsgebiet betritt. Leerstehende Häuser mit zugemauerten Fenstern und Türen, abgerissene Häuser, von denen Schutt und Dreck übrigblieben. Ganze Straßenzüge, die abgesperrt wurden, um Platz für Baumaschinen und Gerüste zu schaffen. Daneben dann die renovierten und sanierten Gebäude. Man wird den Gedanken nicht los, daß hier ein Viertel stirbt.

Das Bergkirchenviertel liegt am Rande der Wiesbadener Innenstadt. Ein typisches Altstadtviertel – 11,03 Hektar groß –, entstanden schon vor über 150 Jahren. Kleine Mietshäuser, die langsam verfallen, weil ihre Besitzer kein Interesse mehr an der Erhaltung haben, denen Bad und Heizung fehlt und in denen die Toilette außerhalb der Wohnung liegt. Mit dunklen Hinterhöfen, in denen vereinzelt Kinder spielen.

Vor 15, 20 Jahren noch war dies ein gewachsenes Viertel, mit einheitlicher Bevölkerungsstruktur aus Arbeitern und Angestellten, die schon seit Generationen mit ihren Familien hier wohnten. Doch schon in den 50er Jahren gab es Pläne der Stadt, die auf eine Entkernung abzielten: Weg mit den Hinterhöfen und den Hinterhäusern. Mehr Platz – mehr Licht war die Parole. Es gab sogar Vorstellungen, das Viertel total abzureißen. Es sollten Appartments mit weiten Grünflächen geschaffen werden, ein Tummelplatz für gesellschaftlich Betuchte.

Doch soweit kam es nicht. Anfang 1970 entschloß sich die Stadt auf den Protest von Teilen der Bewohner hin, Pläne für eine vorsichtige und ,,bürgernahe'' Sanierung entwerfen zu lassen. Es wurde ein Sanierungsbeirat gewählt, der aus Bewohnern des Bergkirchenviertels und Delegierten von ,,Interessenverbänden'', wie Kirchengemeinden und Parteien, besteht. Jeder Block wählte seine Vertreter in dieses Gremium. Und ob Absicht oder planerisches Unvermögen – es ging ziemlich langsam mit der Sanierung voran. Seit Beginn der Sanierung im Jahre 1974 hat sich aber schon einiges im Viertel verändert. Hand in Hand geht der Verfall der Häuser und das Abwandern der alten Bewohner mit dem Ansteigen des Ausländeranteils im Bergkirchenviertel. Von den etwa 4500 Bewohnern Mitte der 70er Jahre sind inzwischen 20 Prozent aus dem Sanierungsgebiet raus. Der Ausländeranteil von damals schon rund 30 Prozent nimmt weiter zu.

Andererseits geht der Anteil der über 65jährigen (damals lag er bei 25 Prozent) stetig zurück und immer mehr jüngere Leute ziehen in das Viertel. Die Gründe für das Abwandern der alten Bewohner liegen aber nicht nur in den sich verschlechternden Wohnbedingungen, sondern hängen auch zusammen mit der Veränderung der Gesamtstruktur im Viertel. Die kleinen ,,Tante-Emma-Läden'' verschwinden immer mehr. Stattdessen werden Antiquitätenläden, Schneidereien und Boutiquen eröffnet. Die Kneipe an der Ecke – ehemals Treffpunkt nach der Arbeit – wird in ein modernes Musiklokal für Popper umgebaut, wo sich dann die über 40jährigen nicht mehr reinwagen. Da hilft dann auch die Einrichtung eines Bürger- oder Altenzentrums nichts mehr.

Immerhin, wenn man zurückschaut, muß man trotzdem sagen, daß der Sanierungsbeirat im Rahmen seiner vom Gesetz her eingeschränkten Möglichkeiten teilweise erfolgreich gearbeitet hat. Das heißt: Die Bürgervertretung konnte in Verhandlungen mit der Stadt doch die gröbsten Fehlentwicklungen aus den Sanierungsplänen verschwinden lassen. So sollten in der Nerostraße etwa mehrere Tiefgaragen entstehen. Die Mieterinitiative des Hauses Nerostraße 32 konnte 1979 durch ihren Kampf und mit alternativen Vorschlägen, die sie auf einer Veranstaltung des Sanierungsbeirates vortrugen, den Abriß von zwei Häusern verhindern.

Doch die Kehrseite der Medaille ist, daß der status quo zum Zerfall eben dieser Initiative beigetragen hat. Weder von Seiten der Stadt noch vom Hausbesitzer kam bis heute eine Reaktion auf die vorgelegten Pläne. Vielmehr hat sich gerade der Zustand der drei Häuser Nerostraße 32 verschlechtert und die 1979 so beschworene Hausgemeinschaft ist daran wohl zerbröckelt.

Etwa ein Drittel der bisher durchgeführten Sanierungsmaßnahmen wurde bis heute abgeschlossen. Die Mieter werden nach dem Konzept der Stadt für die Zeit, in der ihr Haus saniert wird, entweder in einem Mietskasernen ähnlichen Bau – dem sogenannten ,,Palasthotel'' – untergebracht und kehren später in ihre renovierte Wohnung wieder zurück. Oder sie ziehen gleich in ein schon modernisiertes Haus. Die Miete so mancher renovierten Wohnung liegt aber teilweise beträchtlich höher. So gibt es sanierte Wohnungen, die nach der Modernisierung bei einer Quadratmeterzahl zwischen 50 und 60 mehr als das Doppelte kosten. Wohnungen, für die ohne Bad, Toilette, Heizung und warmes Wasser um die 200 DM bezahlt wurden, kosten später nach der Instandsetzung um die 400 bis 450 DM. Hiesigen Familien – insbesondere aber älteren Leuten – ist dies zuviel.

In der Nerostraße selbst sieht es nicht anders aus. Einige Bewohner sind schon vor Beginn der Sanierung in diesem Abschnitt ausgezogen. Johnny, der in dem Fernsehfilm als ,,Kaiser Nero'' durch die Straßen zog und die Bewohner aufrief, sich zusammenzuschließen, war einer der ersten, der seine alte Existenzgrundlage aufgeben mußte. Er besaß damals, 1977, eine kleine Kneipe, die im Zuge der ersten Sanierungsmaßnahmen dem Bagger weichen mußte. Heute hat an der gleichen Stelle der Hausbesitzer selbst eine Kneipe eröffnet. Doch es gab noch mehr Veränderungen. Eine Motorradwerkstatt mußte der schon erwähnten Tiefgarage weichen. Sechs Einzelhändler wurden direkt oder indirekt durch die Sanierung vertrieben. Der Zeitschriftenladen an der Ecke, der Metzger weiter oben, die Reinigung auf der rechten Seite, die Kaffeerösterei von Frau Schneider, die Gastwirtschaft neben der Bäckerei und der Tante-Emma-Laden an der Ecke Röderstraße: sie alle mußten weichen.

Heute hat Johnny wieder eine kleine Imbißstube, die er zusammen mit seinem Bruder betreibt. Und heute wie damals ist dieser rundliche Gemütsmensch bekannt und beliebt. Bei ihm, im Café Preuger oder bei Karl-Hermann, dem Gemüsehändler – Treffpunkt für ein teures, aber entspanntes Einkaufen – kommen die Leute zusammen, um über ihre Probleme zu sprechen. Hier werden die nachbarschaftlichen Beziehungen gepflegt.

Neuseelands Fischindustrie durch die Sowjetunion bedroht

mat.Sydney. Neuseelands Bemühungen um den Aufbau einer eigenen Fischindustrie sind auf unverhoffte Schwierigkeiten gestoßen. Nach der Einführung der 200-Meilen-Fischereizone im April 1978 hatte die Regierung drei einheimischen Unternehmen die Genehmigung für gemischte Fanggesellschaften mit sowjetischem Kapital gegeben. Die Fänge werden anteilig an neuseeländische und sowjetische Verarbeitungsfirmen verkauft. Damit, so war die Hoffnung, sollte die Einführung neuer Technologie beschleunigt und die Fischverarbeitung gestärkt werden. Doch die Sowjetunion nutzt den Export von verarbeitetem Fisch vor allem als Quelle von Devisen und ist dafür bereit, den Fisch unter Produktionspreis abzusetzen. Nachdem eine neuseeländische Handelsfirma im Februar erfolgreiche Verhandlungen über Exporte nach Ägypten geführt hatte, bot eine schwedische Firma überraschend denselben Fisch 30% billiger an, verarbeitet in einer gemischten singapur-sowjetischen Fabrik und gefangen in neuseeländischen Gewässern. Auf dieselbe Weise hatte sie schon im vergangenen Jahr ein Abkommen über den Export von Tintenfisch nach Spanien verhindert. Die neuseeländischen Konzerne fürchten jetzt, daß die sowjetische Fischerei in neuseeländischen Gewässsern die einheimische Fischverarbeitung in den Bankrott treiben wird. Noch im Mai 1980 hatten sie die Forderung des Verbands der Klein- und Sportfischer nach Ausschluß der SU-Trawler aus der 200-Meilen-Zone rundweg abgelehnt.

Weniger Öffentlichkeit bei der Reaktorplanung

frb. Die Pläne, das Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke zugunsten der Kraftwerksbetreiber zu erleichtern, nehmen Gestalt an. Anfang Mai sollen in einer Sitzung von Bund und Ländern entsprechende Beschlüsse gefaßt werden. U.a. geht es um eine Einschränkung der Öffentlichkeit bei der Planung. Auf einer Zusammenkunft von Regierungsvertretern in Kiel, die nur zufällig publik wurde, soll ein fertiger Vorschlag der Landesregierung von Schleswig-Holstein vorgelegen haben, wonach ,,von einer erneuten Bekanntmachung und Auslegung des Antrages abgesehen werden kann, wenn durch eine geplante Änderung weder zusätzliche oder andere Gefahrenquellen für die Umgebung der Anlage zu erwarten sind.'' Damit könnten weitreichende Änderungen klammheimlich vorgenommen werden. Weiterhin hatte der Nuklearausschuß des Bundeskabinetts bereits im Februar beschlossen, die Teilerrichtungsgenehmigungen zu reduzieren, die Übernahme von Gutachten zu vergleichbaren Anlagen zuzulassen, den Prüf- und Dokumentationsaufwand zu reduzieren, die sicher-

1980 hatten sie die Forderung des Verbands der Klein- und Sportfischer nach Ausschluß der SU-Trawler aus der 200-Meilen-Zone rundweg abgelehnt.

Weniger Öffentlichkeit bei der Reaktorplanung

frb. Die Pläne, das Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke zugunsten der Kraftwerksbetreiber zu erleichtern, nehmen Gestalt an. Anfang Mai sollen in einer Sitzung von Bund und Ländern entsprechende Beschlüsse gefaßt werden. U.a. geht es um eine Einschränkung der Öffentlichkeit bei der Planung. Auf einer Zusammenkunft von Regierungsvertretern in Kiel, die nur zufällig publik wurde, soll ein fertiger Vorschlag der Landesregierung von Schleswig-Holstein vorgelegen haben, wonach ,,von einer erneuten Bekanntmachung und Auslegung des Antrages abgesehen werden kann, wenn durch eine geplante Änderung weder zusätzliche oder andere Gefahrenquellen für die Umgebung der Anlage zu erwarten sind.'' Damit könnten weitreichende Änderungen klammheimlich vorgenommen werden. Weiterhin hatte der Nuklearausschuß des Bundeskabinetts bereits im Februar beschlossen, die Teilerrichtungsgenehmigungen zu reduzieren, die Übernahme von Gutachten zu vergleichbaren Anlagen zuzulassen, den Prüf- und Dokumentationsaufwand zu reduzieren, die sicher-heitstechnischen Anforderungen für die Standardisierung von Anlagen zu ,,konsolidieren''. – Unterdessen ist das Forschungsministerium unter Beschuß gekommen, weil sich bei der Finanzierung des Hochtemperaturreaktors und des Schnellen Brüters eine Lücke ähnlicher Größenordnung wie beim Tornado abzeichnet. Mindestens 1,8 Mrd. DM der voraussichtlichen Kosten sind nicht gedeckt. Bis zur zweiten Lesung des Bundeshaushalts im Mai muß das Ministerium Farbe bekennen. Bislang sind 1981 für Energieforschung 12,3 Mrd. DM eingeplant.

Nur in Japan wurden noch mehr Automobile produziert

frb. Außer in Japan ist 1980 nur in Spanien und in Lateinamerika die Produktion von Kraftfahrzeugen (PKW, Kombi, Nutzfahrzeuge) noch gestiegen. Japan hat erstmals mehr als alle EG-Länder zusammen und mehr als die USA, deren Produktion binnen eines Jahres um 30% gesunken ist, produziert. Im Bereich der Nutzfahrzeuge hält Japan mittlerweile einen Anteil von über 40%. Anders allerdings sähe das Bild bei einer Aufgliederung nach Konzernen aus.

	Anzahl in Tsd. 1970	1980	Anteil in % 1970	1980
USA	8242	8008	28,4	20,6
Japan	5289	11043	18,2	28,4
EG	10591	10553	36,4	27,2
BRD	3842	3878	13,2	10,0
RGW	1402	3100	4,8	8,0
Übrige	3543	6142	12,2	15,8
Welt	29109	38846	100	100

Quelle: Verband der Automobilindustrie VDA

Geldpolitik der Bundesbank kommt ins Kreuzfeuer

Zinstreiberpolitik verschärft die Krise / Kritik, die die Freiheit des Kapitals unbeschränkt läßt

frb. Auch die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben jetzt in ihrem Frühjahrsgutachten in die Polemik gegen die Geldpolitik der Bundesbank eingestimmt. Die Kritik, ausgegangen von Wissenschaftlern, die der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften nahestehen, hat sich damit ausgeweitet; lediglich das Münchner Ifo-Institut hat sich der Kritik nicht angeschlossen. Andererseits hat der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) seine Unterstützung für den Kurs der Bundesbank erneuert.

Die Auseinandersetzung geht darum, ob die Politik des knappen und teuren Geldes, die die Zentralbank durch Einschränkung der Kreditvergabemöglichkeiten der Banken und Hochhalten der Zinssätze verfolgt, die Krise noch weiter verschärft und insbesondere die Arbeitslosigkeit fördert, oder ob sie unter den gegebenen Umständen unumgänglich ist.

Die Argumente der Bundesbank

Daß das hohe Zinsniveau mit zusätzlichen Erschwernissen für die Unternehmen verbunden ist, bestreitet auch die Bundesbank nicht. Wegen der außenwirtschaftlichen Zwänge, die von der negativen Zahlungsbilanz ausgehen, sei dies aber das kleinere Übel gegenüber den Folgen, die aus einem niedrigeren Zinsniveau resultierten.

Das Leistungsbilanzdefizit bedeute, daß rund 20% der von Inländern verbrauchten Waren und Dienstleistungen nicht aus der inländischen Produktion stammen und auch nicht durch Exporte entsprechenden Umfangs bezahlt werden können. Zwei Möglichkeiten gibt es, dieses Defizit zu finanzieren. Entweder durch Kreditaufnahme im Ausland oder durch Abbau von Vermögenswerten gegenüber dem Ausland, d.h. vor allem durch Abbau von Devisenreserven.

Geschieht weder das eine noch das andere, so drückt das Überangebot von D-Mark auf dem Devisenmarkt – denn dem Überschuß an Import von Waren und Dienstleistungen entspricht ein Überschuß an westdeutscher Währung im Ausland – auf den Kurs der westdeutschen Währung. Die Mark verliert an Wert gegenüber den anderen Währungen, die Exportwaren werden billiger, die Importwaren verteuern sich, der Export steigt, der Import sinkt, bis sich schließlich ein Ausgleich der Bilanz herstellt.

Es ist 1980 trotz Aufnahme hoher Auslandskredite durch die Bundesregierung nicht gelungen, ausreichend Leihkapital nach Westdeutschland zu locken, um das Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren. Zwar liegt die westdeutsche Inflationsrate unter der anderer Länder, müßte sich daher die D-Mark über lange Sicht aufwerten,

über den Folgen, die aus einem niedrigeren Zinsniveau resultierten.

Das Leistungsbilanzdefizit bedeute, daß rund 20% der von Inländern verbrauchten Waren und Dienstleistungen nicht aus der inländischen Produktion stammen und auch nicht durch Exporte entsprechenden Umfangs bezahlt werden können. Zwei Möglichkeiten gibt es, dieses Defizit zu finanzieren. Entweder durch Kreditaufnahme im Ausland oder durch Abbau von Vermögenswerten gegenüber dem Ausland, d.h. vor allem durch Abbau von Devisenreserven.

Geschieht weder das eine noch das andere, so drückt das Überangebot von D-Mark auf dem Devisenmarkt – denn dem Überschuß an Import von Waren und Dienstleistungen entspricht ein Überschuß an westdeutscher Währung im Ausland – auf den Kurs der westdeutschen Währung. Die Mark verliert an Wert gegenüber den anderen Währungen, die Exportwaren werden billiger, die Importwaren verteuern sich, der Export steigt, der Import sinkt, bis sich schließlich ein Ausgleich der Bilanz herstellt.

Es ist 1980 trotz Aufnahme hoher Auslandskredite durch die Bundesregierung nicht gelungen, ausreichend Leihkapital nach Westdeutschland zu locken, um das Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren. Zwar liegt die westdeutsche Inflationsrate unter der anderer Länder, müßte sich daher die D-Mark über lange Sicht aufwerten,
müßte also freies Geldkapital in der Hoffnung auf späteren Aufwertungsgewinn nach Anlage in der BRD drängen. Aber damit war es nichts. Ausschlaggebend war, daß die Krise in den USA bereits früher als in Westdeutschland ausbrach und Spekulationsgelder, die an westdeutschen Börsen angelegt worden waren, nunmehr in die Vereinigten Staaten zurückgezogen wurden. Wie sehr der Bankkredit dort infolge der Stockung der Zirkulation und der Schrumpfung des Zirkulationsgeldes angespannt war, fand seinen Ausdruck in einem Zinssatz, der weit über dem westdeutschen stand und steht. Die Folge war, daß sowohl ausländisches Geldkapital aus der BRD abgezogen wurde, als auch westdeutsches Geldkapital sich von höheren Zinssätzen in den USA und im sonstigen Ausland locken ließ.

So war es unumgänglich, daß der Außenwert der Mark unter Druck kam, den die Bundesbank nur ausgleichen konnte, indem sie ausländische Währungen aus ihrer Reserve auf den Devisenmarkt warf. Rund ¼ der Devisenreserven gingen so drauf, um das Leistungsbilanzdefizit des vergangenen Jahres zu finanzieren.

Sollten die Devisenreserven nicht weiter strapaziert und eine drastische Abwertung verhindert werden (ohnehin hatten die Interventionen der Bundesbank eine Abwertung nicht ganz verhindern können), so blieb bloß, die Zinsen nach oben zu drücken und Kapitalimporte anzuziehen. Schon während des vergangenen Jahres waren die Zinsen infolge der sich entwickelnden Krise und infolge der ins Ausland abfließenden Gelder gestiegen, aber für einen Umschwung der Geldströme hat dies nicht ausgereicht. So ergriff die Bundesbank nach der Jahreswende (die D-Mark hatte sich Mitte Februar gegenüber dem US-Dollar seit Ende 1979 um 23% und seit Ende 1980 um 13% abgewertet) Zwangsmaßnahmen, die den Rückgriff der Banken auf Zentralbankgeld erheblich einschränkten. Und seither hat sich der Kurs der Mark auch wieder verbessert.

Letztlich geht es bei der Auseinandersetzung also auch um Abwertung oder Nichtabwertung der D-Mark.

Die Bundesbank lehnt eine Abwertung der Mark ab, weil sie unabsehbare Risiken berge. Es drohe nämlich eine Spiralbewegung nach unten, wenn steigende Einfuhrpreise auch das inländische Preis- und Kostenniveau nach oben ziehen. Der Vorsprung an Preisstabilität wäre dann dahin, Aufwertungserwartungen wären verflogen, stattdessen träte Abwertung ein. Die Gefahr sei insbesondere deshalb groß, weil die Mark in den letzten Jahren zu einer Reserve- und Anlagewährung geworden sei (150 – 200 Mrd. DM werden im Ausland gehalten, etwa das 3fache der westdeutschen Devisenreserven). Werden diese Anlagen aufgelöst, so wäre zusätzliche Abwertung die Folge.

Die Kritik an der Bundesbank

Die Kritiker der Bundesbank verlangen, das westdeutsche Zinsniveau durch Liquiditätsanreicherung des Bankensystems zu senken und gleichzeitig die Manipulierung des Wechselkurses durch hohe Zinsen aufzugeben, also eine Abwertung der Mark zuzulassen.

Ihr Konzept baut darauf, daß aufgrund der aktuellen Abwertung für die Zukunft eine Aufwertungserwartung entsteht. So würden die niedrigen Zinsen in den Augen des ausländischen Kapitals kompensiert, der notwendige Nettokapitalimport setze auch so ein.

Die Gefahr einer Abwertungsspirale schätzt das Frühjahrsgutachten gering ein. Diese Sorge sei nur dann berechtigt, wenn die Geldpolitik einen solchen Prozeß finanziere. Zwar würde von einer Abwertung ein Preisdruck ausgehen, er könne sich aber nicht entfalten, weil die Kaufkraft der Einkommen geschmälert sei und Nachfrage durch Kreditaufnahme durch ausreichend hohe Zinsen verhindert werde.

Kritik, die nicht viel nützt

Sicherlich, es ist hundertmal berechtigt, wenn die Politik der Bundesbank unter Beschuß kommt. Aber wem nützt eine Kritik, die mit ihren Ratschlägen ganz dem Wohlergehen des Profits verhaftet ist, die in Befürchtung sinkender Investitionslust ausdrücklich Lohnerhöhungen mißbilligt, die auch die (nach diesem Konzept noch ausstehende) abwertungsbedingte Verteuerung ausgleichen, die ausdrücklich die Reallohnsumme um 2% gesenkt sehen will, den Gewinnentnahmen, die schon die Jahre zuvor rascher als die Lohnsumme gestiegen sind, dagegen gleichbleibendes Niveau zusichert.

Hinter den Maßnahmen der Bundesbank stecken zweifellos noch andere Absichten, als sie in Darlegung ihrer Politik ausgeführt hat. Nicht umsonst gibt Karl Otto Pöhl bei jeder Gelegenheit zu kund und wissen, maßvolle Lohnabschlüsse seien für die Konjunkturentwicklung wichtiger als niedrige Zinsen. Der Bundesbank schwebt eine Radikalkur vor. Dem Kapital, das mit den niedrigsten Profitraten arbeitet, soll durch Erhöhung des Zinses die Luft abgestellt, das Wolfsgesetz der Konkurrenz angestachelt und so die Wirtschaft saniert werden. Die daraus resultierende Arbeitslosigkeit würde zur Einschränkung der Lohnsumme beitragen, die Profite könnten wieder steigen. Und nebenbei wird zur Entlastung der Zahlungsbilanz dadurch beigetragen, daß ausländische Forderungen an westdeutsche Unternehmen nach deren Bankrott entfallen. Gewieften Bankern ist diese Methode schon immer die liebste, sofern sie nicht selbst zu den Gläubigern gehören.

Zwar weisen die Kritiken auch auf diese Absicht der Bundesbank hin. Aber ihre ganze Kritik beschränkt sich auf die Behauptung, die Investitionen könnten auch ohne gesteigerte Arbeitslosigkeit wieder in Gang gebracht werden.

Zum Verlangen, den Konsum zugunsten von Investitionen zu kürzen, schreibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): ,,Dieses Argument enthält einen richtigen Kern. Es krankt aber daran, daß der Zeitpunkt für eine solche Therapie falsch gewählt ist.'' (Wochenbericht 7/81) Und Rüdiger Pohl, einer der professoralen Kritiker, schreibt, die Leistungsbilanz ließe sich nur dadurch wieder zum Ausgleich bringen, wenn der Weg weg vom Öl weiter beschritten werde. Dies aber verhindere die Zinstreiberpolitik der Bundesbank, da sie Investitionen erschwere, die zur Umstellung im Energiebereich notwendig sind.

Die Kritiker an der Bundesbankpolitik unterstellen, eine Zinssenkung wäre entscheidend, um, wenn auch eine ,,Rezession unmittelbar nicht mehr zu verhindern'' sei, ,,Voraussetzungen für eine Wiederbelebung'' zu schaffen. Dies aber ist ein Irrtum, zu glauben, durch billige Kredite käme die Produktion wieder in Gang.

Zwar ist die Leichtigkeit des Kredits nicht ohne Bedeutung für den Gang der Produktion. Dies ist namentlich dann der Fall, wenn der Absatz ins Stocken kommt, wenn der Kredit, den der Lieferant dem Kunden gewährt, nicht mehr durch die Realisierung des Warenkapitals eingelöst werden kann, sondern Bankkredit den Zirkulationskredit ersetzen muß. Darum aber handelt es sich jetzt nicht. Die Krise befindet sich bereits in voller Blüte. Und so wenig der gestiegene Zins diese Krise erklärt, vielmehr die Erscheinungen des Geldmarktes aus den Vorgängen der Produktion resultieren, so wenig wird jetzt Überfluß an Leihkapital das brachliegende produktive kapital wieder zum Leben erwecken.

Nicht steigender Zins, sondern eine sinkende Profitrate infolge Überakkumulation von Kapital hat die Krise ausgelöst. Die Zinsrate regelt lediglich die Verteilung zwischen Unternehmergewinn und Bankprofit. Die Profitrate schwankt viel mehr als die Zinsrate und sinkender Zinssatz kann das Sinken der Profitrate nicht ausgleichen.

Ferner wird übersehen, daß sich in den unverkäuflichen Warenhalden nicht bloß Wertsummen gegenüberstehen, sondern Waren mit einem konkreten Gebrauchswert, die bloß bestimmte Verwendung finden können.

Weil die Krise bloß als Betriebsunfall gesehen wird, kommen am Ende auch bei dieser Kritik an der Bundesbankpolitik nur Ratschläge heraus, die sich darum drehen, wie die Verwertung des Kapitals wieder in Gang kommen kann. Daß Zurückhaltung der Arbeiter empfohlen wird, ist die dann logische Folge, denn Lohn und Profit stehen sich gegenüber.

Aber auch dort, wo dies noch lange nicht an die Grundfesten der kapitalistischen Produktion rührt, hält sich diese Kritik zurück. Weshalb denn keine staatlichen Eingriffe in das Bankgeschäft, das sich an einer Verschärfung der Krise – und mindestens seit Mitte Februar dreht die Bundesbank an einer Geldkrise – dumm und dämlich verdient. Weshalb nicht wenigstens eine Einschränkung für das westdeutsche, durch die eingeschränkte Produktion freigesetzte Geldkapital, jedem Ruf höheren Zinses ins Ausland zu folgen? Weshalb keine Einschränkung für das Halten von D-Mark-Guthaben im Ausland? Unweigerlich stellen sich diese Fragen.

gen, das westdeutsche Zinsniveau durch Liquiditätsanreicherung des Bankensystems zu senken und gleichzeitig die Manipulierung des Wechselkurses durch hohe Zinsen aufzugeben, also eine Abwertung der Mark zuzulassen.

Ihr Konzept baut darauf, daß aufgrund der aktuellen Abwertung für die Zukunft eine Aufwertungserwartung entsteht. So würden die niedrigen Zinsen in den Augen des ausländischen Kapitals kompensiert, der notwendige Nettokapitalimport setze auch so ein.

Die Gefahr einer Abwertungsspirale schätzt das Frühjahrsgutachten gering ein. Diese Sorge sei nur dann berechtigt, wenn die Geldpolitik einen solchen Prozeß finanziere. Zwar würde von einer Abwertung ein Preisdruck ausgehen, er könne sich aber nicht entfalten, weil die Kaufkraft der Einkommen geschmälert sei und Nachfrage durch Kreditaufnahme durch ausreichend hohe Zinsen verhindert werde.

Kritik, die nicht viel nützt

Sicherlich, es ist hundertmal berechtigt, wenn die Politik der Bundesbank unter Beschuß kommt. Aber wem nützt eine Kritik, die mit ihren Ratschlägen ganz dem Wohlergehen des

wieften Bankern ist diese Methode schon immer die liebste, sofern sie nicht selbst zu den Gläubigern gehören.

Zwar weisen die Kritiken auch auf diese Absicht der Bundesbank hin. Aber ihre ganze Kritik beschränkt sich auf die Behauptung, die Investitionen könnten auch ohne gesteigerte Arbeitslosigkeit wieder in Gang gebracht werden.

Zum Verlangen, den Konsum zugunsten von Investitionen zu kürzen, schreibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): ,,Dieses Argument enthält einen richtigen Kern. Es krankt aber daran, daß der Zeitpunkt für eine solche Therapie falsch gewählt ist.'' (Wochenbericht 7/81) Und Rüdiger Pohl, einer der professoralen Kritiker, schreibt, die Leistungsbilanz ließe sich nur dadurch wieder zum Ausgleich bringen, wenn der Weg weg vom Öl weiter beschritten werde. Dies aber verhindere die Zinstreiberpolitik der Bundesbank, da sie Investitionen erschwere, die zur Umstellung im Energiebereich notwendig sind.

Die Kritiker an der Bundesbankpolitik unterstellen, eine Zinssenkung wäre entscheidend, um, wenn auch eine ,,Rezession unmittelbar nicht mehr zu

nicht bloß Wertsummen gegenüberstehen, sondern Waren mit einem konkreten Gebrauchswert, die bloß bestimmte Verwendung finden können.

Weil die Krise bloß als Betriebsunfall gesehen wird, kommen am Ende auch bei dieser Kritik an der Bundesbankpolitik nur Ratschläge heraus, die sich darum drehen, wie die Verwertung des Kapitals wieder in Gang kommen kann. Daß Zurückhaltung der Arbeiter empfohlen wird, ist die dann logische Folge, denn Lohn und Profit stehen sich gegenüber.

Aber auch dort, wo dies noch lange nicht an die Grundfesten der kapitalistischen Produktion rührt, hält sich diese Kritik zurück. Weshalb denn keine staatlichen Eingriffe in das Bankgeschäft, das sich an einer Verschärfung der Krise – und mindestens seit Mitte Februar dreht die Bundesbank an einer Geldkrise – dumm und dämlich verdient. Weshalb nicht wenigstens eine Einschränkung für das westdeutsche, durch die eingeschränkte Produktion freigesetzte Geldkapital, jedem Ruf höheren Zinses ins Ausland zu folgen? Weshalb keine Einschränkung für das Halten von D-Mark-Guthaben im Ausland? Unweigerlich stellen sich diese Fragen.

Kleiner Erfolg für Polen bei Kreditverhandlungen

Westliche Banken gestehen Aussetzung der Tilgung zu

Kleiner Erfolg für Polen bei Kreditverhandlungen

Westliche Banken gestehen Aussetzung der Tilgung zu

Zins muß in voller Höhe gezahlt werden

frb. In den Verhandlungen, die Polen derzeit mit seinen westlichen Gläubigern führen muß, scheint ein kleiner für Polen positiver Schritt nach vorn erreicht worden zu sein. Ein Arbeitsausschuß von 20 Banken aus 11 westlichen Ländern hat auf einer Sitzung vergangenen Donnerstag in London über 350 betroffenen Banken empfohlen, gegenüber der polnischen Bitte nach Umschuldung fälliger Kredite eine ,,positive Haltung'' einzunehmen. Allerdings gilt dies zunächst nur für die im zweiten Quartal fälligen Tilgungen.

Noch im ersten Quartal hatte Polen sämtliche Zins- und Tilgungszahlungen pünktlich ausgeführt. Anfang April aber mußten die polnischen Unterhändler erklären, sie könnten die nun fälligen Tilgungen nicht mehr leisten.

Das Zugeständnis, das die Banken jetzt gemacht haben, ist mit Bedingungen verknüpft. In jedem Fall muß Polen den vollen Zins pünktlich weiterzahlen. Darüberhinaus haben die US-Banken, die von vornherein härtere Forderungen als die europäischen gestellt hatten, angedeutet, sie würden zusätzlich zu den fälligen Zinsen eine Verzugsprämie einfordern. Weiterhin erwarten die Banken, daß die parallel in Paris laufenden Verhandlungen über die staatlich verbürgten und staatlichen Kredite am 27. April erfolgreich abgeschlossen werden. Es heißt, die Regierungen seien mit einer Umschuldung der 4,4 Mrd. $ an dies Jahr fälligen Tilgungen einverstanden.

Nach polnischen Angaben stehen die westdeutschen Banken an erster Stelle der Gläubiger. Jahrelang haben sie und die Industriellen an den Krediten mehr als den Zins verdient. Polen, dessen Regierung sich seinerseits von westlichen Wirtschaftsbeziehungen etwas Unabhängigkeit von der östlichen Supermacht versprach, ist nach der UdSSR der zweitwichtigste Absatzmarkt für die BRD im RGW-Bereich. Dies war nur möglich, weil Polen zur Finanzierung seines chronischen Handelsdefizites zur Aufnahme der Kredite gedrängt wurde. Dafür sind die jetzigen Zugeständnisse gering. Unverändert muß der Zins gezahlt werden, lediglich wird eben die Rückzahlung zeitlich gestreckt. Mit einem Abbau der polnischen Schulden war auch unter anderen Umständen nicht zu rechnen, so daß der Rückfluß aus den Tilgungen ohnehin für neue Kredite vorgesehen war. Jetzt wird eben gleich umgeschuldet.

Polens Auslandsschulden in ausgewählten westlichen Ländern zum 31. Dezember 1980 und fällige Tilgungs- und Zinszahlungen bis 1983 (in Mio. $; Zahlen in Klammern: staatlich verbürgt)

Land	Gesamtschulden 31.12.80	fällig 1981	fällig bis 1983	fällig nach 1983	Zinsen 1981	Zinsen bis 1983	Tilgungen u.Zinsen bis 1983
Bundesrepublik	4 456 (1 812)	955 (277)	2 462 (1 000)	1 994 (512)	490 (218)	1 203 (593)	3 665 (1 588)
USA	3 091 (1 311)	1 149 (574)	2 481 (1 202)	610 (109)	464 (197)	978 (357)	3 459 (1 559)
Frankreich	2 541 (1 317)	1 008 (630)	1 870 (1 005)	662 (312)	216 (112)	424 (207)	2 303 (1 212)
Großbritannien	2 061 (1 108)	448 (228)	1 129 (592)	932 (516)	175 (94)	415 (226)	1 544 (818)
Österreich	1 736 (1 297)	578 (375)	1 527 (1 125)	209 (172)	139 (104)	279 (214)	1 806 (1 339)
Italien	1 033 (668)	409 (214)	798 (502)	235 (166)	88 (57)	179 (119)	977 (621)
Japan	870 (370)	165 (70)	569 (200)	301 (170)	65 (28)	153 (67)	722 (267)
Kanada	668 (408)	153 (95)	504 (319)	164 (89)	100 (61)	220 (132)	724 (451)
Schweiz	603 (305)	214 (107)	492 (245)	111 (60)	36 (18)	78 (36)	570 (281)
Gesamt	18 632 (9 455)	5 806 (2 940)	13 205 (6 923)	5 418 (2 232)	1 906 (956)	4 176 (2 089)	17 390 (9 007)

Quelle: Handlowy Bank

Spreizung der Löhne nimmt ab – die der Gehälter zu

Gehalts- und Lohnstrukturuntersuchung '78

geh. Die ersten Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturuntersuchung vom Oktober 1978 liegen jetzt vor. Im Gegensatz zur vierteljährlichen Untersuchung der „Arbeiterverdienste in der Industrie" und der „Angestelltenverdienste" wird bei dieser alle 3–6 Jahre durchgeführten Erfassung nicht nur die Lohnsumme bei einer geringen Anzahl von Betrieben erfaßt und dann ausgewertet, sondern es werden die Lohndaten von rund einem Zehntel aller Beschäftigten erfaßt und für die Gesamtindustrie hochgerechnet.

Der durchschnittliche Arbeiterlohn des Produzierenden Gewerbes lag bei den Männern bei 2416 DM. Bei der letzten Erhebung von 1972 lag er bei 1603 DM, also eine Steigerung um 51%. Der Durchschnittslohn der weiblichen Arbeiter lag bei 1632 DM, gegenüber 1020 DM 1972. Hier ist die Steigerung mit 60% höher als bei den Männern. Der durchschnittliche Frauenlohn lag bei 68% (1972 = 63%) des durchschnittlichen Männerlohns.

Wir haben auf Grundlage der ersten vorliegenden Materialien die nachfolgenden Untersuchungen angestellt. In einigen Fällen mögen die Ergebnisse geringfügig von den endgültigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamt abweichen. Das kann geschehen weil für unsere Untersuchungen nur das bereits gruppierte Material benutzt werden konnte.

Insgesamt hat die Zahl der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe abgenommen. Um 0,9 Mio. ist die Zahl der Arbeiter zurückgegangen, wohingegen die Zahl der Angestellten nur wenig zurückgegangen ist. Der Anteil der Angestellten ist im Zuge dieses Prozesses angestiegen. Eine Ausnahme bildet lediglich die Straßenfahrzeugbau-Industrie.

Vollzeitbeschäftigte, Anteil Arbeiter, Angestellte
Jahr | Anzahl Arbeiter, Angest. | Anteil % Arb./Ang.
Produzierendes Gewerbe
78 7611029 71,7 28,3
72 8638853 73,6 26,4
66 7819133 75,5 24,5
Investitionsgüterindustrie
78 3119406 68,6 31,4
Chemische Industrie
78 463755 54,7 45,3
72 452902 55,8 44,2
einigen Fällen mögen die Ergebnisse geringfügig von den endgültigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamt abweichen. Das kann geschehen weil für unsere Untersuchungen nur das bereits gruppierte Material benutzt werden konnte.
Insgesamt hat die Zahl der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe abgenommen. Um 0,9 Mio. ist die Zahl der Arbeiter zurückgegangen, wohingegen die Zahl der Angestellten nur wenig zurückgegangen ist. Der Anteil der Angestellten ist im Zuge dieses Prozesses angestiegen. Eine Ausnahme bildet lediglich die Straßenfahrzeugbau-Industrie.

Vollzeitbeschäftigte, Anteil Arbeiter, Angestellte

Jahr	Anzahl Arbeiter, Angest.	Anteil % Arb.	Anteil % Ang.
Produzierendes Gewerbe			
78	7611029	71,7	28,3
72	8638853	73,6	26,4
66	7819133	75,5	24,5
Investitionsgüterindustrie			
78	3119406	68,6	31,4
Chemische Industrie			
78	463755	54,7	45,3
72	452902	55,8	44,2
66	387530	60,6	39,4
Maschinenbauindustrie			
78	835020	64,9	35,1
72	890201	66,8	33,2
66	840480	67,0	33,0
Straßenfahrzeugindustrie			
78	622065	79,2	20,8
72	614795	76,2	23,8
66	512904	74,8	25,2
Elektrotechnik			
78	812603	62,9	37,9
72	863073	65,2	34,8
66	719962	65,7	34,3
Textilgewerbe			
78	250962	77,4	22,6
72	339506	78,5	21,5
66	363244	79,3	20,7
Bekleidungsgewerbe			
78	190017	77,4	22,6
72	257727	81,1	18,9
66	263408	81,4	18,6
Hoch- und Tiefbau			
78	722439	82,9	17,1
72	936395	85,2	14,8
66	896267	86,6	13,4

Die Unterschiede zwischen den Löhnen haben sich verringert

Betrachtet man die Kontur der Lohnverteilung des produzierenden Gewerbes im Schaubild 01, so fällt keine „Spaltung", „Einbuchtung", „Sattel" oder ähnliches ins Auge. Daß die 72er Verteilung steiler, schmaler und dadurch höher ist, liegt in der Darstellung begründet. Weil die Löhne inzwischen gestiegen, die Klassenbreiten aber unverändert 100 DM sind, wird die Verteilung stärker auseinandergezogen. Um dennoch Vergleiche zwischen 1972 und 1978 vornehmen zu können, haben wir die Daten mit einfachen statistischen Mitteln untersucht.

Durchschnittslohn ist *das gewichtete arithmetische Mittel* der einzelnen Löhne, bzw. der Löhne in den Klassen der Erfassung. *Median* ist die Linie, die die Anzahl der Arbeiter in zwei gleiche Hälften teilt. *10%-Wert* oder *unteres Dezil* trennt 10% der untersten Löhne ab, der *90%-Wert* oder das *obere Dezil* eben die obersten 10%. *Standardabweichung* ist die „typische" Abweichung vom Durchschnittslohn. Je geringer sie ist, umso stärker ist die Konzentration aller Löhne um den Durchschnittslohn. Um sie besser vergleichen zu können, drückt man sie in % des Durchschnittslohns aus. Das ist dann der *Variationskoeffizient.* Die 10% bzw. 90%-Werte kann man auch in % des Durchschnittslohns ausdrücken. Je dichter beide Linien am Durchschnittslohn liegen, umso geringer sind die Unterschiede zwischen den unteren und oberen Löhnen. Zwischen beiden liegen 80% aller Löhne. Je dichter der Median am Durchschnittslohn ist, desto geringer ist die überproportionale Besetzung der unteren Lohnklassen. Gerade diese Entwicklung kann man für die Löhne des Produzierenden Gewerbes feststellen. (s. 01)

Lohnstruktur 1972 – 1978

Produzierendes Gewerbe	10% – Wert	Median	90% Wert	Durchschn.lohn	Standardabweichg.	Variat.-Koeffiz.%
'72 alle Arbeiter	961	1461	2049	1489	454	30,5
	64,5	*98,1*	*137,6*	*100*	*30,5*	–
'78 alle Arbeiter	1546	2224	3033	2271	645	28,4
	68,1	*97,9*	*133,5*	*100*	*28,4*	–

Die Spreizung bei den Gehältern nimmt zu

Die Streuung der Gehälter ist wesentlich größer als die der Löhne (s. 02). Der Variationskoeffizient ist hier 48,4% gegenüber 28,4% bei den Arbeitern. Untersucht man die Entwicklung der Gehaltsstruktur, so ist im Zeitraum 1972 – 1978 eine Auseinanderbewegung bei den Gehältern der männlichen Angestellten zu sehen (Variationskoeffizient 1972 = 38%, 1978 = 42%). Die Verschlechterung tritt bei den niedrigen Gehältern auf, das zeigt die Verschiebung des 10%-Wertes.

Gehaltsstruktur 1951 – 1978

Alle erfaßten Wirtschaftszweige	10% Wert	Median	90% Wert	Durchschn. Gehalt	Standardabweichg.	Variationskoeff.(%)
'51 männl.Angest.	–	–	–	459	225	49
'57	–	–	–	683	328	48
'62	–	–	–	964	424	44
'66	–	–	–	1282	500	39
'72 männl.Angest.	1310	1950	3000	2065	785	38
%	*63,4*	*94,4*	*145,3*	*100*	*38*	–
'78 männl.Angestl.	2054	3084	4711	3335	1388	42
%	*61,6*	*92,5*	*141,3*	*100*	*42*	–
'51 weibl.Angestl.	–	–	–	258	111	43
'57	–	–	–	361	148	41
'62	–	–	–	531	191	36
'66	–	–	–	723	253	35
'72 weibl.Angestl.	780	1190	1750	1245	411	33
%	*62,7*	*95,6*	*140,6*	*100*	*33*	–
'78 weibl.Angestl.	1304	1974	2965	2049	649	32
%	*63,6*	*96,3*	*144,7*	*100*	*32*	–

Anteil der Akkordarbeiterinnen nimmt zu

Zunahme der Teilzeitarbeit stagniert

Bei sinkenden Beschäftigungszahlen
Nach starker Zunahme der Teilzeitar-
Die Spreizung bei den Gehältern nimmt zu
Die Streuung der Gehälter ist wesentlich größer als die der Löhne (s. 02). Der Variationskoeffizient ist hier 48,4% gegenüber 28,4% bei den Arbeitern. Untersucht man die Entwicklung der Gehaltsstruktur, so ist im Zeitraum 1972 – 1978 eine Auseinanderbewegung bei den Gehältern der männlichen Angestellten zu sehen (Variationskoeffizient 1972 = 38%, 1978 = 42%). Die Verschlechterung tritt bei den niedrigen Gehältern auf, das zeigt die Verschiebung des 10%-Wertes.
Gehaltsstruktur 1951 – 1978
Alle erfaßten Wirtschaftszweige | 10% Wert | Median | 90% Wert | Durchschn. Gehalt | Standardabweichg. | Variationskoeff.(%)
'51 männl.Angest. – – – 459 225 49
'57 – – – 683 328 48
'62 – – – 964 424 44
'66 – – – 1282 500 39
'72 männl.Angest. 1310 1950 3000 2065 785 38
% 63,4 94,4 145,3 100 38 –
'78 männl.Angestl. 2054 3084 4711 3335 1388 42
% 61,6 92,5 141,3 100 42 –
'51 weibl.Angestl. – – – 258 111 43
'57 – – – 361 148 41
'62 – – – 531 191 36
'66 – – – 723 253 35
'72 weibl.Angestl. 780 1190 1750 1245 411 33
% 62,7 95,6 140,6 100 33 –
'78 weibl.Angestl. 1304 1974 2965 2049 649 32
% 63,6 96,3 144,7 100 32 –
Anteil der Akkordarbeiterinnen nimmt zu
Zunahme der Teilzeitarbeit stagniert

Bei sinkenden Beschäftigungszahlen nimmt der Anteil der Akkordarbeit zu. Im Produzierenden Gewerbe steigt der Akkordarbeitanteil bei den weiblichen Arbeiterinnen. Die relative Zunahme kommt aus dem Bekleidungsgewerbe und aus der Investitionsgüterindustrie. Hier steigt auch der Anteil der männlichen Akkordarbeiter.

	1972 Anzahl Akkordarbeiter	1972 Ant.(%) d. ges. Arbeiter	1978 Anzahl Akkordarbeiter	1978 Ant.(%) d. ges. Arbeiter
Produzierendes Gewerbe				
männl.	887655	17,4	772675	17,4
weibl.	366458	29,4	318663	31,5
Chemische Industrie				
männl.	28326	14,6	14932	7,3
weibl.	5788	9,9	3372	6,9
Investitonsgüterindustrie				
männl.	511224	26,6	468413	27,2
weibl.	185969	40,1	178930	43,0
Textilindustrie				
männl.	25101	19,6	18542	19,7
weibl.	44974	32,6	32443	32,4
Bekleidungsindustrie				
männl.	6522	22,0	4606	17,5
weibl.	60349	33,6	49927	41,4
Hoch- und Tiefbau				
männl.	66046	8,3	43869	7,3

Die Akkordarbeit konzentriert sich bei den Frauen auf die Leistungsgruppen 2 und 3, d.h. die ungelernte und angelernte Arbeit, hingegen ist bei den Männern der Anteil der Leistungsgruppe 1, d.h. der Facharbeiter, in der Akkordarbeit größer. (Vgl. Materialheft Industrie und Gewerkschaft 4/81). Ein erheblicher Teil der Akkordarbeiterinnenlöhne liegt unterhalb des 10%-Wertes (s. 03).

Nach starker Zunahme der Teilzeitarbeit von 1966 bis 1972 stagnierte die Zunahme 1978. Das kann allerdings auch konjunkturelle Ursachen haben.

Mehr als die Hälfte der Arbeiter macht Überstunden

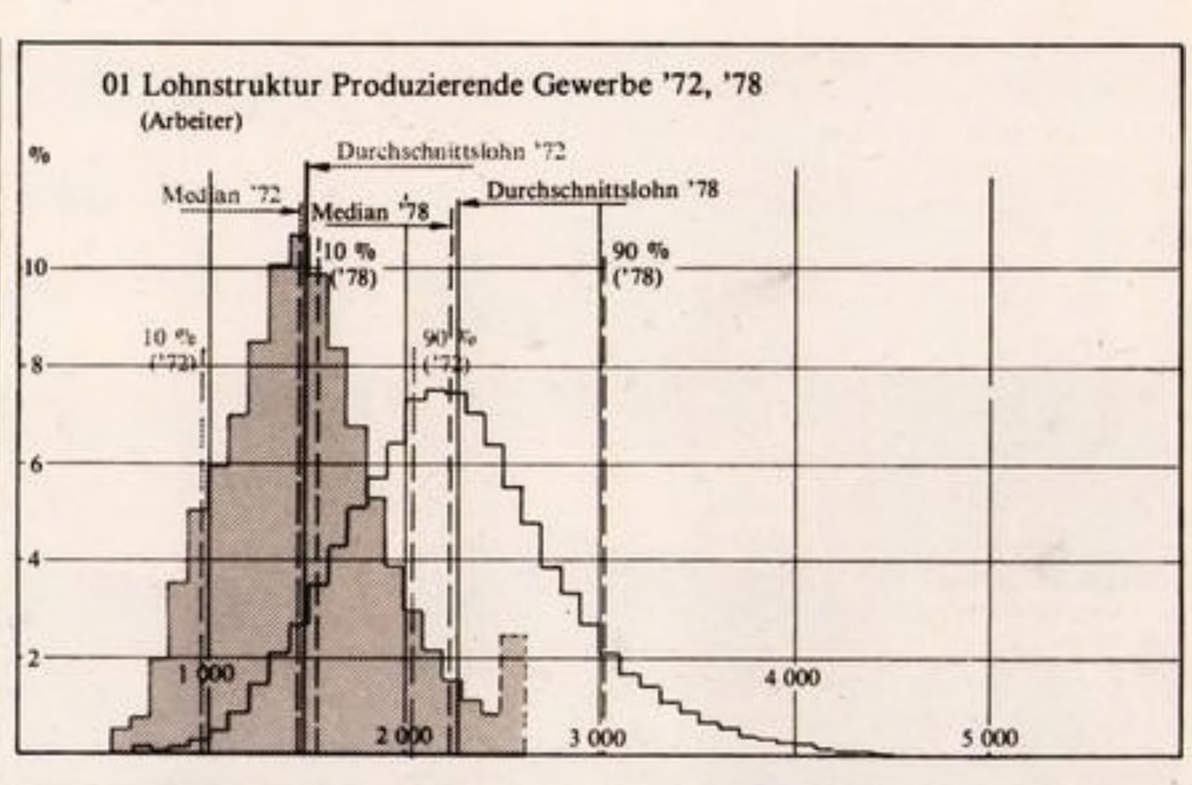
51,9% aller männlichen Arbeiter, gegenüber 21,9% der weiblichen Arbeiter, machen Überstunden.

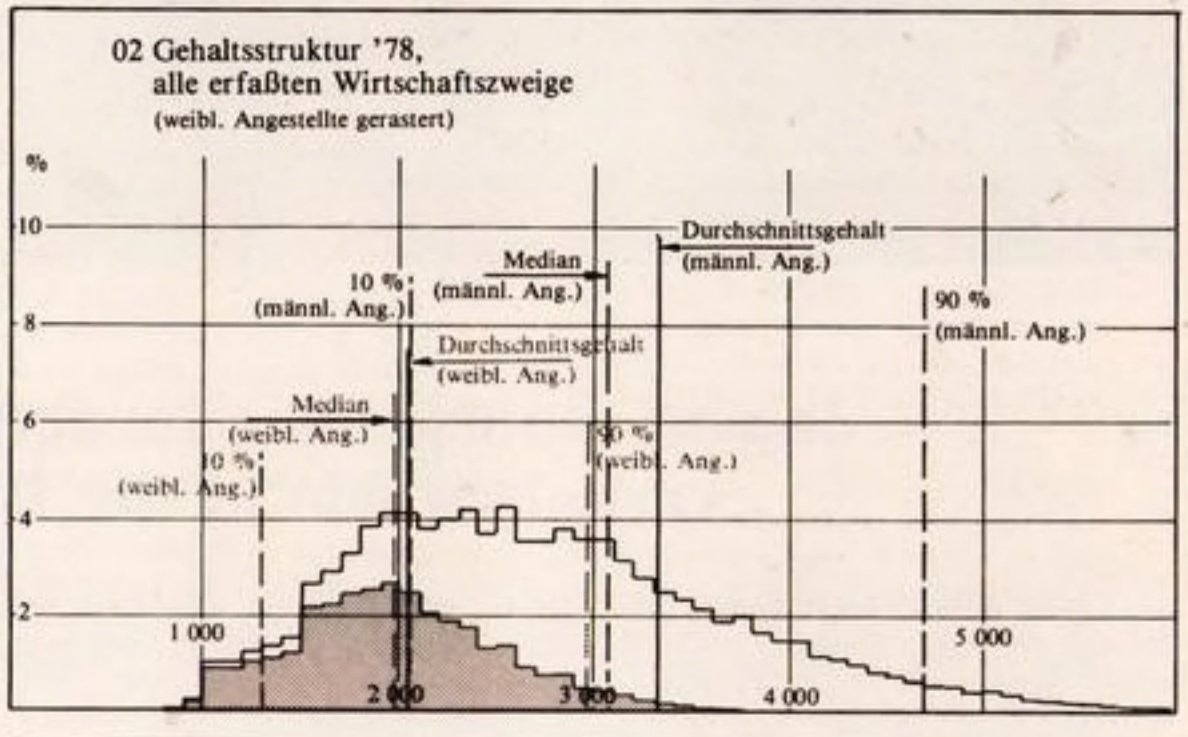
Erhebliche Differenz zu den Ergebnissen der Vierteljahresstatistik

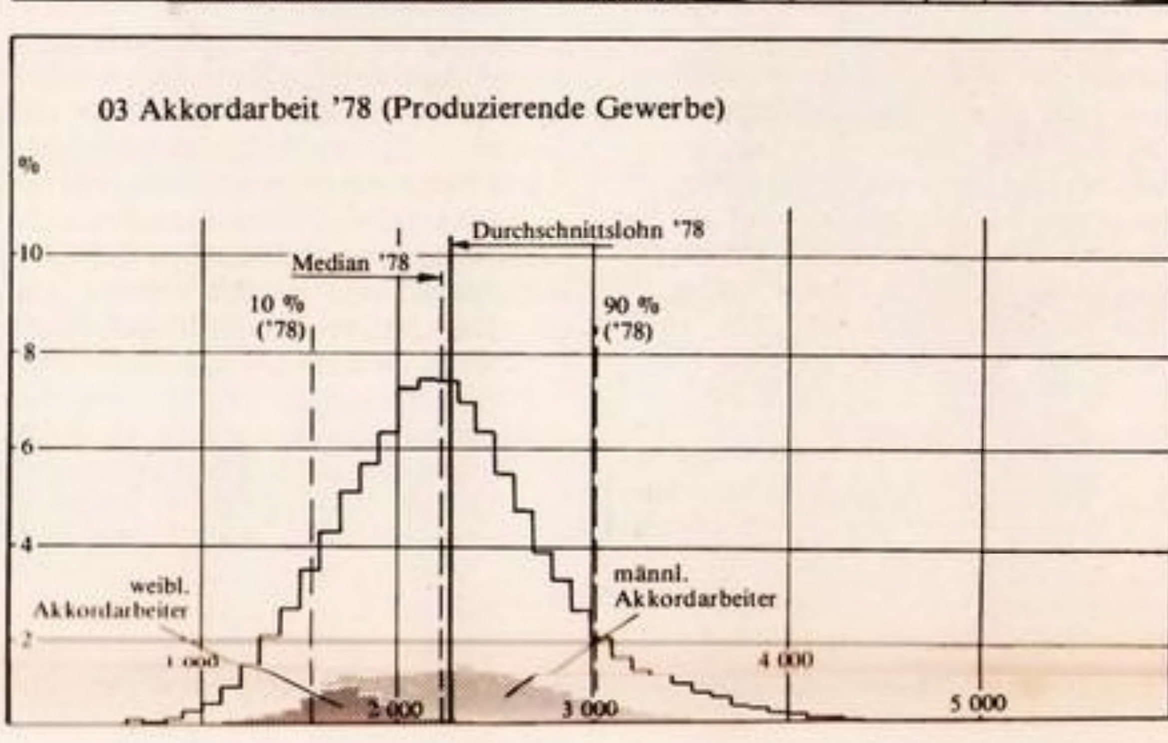
Die Tabelle zeigt die unterschiedlichen Angaben der Vierteljahresstatistik „Arbeiterverdienste in der Industrie" zur Lohnstrukturuntersuchung. Nicht nur gibt es erhebliche Unterschiede in der Höhe des Bruttomonatslohns, sondern auch zwischen den einzelnen Leistungsgruppen. Diese Fehler zeigen, daß es notwendig fehlerhaft ist, aus der Vierteljahresstatistik eine Lohnstrukturuntersuchung zu konstruieren. Diese Statistik kann wohl nur „Trends" über die tatsächliche Lohnentwicklung abgeben.

Vergleich Ergebnisse Lohnstrukturuntersuchung Okt. '78 und Reihe 2.1 Arbeiterverdienste Okt. '78 (Monatslohn)

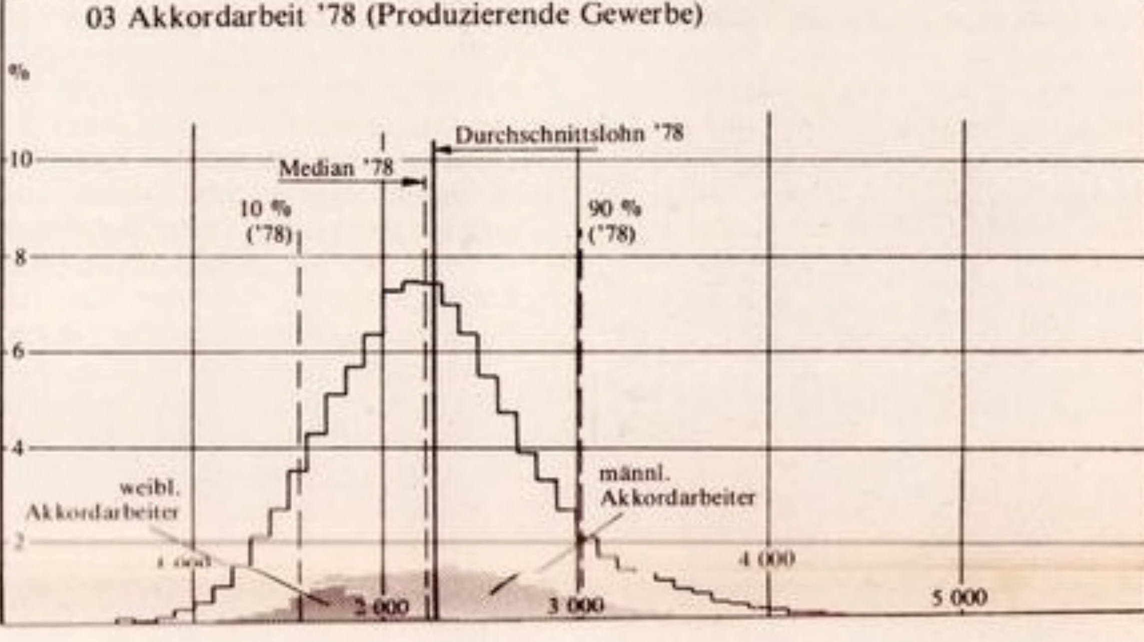
Lstgr.	Viertelj.St. DM	Lohnstr.U. DM	Abweichg. in %
Eisenschaffende Industrie			
M1	2346	2457	4,7
M2	2223	2312	4,0
M3	2121	2179	2,7
Ges.M	2265	2371	4,7
W1	1717	1941	13,0
W2	1717	1738	1,2
W3	1420	1569	10,5
Ges.W.	1530	1643	7,4
Chemische Industrie			
M1	2465	2679	8,7
M2	2469	2488	0,8
M3	2261	2157	–4,6
Ges.M	2435	2562	5,2
W1	1925	2184	13,5
W2	1845	1850	0,3
W3	1798	1716	–4,6
Ges.W	1828	1807	–1,1
Investitionsgüterindustrie			
M1	2431	2538	4,4
M2	2142	2238	4,5
M3	1925	2130	10,6
Ges.M	2299	2421	5,3
W1	1955	2070	5,9
W2	1692	1744	3,1
W3	1602	1680	4,9
Ges.W	1645	1722	4,7
Textilgewerbe			
M1	1981	2248	13,5
M2	1921	2045	6,5
M3	1738	1919	10,4
Ges.M	1989	2105	5,8
W1	1641	1592	–3,0
W2	1522	1481	–2,7
W3	1390	1379	–0,8
Ges.W	1500	1484	–1,1
Bekleidungsgewerbe			
M1	2108	2251	6,8
M2	1934	2072	7,1
M3	1772	1915	8,1
Ges.M	2006	2153	7,3
W1	1547	1592	2,9
W2	1432	1481	3,4
W3	1288	1379	7,1
Ges.W	1428	1484	3,9







Mehrarbeit, Mehrarbeitszeit
Industriezweig/Lohnform | Arbeiter mit Mehrarbeit | Anteil % | Mehrarbeitsstunden
Produzierendes Gewerbe, männl. Arbeiter
Zeitlohn 1842759 53,6 5,5
Leistungslohn 344559 45,4 4,5
Zusammen 2243321 51,9 5,3
Produzierendes Gewerbe, weibl. Arbeiter
Zeitlohn 131875 22,6 3,1
Leistungslohn 61417 20,3 2,6
Zusammen 204501 21,9 2,9
Investitionsgüterindustrie, männl. Arbeiter
Zeitlohn 609524 51,9 5,3
Leistungslohn 207823 45,2 4,3



Mehrarbeit, Mehrarbeitszeit

Industriezweig/Lohnform	Arbeiter mit Mehrarbeit	Anteil %	Mehrarbeitsstunden
Produzierendes Gewerbe, männl. Arbeiter			
Zeitlohn	1842759	53,6	5,5
Leistungslohn	344559	45,4	4,5
Zusammen	2243321	51,9	5,3
Produzierendes Gewerbe, weibl. Arbeiter			
Zeitlohn	131875	22,6	3,1
Leistungslohn	61417	20,3	2,6
Zusammen	204501	21,9	2,9
Investitionsgüterindustrie, männl. Arbeiter			
Zeitlohn	609524	51,9	5,3
Leistungslohn	207823	45,2	4,3
Zusammen	837375	49,8	5,0
Investitionsgüterindustrie, weibl. Arbeiter			
Zeitlohn	42377	21,0	3,1
Leistungslohn	36593	21,3	2,8
Zusammen	83326	21,2	2,9

Teilzeitbeschäftigte

Teilzeitarbeit		Teilzeitbeschäftigte Arbeiter	Teilzeitbeschäftigte Angestellte	Beschäftigte Voll + Teilz.	Teilzeitanteil %
Männliche Arbeitnehmer					
Alle Wirtschaftszweige	'78	20292	15426	6861144	0,5
	'72	38990	22443	7576900	0,8
	'66	27510	18540	7154566	0,6
Weibliche Arbeitnehmer					
Alle Wirtschaftszweige	'78	236 185*	468624	2990688*	23,6
	'72	307630	475571	3248450	24,1
	'66	219067	222310	2837839	15,6
Wirtschaftszweige	'78	–	309386		
außerh.d.Prod.	'72	–	323831		
Gewerbes	'66	–	162095		

*) Bei Arbeitern nur „Produzierendes Gewerbe"



Für den kommenden Mittwoch, 10 Uhr rufen alle Bezirksleitungen der IG Metall zu einem bundesweiten Warnstreik auf. Am darauffolgenden Donnerstag wird der IG Metall-Vorstand über den Antrag der Tarifkommission des Nordverbundes auf Einleitung von Urabstimmung und Streik zu beschließen haben.

Über 1,7 Millionen Metallarbeiter standen bisher in Streikaktionen. Die IG Metall veröffentlichte folgende Streikstatistik:

Bezirk	*Streikende*
Essen	170714
Hagen	162350
Hamburg	102400
Hannover	197614
Köln	136876
München	127589
Münster	88276
Stuttgart	342458
Westberlin	29575
Frankfurt	209166

Insgesamt 1567023 Beschäftigte in 3799 Betrieben (Stand 6. April).

Hoesch-Sanierung: dritte Aufsichtsratssitzung ohne Beschluß

Betriebratswahl festigt Einheit der Belegschaft

bsc. Am 15. April fand beim westdeutsch-niederländischen Stahlkonzern ESTEL binnen vier Wochen die dritte Aufsichtsratssitzung zwecks Beschlußfassung über die Vorstandskonzeption zur Sanierung der Dortmunder Hüttenwerke statt und vertagte sich in diesem Punkte ergebnislos. Diese sogenannte Rohwedder-Konzeption (Detlev Rohwedder, ehemaliger Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, ist Vorstandsvorsitzender der ESTEL Hoesch Werke AG und stellvertretender Vorstandsvorsitzender der ESTEL NV) sieht vor, die Stahlproduktion in Dortmund von jetzt drei auf ein Hüttenwerk zu konzentrieren und die Belegschaft um weitere 6000 im Laufe der 80er Jahre zu verringern auf dann 13000, womit die Belegschaft dann seit 1979 (24500) bald halbiert wäre. Die Hauptstreitpunkte sind, daß es weder einen weiteren Sozialplan mit früherer Verrentung geben soll, noch der Vorstand den Termin für einen Stahlwerksneubau in Dortmund nennen will. So bleibt offen, ob nicht Ende der 80er Jahre die Stahlwerksproduktion in Dortmund ganz eingestellt wird. Gegenwärtig gibt es in Dortmund schon 22000 Arbeitslose (8,2%), und bei Realisierung dieses Konzeptes hält die Dortmunder Arbeitsamtsleitung die Überschreitung einer 10%igen Arbeitslosenquote in Dortmund nicht für ausgeschlossen.

Die erste Aufsichtsratssitzung (ESTEL Hüttenwerke AG Dortmund) hatte sich Mitte März mit der Konzeption befaßt. Zweihundert Vertrauensleute demonstrierten vor der Hauptverwaltung, und die Beschlußfassung wurde abgesetzt. Kurz darauf fanden Ende März die Betriebsratswahlen auf den drei Hüttenwerken statt. Bei einer Wahlbeteiligung von gut 80% bekam die IGM 91 der insgesamt 95 Betriebsratssitze. Die beiden Betriebsräte der RGO auf dem Werk Union wurden bestätigt und die RGO hätte sogar 7 Betriebsräte stellen können. Die beiden machen eine gute Arbeit und es wäre besser, wenn die IGM die Ausschlüsse wieder aufheben würde. Eine Spalterliste von DAG/CMV bekam erfreulicherweise nur knapp 800 Stimmen und wird damit zwei Betriebsräte stellen.

Bei der zweiten Aufsichtsratssitzung der ESTEL Hüttenwerke Dortmund AG am 9. April streikten und demonstrierten mehr als 8000 Arbeiter und Angestellte in Dortmund. Das Vorstandskonzept wurde unverändert zur Abstimmung gestellt und mit der Stimme des ,,Neutralen'' im paritätisch besetzten Aufsichtsrat abgelehnt (siehe KVZ 16/81, S. 10). Bei der vorerst letzten Aufsichtsratssitzung der Konzernspitze wurde das Rohwedder-Konzept nicht zur Abstimmung gestellt. Gleichzeitig bekam allerdings der Vorstand grünes Licht, mit der Realisierung des Konzeptes zu beginnen. Das Zögern des Aufsichtsrates liegt einmal darin begründet, daß eine Zuspitzung der Situation gegenüber der Hüttenbelegschaft gescheut und weitere Streikaktionen gefürchtet werden. Gleichzeitig aber brechen auch Widersprüche zwischen den Kapitalisten auf, ob und wie eine Sanierung des Konzerns überhaupt möglich ist. Der diesjährige Bilanzabschluß meldet einen Reinverlust von 488 Mio. Gulden, dabei betrug die Tilgung für Anleihen rund 450 Mio. DM und wird in den kommenden drei Jahren im Schnitt bei knapp 800 Mio. DM liegen. Der negative Zinssaldo belief sich auf knapp 500 Mio. DM, nach 350 und 400 Mio. DM in den vorhergehenden Jahren.

Aus sozialdemokratischen Kreisen wurde einen Tag vor der Aufsichtsratssitzung in der SPD-eigenen ,,Westfälischen Rundschau'' lanciert, daß es Planungen auf eine Finanzsanierung gebe: Ausgliederung der Hüttenwerke aus dem ESTEL-Konzern, Kapitalhalbierung und erneute Aufstockung des Grundkapitals auf die alte Höhe. ,,An einer solchen Rettungsaktion würden sich voraussichtlich nur die Großbanken beteiligen, die damit ihre besondere Verantwortung gegenüber dem Unternehmen demonstrierten.'' Ehrenaufsichtsratsvorsitzender der ESTEL NV ist Hermann Josef Abs, Aufsichtsratsvorsitzender der ESTEL Hoesch Werke AG ist Andreas Kleffel vom Vorstand der Deutschen Bank; auf der letzten Aktionärsversammlung hielt die Deutsche Bank mehr als ein Drittel der Stimmen per Depot. Die Deutsche Bank ließ zu diesem Sanierungsplan mitteilen: ,,Eine solche Behauptung, so heißt es im Hause der Deutschen Bank, unterstelle, ‚daß der Vorstand der Bank aus Idioten besteht'. Denn eine solche Zusage könne nur ein Idiot machen.'' (FAZ 15.4.81)

Gleichzeitig gibt es ,,Ehescheidungsgerüchte'', nachdem nach offiziellen Angaben von der niederländischen Kapitalseite seit der Fusion 800 Mio. DM reingeschossen wurden und diese jetzt nicht mehr zahlen wollen. Eine solche Trennung wurde auch auf den letzten Demonstrationen gefordert und hat tatsächlich den Vorteil, daß sich das westdeutsche Finanzkapital nicht länger hinter den ,,Einwänden der Holländer'' verstecken kann und besser zu bekämpfen ist.

Japan: Bourgeoisie fordert ,,Lohnverhalten wie in der BRD''

wos. Rund 10% Lohnerhöhung, Einführung der Fünftagewoche und Steuersenkungen – das sind die Hauptforderungen im diesjährigen Lohnkampf in Japan. Inzwischen liegen die Antworten der Monopole der Privatindustrie (dies Jahr gingen die Verhandlungen hier dem Öffentlichen Dienst voraus) vor; faktischer Adressat sind nicht die Branchenföderationen oder gar die Dachverbände, sondern die Unternehmensgewerkschaften. Zuerst boten die fünf mächtigen Stahlmonopole (darunter das weltgrößte, Nippon Steel, dessen Präsident derzeit den Kapitalistenverband Keidanren führt), allesamt 6,99% an, oder ca. 135 DM für den ,,Durchschnittsarbeiter'' (35 Jahre, 15 Jahre in der Firma). Es sieht so aus, als ob sie damit schon die entscheidende Marke gesetzt haben, indem sie ihr Angebot unter 7% halten konnten und so die gewerkschaftliche Mindestlinie von 8% unterliefen.

Die Gewerkschaften in den Privatindustrien haben mehr als 9% gefordert. Ihre Begründung: im Haushaltsjahr 1980 (lief bis März '81) hätten die Verbraucherpreise um 7,8% zugenommen, im Gegensatz zur Vorhersage der Regierung, es bleibe bei lediglich 6,4%. Die Mäßigung im Vorjahr (Abschluß von 6,9%) habe sich nicht ausgezahlt, der Reallohn sei gesunken. Mit 8% würde gerade die Teuerung ausgeglichen, der Beitrag der Arbeiter zur Produktivitätssteigerung sei damit noch nicht abgegolten.

Was führen demgegenüber die Kapitalisten an? Zunächst klagen sie alle über schlechte Geschäfte. Rundweg wird bestritten, daß es zu einer ,,Einkommensschmälerung'' der Arbeiter gekommen sei. Die jetzigen Bedingungen der japanischen Wirtschaft wie der einzelnen Unternehmen seien alles andere als rosig. Die Automobilmonopole z.B. jammern über Absatzschwierigkeiten, nachdem sie jahrelang ihre Verkäufe ausgeweitet hatten. Die sinkende Inlandsnachfrage mache ihnen zu schaffen, zumal sie wegen massivem US-Druck in Richtung ,,freiwillige Selbstbeschränkung'' ihre Exporte nicht mehr ausweiten könnten. Auch in Westeuropa herrsche Flaute. Die Stahlhersteller klagen über sinkende Produktionsziffern, wollen aber zugleich 1981 ein Investitionsprogramm von knapp 6,4 Mrd. DM durchziehen (eine Steigerung bei den Investitionen gegenüber 1980 um über 41%).

Die Mehrheit der Bourgeoisideologen warnt jedoch, daß eine zu harte Position im Lohnkampf Risse in die ,,ausgezeichneten Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern'' bringen könne – die ,,eigentliche und einzige Ressource des rohstoffarmen Japan'' (Keidanren).

Nicht nur die Asahi-Shimbun führt jetzt die *BRD* als Musterfall an. In ihrem Leitartikel vom 5.4. fordert sie, beide Seiten sollten doch bitteschön vom ,,Makro-'' (d.h. gesamtwirtschaftlichen) Gesichtspunkt ausgehen. Sie schreibt u.a.: ,,Daß die Gewerkschaften einen ‚Ausgleich für Reallohnschmälerung' fordern, ist unter dem Blickwinkel der von ihnen geführten Lohnbewegung ganz natürlich.'' Das Problem bestehe aber darin, wie die ,,Bezahlung der Ölrechnung'' gerecht unter Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilt werden könne. Wachstum müsse man unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen vor allem durch erhöhte Inlandsnachfrage anstreben. Mit einem zu starken Rückgang des privaten Verbrauchs sei nichts gewonnen. Und: ,,Ob der Reallohn steigt oder nicht, hängt von der zukünftigen Preisentwicklung ab. In *Japan* dient die Steigerungsrate der Verbraucherpreise gegenüber dem *Vorjahr* als Grundlage der Lohnforderung. In *Westdeutschland* dagegen wird die für das *kommende Jahr* erwartete Rate zum Maßstab genommen. Deshalb herrscht dort eine Lage, die durch Vertrauen der Gewerkschaften in die Regierung, erfolgreiche Wirtschaftslenkung der Regierung und einen Anstieg der Reallöhne gekennzeichnet ist. – Daß unsere Gewerkschaften bezüglich der Lohnerhöhung an der Steigerungsrate der Verbraucherpreise im Vorjahr festhalten, rührt, kurz gesagt, von ihrem Mißtrauen in die Regierung ...''

Die interessierte Verdrehung der Tatsachen seitens der jeweiligen Presse macht es für uns umso nötiger, diese vor den Arbeitern richtig zu stellen und damit – als erstem Schritt – die Verbindung wie die Solidarität zwischen der Arbeiterklasse in der BRD und in Japan zu schaffen.

in Japan. Inzwischen liegen die Antworten der Monopole der Privatindustrie (dies Jahr gingen die Verhandlungen hier dem Öffentlichen Dienst voraus) vor; faktischer Adressat sind nicht die Branchenföderationen oder gar die Dachverbände, sondern die Unternehmensgewerkschaften. Zuerst boten die fünf mächtigen Stahlmonopole (darunter das weltgrößte, Nippon Steel, dessen Präsident derzeit den Kapitalistenverband Keidanren führt), allesamt 6,99% an, oder ca. 135 DM für den ,,Durchschnittsarbeiter'' (35 Jahre, 15 Jahre in der Firma). Es sieht so aus, als ob sie damit schon die entscheidende Marke gesetzt haben, indem sie ihr Angebot unter 7% halten konnten und so die gewerkschaftliche Mindestlinie von 8% unterliefen.

Die Gewerkschaften in den Privatindustrien haben mehr als 9% gefordert. Ihre Begründung: im Haushaltsjahr 1980 (lief bis März '81) hätten die Verbraucherpreise um 7,8% zugenommen, im Gegensatz zur Vorhersage der Regierung, es bleibe bei lediglich 6,4%. Die Mäßigung im Vorjahr (Abschluß von 6,9%) habe sich nicht ausgezahlt, der Reallohn sei gesunken. Mit 8% würde gerade die Teuerung ausgeglichen, der Beitrag der Arbeiter zur Produktivitätssteigerung sei damit noch nicht abgegolten.

Was führen demgegenüber die Kapi-

gekommen sei. Die jetzigen Bedingungen der japanischen Wirtschaft wie der einzelnen Unternehmen seien alles andere als rosig. Die Automobilmonopole z.B. jammern über Absatzschwierigkeiten, nachdem sie jahrelang ihre Verkäufe ausgeweitet hatten. Die sinkende Inlandsnachfrage mache ihnen zu schaffen, zumal sie wegen massivem US-Druck in Richtung ,,freiwillige Selbstbeschränkung'' ihre Exporte nicht mehr ausweiten könnten. Auch in Westeuropa herrsche Flaute. Die Stahlhersteller klagen über sinkende Produktionsziffern, wollen aber zugleich 1981 ein Investitionsprogramm von knapp 6,4 Mrd. DM durchziehen (eine Steigerung bei den Investitionen gegenüber 1980 um über 41%).

Die Mehrheit der Bourgeoisideologen warnt jedoch, daß eine zu harte Position im Lohnkampf Risse in die ,,ausgezeichneten Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern'' bringen könne – die ,,eigentliche und einzige Ressource des rohstoffarmen Japan'' (Keidanren).

Nicht nur die Asahi-Shimbun führt jetzt die *BRD* als Musterfall an. In ihrem Leitartikel vom 5.4. fordert sie, beide Seiten sollten doch bitteschön vom ,,Makro-'' (d.h. gesamtwirtschaftlichen) Gesichtspunkt ausgehen. Sie schreibt u.a.: ,,Daß die Gewerkschaften einen ‚Ausgleich für Real-

die ,,Bezahlung der Ölrechnung'' gerecht unter Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilt werden könne. Wachstum müsse man unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen vor allem durch erhöhte Inlandsnachfrage anstreben. Mit einem zu starken Rückgang des privaten Verbrauchs sei nichts gewonnen. Und: ,,Ob der Reallohn steigt oder nicht, hängt von der zukünftigen Preisentwicklung ab. In *Japan* dient die Steigerungsrate der Verbraucherpreise gegenüber dem *Vorjahr* als Grundlage der Lohnforderung. In *Westdeutschland* dagegen wird die für das *kommende Jahr* erwartete Rate zum Maßstab genommen. Deshalb herrscht dort eine Lage, die durch Vertrauen der Gewerkschaften in die Regierung, erfolgreiche Wirtschaftslenkung der Regierung und einen Anstieg der Reallöhne gekennzeichnet ist. – Daß unsere Gewerkschaften bezüglich der Lohnerhöhung an der Steigerungsrate der Verbraucherpreise im Vorjahr festhalten, rührt, kurz gesagt, von ihrem Mißtrauen in die Regierung ...''

Die interessierte Verdrehung der Tatsachen seitens der jeweiligen Presse macht es für uns umso nötiger, diese vor den Arbeitern richtig zu stellen und damit – als erstem Schritt – die Verbindung wie die Solidarität zwischen der Arbeiterklasse in der BRD und in Japan zu schaffen.

die Dortmunder Arbeitsamtsleitung die Überschreitung einer 10%igen Arbeitslosenquote in Dortmund nicht für ausgeschlossen.

Die erste Aufsichtsratssitzung (ESTEL Hüttenwerke AG Dortmund) hatte sich Mitte März mit der Konzeption befaßt. Zweihundert Vertrauensleute demonstrierten vor der Hauptverwaltung, und die Beschlußfassung wurde abgesetzt. Kurz darauf fanden Ende März die Betriebsratswahlen auf den drei Hüttenwerken statt. Bei einer Wahlbeteiligung von gut 80% bekam die IGM 91 der insgesamt 95 Betriebsratssitze. Die beiden Betriebsräte der RGO auf dem Werk Union wurden bestätigt und die RGO hätte sogar 7 Betriebsräte stellen können. Die beiden machen eine gute Arbeit und es wäre besser, wenn die IGM die Ausschlüsse wieder aufheben würde. Eine Spalterliste von DAG/CMV bekam erfreulicherweise nur knapp 800 Stimmen und wird damit zwei Betriebsräte stellen.

Bei der zweiten Aufsichtsratssitzung der ESTEL Hüttenwerke Dortmund AG am 9. April streikten und demonstrierten mehr als 8000 Arbeiter und Angestellte in Dortmund. Das Vorstandskonzept wurde unverändert zur Abstimmung gestellt und mit der Stimme des ,,Neutralen'' im paritätisch besetzten Aufsichtsrat abgelehnt (siehe

bierung und erneute Aufstockung des Grundkapitals auf die alte Höhe. ,,An einer solchen Rettungsaktion würden sich voraussichtlich nur die Großbanken beteiligen, die damit ihre besondere Verantwortung gegenüber dem Unternehmen demonstrierten.'' Ehrenaufsichtsratsvorsitzender der ESTEL NV ist Hermann Josef Abs, Aufsichtsratsvorsitzender der ESTEL Hoesch Werke AG ist Andreas Kleffel vom Vorstand der Deutschen Bank; auf der letzten Aktionärsversammlung hielt die Deutsche Bank mehr als ein Drittel der Stimmen per Depot. Die Deutsche Bank ließ zu diesem Sanierungsplan mitteilen: ,,Eine solche Behauptung, so heißt es im Hause der Deutschen Bank, unterstelle, ‚daß der Vorstand der Bank aus Idioten besteht'. Denn eine solche Zusage könne nur ein Idiot machen.'' (FAZ 15.4.81)

Gleichzeitig gibt es ,,Ehescheidungsgerüchte'', nachdem nach offiziellen Angaben von der niederländischen Kapitalseite seit der Fusion 800 Mio. DM reingeschossen wurden und diese jetzt nicht mehr zahlen wollen. Eine solche Trennung wurde auch auf den letzten Demonstrationen gefordert und hat tatsächlich den Vorteil, daß sich das westdeutsche Finanzkapital nicht länger hinter den ,,Einwänden der Holländer'' verstecken kann und besser zu bekämpfen ist.

Dänische Drucker und Setzer weiterhin ausgesperrt

bag. Seit über 14 Tagen sind jetzt die 7500 Typographen Dänemarks ausgesperrt, weil sie im diesjährigen Tarifkampf einer Lohnsenkung nicht zustimmten und auf dem Abschluß eines Technologieabkommens bestehen. Der Verband der Zeitungsverleger (DDFF) hat die Aussperrung inzwischen von den großen Tages- und Wochenzeitungen (rund 70% der gesamten dänischen Presse) auf 30 Lokalzeitungen ausgeweitet, die vor allem Annoncen drucken. Die Typographen sind zu Verhandlungen bereit, halten dabei jedoch an ihren wesentlichen Forderungen fest. Sie werden jetzt von großen Teilen der Gewerkschaftsbewegung unterstützt, darunter den Seeleuten, den Brauereiarbeitern, den Bautischlern, der Gewerkschaft der Pädagogen und zahlreichen Abteilungen der Metallarbeitergewerkschaft. Auf einer Veranstaltung wurde bekanntgegeben, daß auch die IG Druck und Papier Unterstützung zugesagt hat.

Proteststreiks im Öffentlichen Dienst von Großbritannien

chm. Die britische Gewerkschaft für den Öffentlichen Dienst hat am vergangenen Dienstag Proteststreiks durchgeführt, an denen etwa 250000 Mitglieder beteiligt waren. Die Streiks richteten sich gegen den Einsatz von Streikbrechern durch das britische Kriegsministerium im Marinestützpunkt Faslane in Schottland. Es hatte Matrosen eingesetzt, um die Torpedos des atomgetriebenen Polaris-U-Boots zu wechseln. Im allgemeinen wird diese Arbeit von 20 Zivilangestellten des Marinestützpunktes durchgeführt, die sich alle im Streik zur Unterstützung der Lohnforderung der Gewerkschaft von 15% befinden. Die Regierung hat ihr Angebot von 7% bisher nicht erhöht. Zweifellos fühlt sie sich ermutigt durch den Abschluß von 8,5% bei der Post. Über den Abschluß muß noch abgestimmt werden.

Streit um den italienischen Inflationsausgleich

mah. Die italienische Presse hat vergangene Woche einen ,,Vorschlag der drei Gewerkschaftsverbände'' veröffentlicht, der eine Alternative zu dem von der Regierung geplanten ,,Krisenprogramm'' bilden soll. Der wesentliche Inhalt ist: Einfrieren der öffentlichen Tarife für ein Jahr sowie der Preise der wichtigsten Lebensmittel, der Mietpreise und der Einkommen über 30 Mio. Lire brutto im Jahr; Einführung einer Vermögenssteuer; Maßvolle Lohnabschlüsse und vor allem: der vierteljährliche automatische Inflationsausgleich für Löhne und Gehälter (,,scala mobile'') soll eine bestimmte Höhe nicht überschreiten, unabhängig von der tatsächlichen Inflationsrate; am Jahresende sollen die Unternehmen die Differenz zur tatsächlichen Inflation ausgleichen. Nach Veröffentlichung des Dokuments distanzierte sich die CGIL (der den Kommunisten und Sozialisten nahestehende größte Gewerkschaftsverband) besonders von jeder Änderung der ,,scala mobile'' und erklärte, es handele sich bei dem Dokument um einen keineswegs verabschiedeten Diskussionsvorschlag des Gewerkschaftsverbandes CISL. Gleich nach der Veröffentlichung hatten die Lohnabhängigen in zahlreichen Telegrammen, Versammlungen und Streiks gegen eine Änderung der ,,scala mobile'' protestiert und kritisiert, daß die drei Gewerkschaftsführungen solche Vorschläge ohne vorherige Diskussion in den Belegschaften erwägen würden.

Die Differenzen unter den Gewerkschaftsverbänden schwächen die Position der Arbeiterbewegung. Gerade jetzt, wo die Regierung mit einem umfangreichen Krisenprogramm zum Generalangriff auf die Volksmassen übergeht. Nach einem ergebnislosen Treffen mit Ministerpräsident Forlani letzten Mittwoch soll nun im Mai ein neues Treffen besonders über ein mögliches teilweises Einfrieren der ,,scala mobile'' stattfinden.



Amerikanische Bergarbeiter verbrennen den Vertragsvorschlag, den die Führung ihrer Gewerkschaft mit den Bergbaukapitalisten ausgehandelt hatte. Mit der Ablehnung dieses Kontrakts durch eine ⅔-Mehrheit begann am 29. März ein landesweiter Streik der 160000 nordamerikanischen Bergbauarbeiter. Ein wesentlicher Ablehnungsgrund ist die vorgesehene Streichung der Zahlungen der Kapitalisten in einen Rentenfonds, der von der Gewerkschaft verwaltet wird.

Tarifverhandlungen Lufthansa gescheitert: ‚Herausforderung'

acm. In der 2. Runde sind letzten Mittwoch die Tarifverhandlungen zwischen ÖTV und Lufthansa gescheitert. Die Lufthansa hatte 3,8% geboten und einen Grundbetrag von 18 DM. Die ÖTV fordert 5,5% und einen Grundbetrag von 50 DM. Weiterhin gibt es die Weigerung bei den Forderungen nach mehr Freizeit für Schichtarbeit und mehr Urlaub für die über 40jährigen. Zwar erklärten sich beide Seiten für ein Schlichtungsverfahren und ein Gespräch am 23.4. bereit, die ÖTV erklärte jedoch, es werde sie ,,nicht wundern, wenn diese Herausforderung durch die Arbeitgeber Unruhe in die Betrieb trägt.''

I. Quartal 81: Lohnerhöhungen durchschnittlich bei 5,5%

acm. Entgegen den Frühjahresgutachten der Wirtschaftsinstitute, die für das erste Quartal eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 4 – 5% behaupten, hat das WSI-Institut nach Prüfung von knapp 100 neu abgeschlossenen Lohn- und Gehaltstarifverträgen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 5,5% festgestellt. 1,25 Mio. Arbeiter und Angestellte, vornehmlich in Tarifbereichen mit weniger als 10000 Beschäftigten sind durch Verträge im Metallhandwerk (+5,22%), Tischlerhandwerk Niedersachsen (+7,5%) und Gaststättengewerbe Weser/Ems (+9,3%) wie weiterer Bereiche erfaßt. Teilweise wurden untere Lohn- und Gehaltsgruppen stärker angehoben oder kürzere Laufzeiten vereinbart.

Beschließt der IG Metall-Vorstand Urabstimmung und Streik?

Für eine dauerhafte überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen lohnt sich der Streik

ped. Am Donnerstag will der IGM-Vorstand über den Antrag der vier Tarifkommissionen des Nordverbundes auf Einleitung von Urabstimmung und Streik entscheiden. Am Vortag tagt der Verhandlungskreis von Gesamtmetall. Loderer gegenüber dem Handelsblatt: ,,Wir wollen ein Tarifergebnis, das diese Fünf (die geschätzte Inflationsrate 1981 laut dem Frühjahrsgutachten, d.V.) ohne Rechenkunststücke sichtbar machen". Und, für den Fall, daß Gesamtmetall sich am 22.4. dazu nicht bereitfinden sollte: ,,Dann wird der Vorstand der IG Metall einen Tag später das tun, was er nicht tun wollte: Er wird das Scheitern der Verhandlungen erklären. Dann wird diese Tarifauseinandersetzung bis zum Flächenstreik eskalieren." (15.4.). Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, rufen alle IGM-Bezirksleitungen für Mittwoch um 10 Uhr bundesweit zu einem einstündigen Warnstreik auf.

,,In der jetzigen Lage bereits auf Urabstimmung und Streik gehen?" hatte die Zelle Ludwigsburg vergangene Woche an dieser Stelle gefragt. Die Genossen befürchten einen ,,Funktionärsstreik" wie 1978 und bei den gegebenen Aussperrungsmöglichkeiten das Abbröckeln der Streikfront, damit eine offene Niederlage und Kapitulation der IG Metall und in der Folge enttäuschte Gewerkschaftsaustritte der Mitglieder. Die Genossen kritisieren, daß die KVZ sich nicht mit den Argumenten der Stuttgarter Bezirksleitung der IGM auseinandergesetzt hätte.

Meiner Meinung nach sind die Genossen eher der (Stuttgarter) Funktionärsmeinung aufgesessen. Am deutlichsten, wenn sie von Funktionärsstreik und Trittbrettfahrermentalität der einfachen Mitglieder schreiben. Sowas ist *dort* verbreitet. Funktionärsstreik ist Käse und trifft nicht den 1978er Streik. Noch viel weniger trifft dies, wenn man sich die heutigen Bedingungen für Streik anschaut: Über 1,7 Mio. Metallarbeiter haben inzwischen in Streikaktionen gestanden. Eine ausgezeichnete Vorbereitung für die aktive und geschlossene Durchführung eines Streiks und alles andere als Trittbrettfahrerhaltung. Bei den Aktionen der ,,neuen Beweglichkeit" wird oft übersehen, daß alle diese Aktionen *Streik*aktionen waren. Sie haben den Kapitalisten gekostet (wenngleich begrenzt) und der Mobilisierung aller Metallarbeiter und der ganzen Arbeiterbewegung *für* den Streik gedient. Nur darüber konnte ein Druck auf die Metallkapitalisten ausgeübt werden, der sie von ihrer produktivitätsorientierten 2,5%-Lohnlinie abrücken ließ. Diese Aktionen wurden in den vergangenen Jahren oft mit Vehemenz in den Tarifbewegungen von der klassenkämpferischen Strömung gefordert, *um* den Streik vorzubereiten, und konnten zumeist nur unzureichend verwirklicht werden. Warum sollen diese Aktionen jetzt, wo sie von dem Vorstand der IG Metall geführt werden, entweder nur ,,Dampfablassen" sein oder als anderes Extrem, den Streik ersetzen können?

Sicher ist es das Interesse des IGM-Vorstandes, um einen Streik aus volkswirtschaftlichen und politischen Gründen herumzukommen. Deutlich etwa, wenn Loderer im Handelsblatt (15.4.) die Instinktlosigkeit der Metallkapitalisten kritisiert, die leichtfertig einen Streik provozierten: ,,Es gibt in der BRD einige fragwürdige Kräfte, denen ein Streik in den Kram paßt. Sie würden die Gelegenheit nützen, um sich anzubiedern und zu beteiligen. Das Klima ist ja ohnehin heiß genug." Das ist der sozialdemokratische Politiker. Aber die Möglichkeit, nur mit Warnstreiks und ohne Streik die Tarifauseinandersetzung zu führen, hängt nicht einfach vom Willen eines Loderer ab, sondern davon, was die Kapitalisten ohne Streik bieten, und ob die Gewerkschaftsmitglieder dies für ausreichend halten. Und das ist offensichtlich nicht der Fall.

Die Metallarbeiter sind erst dann in eine schwierige Situation durch den IGM-Vorstand gebracht worden, als dieser vor der weiteren Entfaltung der Streikbewegung (genau der Ankündigung der Einleitung von Urabstimmung für Streik) zurückschreckte und ohne sichtbaren Druck der Metallkapitalisten in den NRW-Verhandlungen die aufgestellte Forderung auf eine schlechte Kompromißforderung nach 4,9% und Einmalzahlungen zwischen 146 und 42 DM für die unteren Lohngruppen herunterbrachte. Damit war deutlich, daß der Vorstand nicht mehr die gesteckten Ziele der Tarifbewegung – Sicherung des Reallohnes sowie eine dauerhafte überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen – verfolgte. Für Gesamtmetall war weiter deutlich, daß der IGM-Vorstand vor einem Streik zurückscheute. Insofern konnten sie beruhigt die 4,9% ablehnen, denn sie konnten rechnen, diese Forderung noch weiter zu drücken, und nichts außer Streikaktionen der Belegschaften könnte sie auch tatsächlich daran hindern.

Es kann nicht darum gehen, sich zu streiten, ob man in Phasen der Hochkonjunktur nicht besser streiken könne als in Zeiten des Abschwungs. So steht die Alternative nicht. Es geht darum, daß ohne die Fähigkeit zum Streik die Kapitalisten mit den Arbeitern Fangball spielen würden. Dies wird nur in dem Maße verhindert, wie die Gewerkschaft ihre Streikfähigkeit unter Beweis stellt.

Der Fehler der Genossen besteht darin, Aktionen wie die der ,,neuen Beweglichkeit" in Gegensatz zu einem Streik zu bringen. Rotierende Abteilungsstreiks, Verweigerung von Überstunden, wie die Genossen analog der IGM-Bezirksleitung Stuttgart vorschlagen, sind bestimmt günstig zur Vorbereitung des Streiks. Aber sie werden ihn nicht ersetzen können. Und sie sind zum anderen, als betriebliche Aktionen, auch schwieriger durchzuführen als einheitliche Aktionen auf Ebene der ganzen Branche. Nicht umsonst existieren die Gewerkschaften in der BRD als überbetriebliche einheitliche Industriegewerkschaft, nicht umsonst werden die wesentlichen Arbeitsbedingungen tariflich – also für die ganze Branche – oder gar gesetzlich geregelt, statt auf der betrieblichen Ebene, die die einzelnen Belegschaften immer der Gefahr aussetzt, in die Konkurrenz ihres einzelnen Kapitalisten mit hineingezogen zu werden.

Während die Genossen im wesentlichen subjektive Gründe anführen für ihre Einschätzung der wenig erfolgreichen Aussichten eines Streiks, diese subjektiven Voraussetzungen aber gegenwärtig durch die Aktionen der ,,neuen Beweglichkeit" besser denn je sind, spricht auch die objektive Lage nicht gegen einen Streik. 1,3 Mio. Arbeitslose sind gewiß eine Last für die Arbeiterbewegung. Aber zur Zeit sind sie es nicht als Gefahr potentieller Streikbrecher etwa, sondern als kontinuierlich wirkende Konkurrenz um den Arbeitsplatz, d.h. als Druck auf das Lohnniveau, die Arbeitsbedingungen und -leistungen. Das macht ausreichende Schranken nötig, um die es im Kampf um die Tariflöhne aber gerade geht, und hierfür können auch die Arbeitslosen als Reserve des Kampfes gewonnen werden. Die Produktion ist insgesamt zurückgegangen, aber solange die Produktion überhaupt läuft, hat der Streik der Arbeiter auch Aussicht auf Erfolg. Ein Abbröckeln eines Streiks könnte nur die Folge leerer Streikkassen sein, aber daß diese leer sind, behauptet niemand. Zum anderen ist der Produktionsrückgang in der Metallindustrie zwar allgemein, aber doch höchst unterschiedlich. So berichtet das Statistische Landesamt für Baden-Württemberg, daß die Produktion im verarbeitenden Gewerbe im Februar gegenüber Januar um 16,4% und gar noch gegenüber dem Februar 1980 um 2,6% ausgeweitet wurde, darunter insbesondere im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe und im Maschinenbau (Handelsblatt 14.4.). Im Nordverbund, wo die Urabstimmung beantragt ist, ist die Werftindustrie vollständig konzentriert, die gegenüber dem Vorjahr ebenfalls die Produktion erheblich ausgeweitet hat. Überstunden sind dort die Regel, und auf vielen Werften stolpert man nur so über die Unmengen von angeheuerten Leiharbeitern. Hier, wo man einheitlich eine ganze Branche treffen würde, würde das Instrument der Kapitalisten, die Abwehraussperrung, relativ stumpf sein. So führte Dürr, 1978 Verhandlungsführer der baden-württembergischen Metallkapitalisten, auf der Mitgliederversammlung der BDA 1979 aus: ,,Ohne Abwehraussperrung ... ohne die Solidarität der aussperrenden Betriebe hätten die bestreikten Betriebe die Streiks nicht wochenlang auf sich genommen. Der unmittelbare Druck von außen – Kunden – wäre ungeheuer stark und damit langfristige Geschäftsbeziehungen in Mitleidenschaft gezogen worden". Wird ein Betrieb bestreikt, wandern die Auftraggeber zum nächsten – um die kapitalistische Konkurrenz, die ein selektiver Streik verschärft, hier im Verbandsinteresse der Kapitalisten einzuschränken und damit den Streik zum Teil ins Leere laufen zu lassen, ist die Aussperrung ein Mittel. Es muß aber in dieser Hinsicht stumpf werden, wenn eine ganze Branche einheitlich bestreikt wird, weil dann die Kunden zur ausländischen Konkurrenz zu wandern drohen.

Objektiv spricht nichts gegen die Möglichkeit der IG Metall, ihr taktisches Ziel – Sicherung des Reallohns, dauerhafte überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen – in dieser Tarifbewegung durch Streik durchzusetzen. Und daß die Metallkapitalisten sich in einer starken Position wähnen, die einfach so einen Streik wegstecken, ihn ins Leere laufen lassen könnten, dafür gibt es in ihren Taten keine Anzeichen. Eher umgekehrt. So kann man gewiß sein, daß sie nach der Tarifauseinandersetzung eine juristische Klärung des Rechts auf Abwehraussperrung als Antwort auf Warnstreiks anstreben werden. Nur, diesen Schritt praktisch gegenüber der Streikbewegung zu gehen, haben sie sich nicht getraut und dies gewiß nicht aus Rücksicht auf den Richter.

Kirchner, Hauptgeschäftsführer Gesamtmetalls, erklärte in der letzten Woche, ein Tarifabschluß ,,sei greifbar nahe, und keiner sei weniger an einem großen Arbeitskampf interessiert als die Arbeitgeber der Metallindustrie". (Handelsblatt 16.4.) Das kann man gewiß wörtlich nehmen. Die ganze Euphorie der Presse nach dem NRW-Kompromißangebot der IGM war hin, als die Große Tarifkommission NRW tags darauf die 4,9% ablehnte und zumindest eine Fünf verlangte. Auf einer Funktionärskonferenz in Ludwigsburg wurde statt 4,9% und Einmalzahlung die Durchsetzung von 107 DM mindestens für alle gefordert, und die Bezirksleitung Stuttgart wurde zur Beantragung von Urabstimmung beim Vorstand aufgefordert. ,,Eine wie auch immer beschaffene Basis nimmt der Gewerkschaftsführung das Heft aus der Hand und vereitelt jeden Abschluß, der vielleicht noch erträglich wäre, wenn auch gesamtwirtschaftliche bereits viel zu hoch", mokierte sich die Frankfurter Allgemeine (10.4.).

Das Beispiel der Bauindustrie steckt ihnen in den Knochen, und somit ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß es für eine Fünf vor dem Komma noch zu einem Streik kommen muß. Damit würde sich der IGM-Vorstand zufrieden geben. Zur Sicherung des Reallohnes werden die 5% nicht hinreichen. Wesentlicher als hier ein Streit um ein paar Zehntel (wo man schauen muß, für welche Abschlußhöhe der Prozentseite man sich zusammenschließen kann), ist die dauerhafte überproportionale Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen. Werden diese nicht überproportional angehoben, so droht das ganze Jahr über, bei einer industriellen Reservearmee von im Durchschnitt des Jahres 1,2 Mio. und zum Ende des Jahres 1,4 Mio., eine offene Flanke für das ganze Lohngefüge.

Zu niedrige tarifliche Mindestlöhne werden keine Schranke sein gegenüber den Kapitalisten, die über die Mobilisierung und Druck auf die Arbeitslosen die Konkurrenz gegenüber den Beschäftigten das ganze Jahr über schüren werden, um die Löhne effektiv weiter zu senken und die Arbeitsleistung hoch zu treiben. Umfassend können die Arbeitslosen nur in Konkurrenz zu den Angelernten gebracht werden. Aber setzen die Kapitalisten sich gegenüber diesem schwächsten Teil durch, dann wird kein Teil der Belegschaft ungeschoren bleiben. Können einem Teil der Belegschaft erst Rollschuhe in der Produktion untergeschnallt werden, dann gehören Rollschuhe bald zur Standardausrüstung in den Fabriken. Sowohl der Reallohnverlust wie die Konkurrenz der industriellen Reservearmee wirkt für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen überproportional. Gelingt es den Kapitalisten, ,,diese größere Differenzierung der Entlohnung zur Steigerung der Leistungsbereitschaft" durchzusetzen, dann haben sie mehr erreicht als mit einem Fünf-Prozent-Abschluß, wo mindestens sechs Prozent nötig wären. Sie hätten sich die Bedingung verschafft, das ganze Jahr mit maximaler Aussicht auf Erfolg an der Aufrollung des ganzen Lohnniveaus zu arbeiten, weil die tarifliche Schranke dagegen ohne Abschluß einer dauerhaften überproportionalen Anhebung der unteren Löhne und Gehälter schwach sein wird. Deshalb wird ein Abschluß über diese Forderungsseite nicht anders als durch Streik durchsetzbar sein. Aber dafür lohnt sich ein Streik auch allemal.

streik und Trittbrettfahrermentalität der einfachen Mitglieder schreiben. Sowas ist *dort* verbreitet. Funktionärsstreik ist Käse und trifft nicht den 1978er Streik. Noch viel weniger trifft dies, wenn man sich die heutigen Bedingungen für Streik anschaut: Über 1,7 Mio. Metallarbeiter haben inzwischen in Streikaktionen gestanden. Eine ausgezeichnete Vorbereitung für die aktive und geschlossene Durchführung eines Streiks und alles andere als Trittbrettfahrerhaltung. Bei den Aktionen der ,,neuen Beweglichkeit" wird oft übersehen, daß alle diese Aktionen *Streik*aktionen waren. Sie haben den Kapitalisten gekostet (wenngleich begrenzt) und der Mobilisierung aller Metallarbeiter und der ganzen Arbeiterbewegung *für* den Streik gedient. Nur darüber konnte ein Druck auf die Metallkapitalisten ausgeübt werden, der sie von ihrer produktivitätsorientierten 2,5%-Lohnlinie abrücken ließ. Diese Aktionen wurden in den vergangenen Jahren oft mit Vehemenz in den Tarifbewegungen von der klassenkämpferischen Strömung gefordert, *um* den Streik vorzubereiten, und konnten zumeist nur unzureichend verwirklicht werden. Warum sollen diese Aktionen jetzt, wo sie von dem Vorstand der IG Metall geführt werden, entweder nur ,,Dampfablassen" sein

die aufgestellte Forderung auf eine schlechte Kompromißforderung nach 4,9% und Einmalzahlungen zwischen 146 und 42 DM für die unteren Lohngruppen herunterbrachte. Damit war deutlich, daß der Vorstand nicht mehr die gesteckten Ziele der Tarifbewegung – Sicherung des Reallohnes sowie eine dauerhafte überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen – verfolgte. Für Gesamtmetall war weiter deutlich, daß der IGM-Vorstand vor einem Streik zurückscheute. Insofern konnten sie beruhigt die 4,9% ablehnen, denn sie konnten rechnen, diese Forderung noch weiter zu drücken, und nichts außer Streikaktionen der Belegschaften könnte sie auch tatsächlich daran hindern.

Es kann nicht darum gehen, sich zu streiten, ob man in Phasen der Hochkonjunktur nicht besser streiken könne als in Zeiten des Abschwungs. So steht die Alternative nicht. Es geht darum, daß ohne die Fähigkeit zum Streik die Kapitalisten mit den Arbeitern Fangball spielen würden. Dies wird nur in dem Maße verhindert, wie die Gewerkschaft ihre Streikfähigkeit unter Beweis stellt.

Der Fehler der Genossen besteht darin, Aktionen wie die der ,,neuen Beweglichkeit" in Gegensatz zu einem Streik zu bringen. Rotierende Abtei-

nuierlich wirkende Konkurrenz um den Arbeitsplatz, d.h. als Druck auf das Lohnniveau, die Arbeitsbedingungen und -leistungen. Das macht ausreichende Schranken nötig, um die es im Kampf um die Tariflöhne aber gerade geht, und hierfür können auch die Arbeitslosen als Reserve des Kampfes gewonnen werden. Die Produktion ist insgesamt zurückgegangen, aber solange die Produktion überhaupt läuft, hat der Streik der Arbeiter auch Aussicht auf Erfolg. Ein Abbröckeln eines Streiks könnte nur die Folge leerer Streikkassen sein, aber daß diese leer sind, behauptet niemand. Zum anderen ist der Produktionsrückgang in der Metallindustrie zwar allgemein, aber doch höchst unterschiedlich. So berichtet das Statistische Landesamt für Baden-Württemberg, daß die Produktion im verarbeitenden Gewerbe im Februar gegenüber Januar um 16,4% und gar noch gegenüber dem Februar 1980 um 2,6% ausgeweitet wurde, darunter insbesondere im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe und im Maschinenbau (Handelsblatt 14.4.). Im Nordverbund, wo die Urabstimmung beantragt ist, ist die Werftindustrie vollständig konzentriert, die gegenüber dem Vorjahr ebenfalls die Produktion erheblich ausgeweitet hat. Überstunden sind dort die Regel, und

dauerhafte überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen – in dieser Tarifbewegung durch Streik durchzusetzen. Und daß die Metallkapitalisten sich in einer starken Position wähnen, die einfach so einen Streik wegstecken, ihn ins Leere laufen lassen könnten, dafür gibt es in ihren Taten keine Anzeichen. Eher umgekehrt. So kann man gewiß sein, daß sie nach der Tarifauseinandersetzung eine juristische Klärung des Rechts auf Abwehraussperrung als Antwort auf Warnstreiks anstreben werden. Nur, diesen Schritt praktisch gegenüber der Streikbewegung zu gehen, haben sie sich nicht getraut und dies gewiß nicht aus Rücksicht auf den Richter.

Kirchner, Hauptgeschäftsführer Gesamtmetalls, erklärte in der letzten Woche, ein Tarifabschluß ,,sei greifbar nahe, und keiner sei weniger an einem großen Arbeitskampf interessiert als die Arbeitgeber der Metallindustrie". (Handelsblatt 16.4.) Das kann man gewiß wörtlich nehmen. Die ganze Euphorie der Presse nach dem NRW-Kompromißangebot der IGM war hin, als die Große Tarifkommission NRW tags darauf die 4,9% ablehnte und zumindest eine Fünf verlangte. Auf einer Funktionärskonferenz in Ludwigsburg wurde statt 4,9% und Einmalzahlung

kurrenz zu den Angelernten gebracht werden. Aber setzen die Kapitalisten sich gegenüber diesem schwächsten Teil durch, dann wird kein Teil der Belegschaft ungeschoren bleiben. Können einem Teil der Belegschaft erst Rollschuhe in der Produktion untergeschnallt werden, dann gehören Rollschuhe bald zur Standardausrüstung in den Fabriken. Sowohl der Reallohnverlust wie die Konkurrenz der industriellen Reservearmee wirkt für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen überproportional. Gelingt es den Kapitalisten, ,,diese größere Differenzierung der Entlohnung zur Steigerung der Leistungsbereitschaft" durchzusetzen, dann haben sie mehr erreicht als mit einem Fünf-Prozent-Abschluß, wo mindestens sechs Prozent nötig wären. Sie hätten sich die Bedingung verschafft, das ganze Jahr mit maximaler Aussicht auf Erfolg an der Aufrollung des ganzen Lohnniveaus zu arbeiten, weil die tarifliche Schranke dagegen ohne Abschluß einer dauerhaften überproportionalen Anhebung der unteren Löhne und Gehälter schwach sein wird. Deshalb wird ein Abschluß über diese Forderungsseite nicht anders als durch Streik durchsetzbar sein. Aber dafür lohnt sich ein Streik auch allemal.

Erfahrungen der dänischen Arbeiterbewegung mit dem automatischen Inflationsausgleich

bag.Aarhus. Im jetzigen Tarifkampf in Dänemark zielte eine der Forderungen des Kapitalistenverbandes (DA) auf die Abschaffung des automatischen Inflationsausgleichs. Die Kapitalisten der Metallindustrie hatten diese Forderung sogar an die erste Stelle gesetzt: ,,Die tariflichen Abkommen über den Teuerungsausgleich werden annulliert." Der Verband der Druckereikapitalisten forderte von den Typographen, daß sie auf ihre nach einem besonderen System durchgeführte halbjährliche automatische Lohnanpassung verzichten. Diese Angriffe konnten bisher erfolgreich zurückgewiesen werden bzw. werden von den jetzt ausgesperrten Typographen entschlossen bekämpft. Wie funktioniert das System des automatischen Inflationsausgleichs und wie hat es sich bisher im Kampf um den Reallohn in Dänemark ausgewirkt?

Einen automatischen Inflationsausgleich gibt es in Dänemark seit 1939. Kern der Sache ist das Bestreben, der Aushöhlung des Lohns durch Preissteigerungen während der Laufzeit der Tarifverträge entgegenzuwirken, indem die Preissteigerungen mit sogenannten Teuerungszuschlägen kompensiert werden. Zur Berechnung der Zuschläge wird von einem Indexsystem über die Ausgaben für Lebensmittel, Kleidung, Wohnung, Transport, Gesundheitspflege, Freizeit und Unterhaltung ausgegangen, berechnet auf eine Durchschnittsfamilie von Lohnabhängigen. Eine Steigerung von drei Punkten dieses Index löst zur Zeit jeweils eine ,,Portion" Teuerungszulage aus. Diese Zulage besteht aus einem Festgeldbetrag, der 1975 0,40 Kr./St. war und heute 0,90 beträgt. Eine Erhöhung auf 1,10 Kr. konnte in der diesjährigen Tarifbewegung nicht durchgesetzt werden. Das System gilt auch für die Renten, d.h. diese sind ,,inflationsgesichert". Die Beschäftigten der öffentlichen Dienste werden zu 75% an die Teuerungszuschläge angeglichen, mit der sogenannten Taktregulierung. Sie bekommen also, grob gerechnet, Dreiviertel des jeweiligen Ausgleichs. Dies wurde zu einem Zeitpunkt eingeführt, als die Löhne im öffentlichen Dienst durchschnittlich höher waren als in Industrie, Handel und der übrigen Privatwirtschaft.

Zweifellos trägt dieses System mit dazu bei, die Tendenz der Reallohnsenkung, die durch die hohen Inflationsraten (heute ca. 11%) und die relativ lange Laufzeit der Tarifverträge in diesem Land besonders scharf ist, zu bremsen, und es hat insofern eine positive Funktion. Positiv ist sicher auch, daß durch die Auszahlung in Festgeld ein Element in die Lohnzusammensetzung kommt, das weiterer Lohnspreizung entgegenwirkt und die unteren Lohngruppen überdurchschnittlich anhebt. Nach Berechnungen der LO, die mir leider nur für die Jahre 1964 – 1969 vorliegen, betrug der Anteil der Lohnerhöhungen durch den automatischen Inflationsausgleich an der Gesamtlohnerhöhung bei Facharbeitern 26%, bei ungelernten Arbeitern 29%, bei Frauen (auch in Dänemark traditionelle Leichtlohngruppen) 40%. Positiv ist zweifellos auch die automatische Erhöhung der Renten. Und als positiv ist schließlich wohl auch zu werten, daß die Automatik der Lohnerhöhungen Kräfte spart: man kann auf eine Reihe aufreibender Kleinkriege zwischen den Tarifverhandlungen verzichten, seine Kräfte auch für anderes als Lohnkämpfe einsetzen.

Das System hat jedoch mehrere Haken. Das ist besonders in den letzten Jahren deutlich geworden, wo der Reallohn trotz der Teuerungszuschläge laufend gesunken ist und die Kleinkriege in Form von Streiks um innerbetriebliche Zulagen zwischen den Tarifverhandlungen nicht ab-, sondern zugenommen haben.

Erstens haben die Kapitalisten und der öffentliche Dienstherr unter Hinweis auf die automatischen Teuerungszuschläge ständig relativ niedrige Lohnabschlüsse durchsetzen können. Zweitens gibt es viele Möglichkeiten, am Preisindex zu drehen. So wurde auf der Grundlage eines Regierungsbeschlusses Anfang 1980 z.B. der Posten Öl aus der Indexrechnung entfernt. Allein die Preissteigerung bei dieser Ware hätte mehrere Zuschläge innerhalb kurzer Abstände fällig werden lassen.

Drittens: die Regierung kann überhaupt beliebig in dieses System eingreifen, wie sie in Dänemark insgesamt die Möglichkeit hat, sich in die Lohnabschlüsse zu mischen. Sie hat dies in den letzten Jahren auch ausgiebig getan und zwar immer zugunsten der Kapitalisten. Ein wichtiger Punkt des staatlichen Lohndiktats im Dezember 1979 bestand darin, daß die fälligen ,,Portionen" ,,eingefroren" wurden, wie es hieß. Drei Zuschläge gingen den Lohnabhängigen dadurch verloren. Die Forderungen von großen Teilen der Gewerkschaftsbewegung nach ihrer sofortigen Auszahlung wurden nicht erfüllt.

Viertens wird der Posten Wohnung weit niedriger veranschlagt, als er wirklich ist, indem Eigentumswohnungen wie Mietwohnungen behandelt werden. Durch die staatliche Steuerpolitik, die zur Verschuldung einlädt, und durch fehlende Mietwohnungen wurden in den letzten Jahren immer mehr Lohnabhängige zum Kauf von Wohnungen gezwungen. Sie haben dadurch hohe reale Kosten, vor allem wegen der beim Wohnungskauf für die meisten fälligen Bankkredite, deren Zinsen rund 15% betragen. Diese Kosten werden durch die Gleichstellung von Eigentumswohnungen mit Mietwohnungen aus dem Preisindex herausgehalten und notwendige Lohnzuschläge dadurch verhindert oder zumindest vermindert.

Fünftens gilt das System, wie gesagt, nur für Beschäftigte der Privatwirtschaft. Die Löhne im öffentlichen Dienst in Dänemark sind jedoch seit ca. 10 Jahren nicht mehr wesentlich höher als in der Privatwirtschaft, und das bedeutet, daß die sogenannte Taktregulierung von nur 75% Inflationsausgleich sich inzwischen direkt als Faktor der Reallohnsenkung auswirkt. Nach Berechnungen von AC (Zentralorganisation der Akademiker) ist der Reallohn in diesem Bereich 1975 bis 1980 um 13% in den unteren Lohngruppen, um 27% in den höchsten gefallen. Viele Gewerkschaften der öffentlichen Dienste haben deshalb im diesjährigen Tarifkampf eine ,,Taktregulierung" um 100%, d.h. den gleichen automatischen Inflationsausgleich wie in der Privatwirtschaft gefordert. Sie haben dabei einen Teilerfolg erreicht: die Taktregulierung wurde auf 85% heraufgesetzt.

Der größte Haken dieses Inflationsausgleichs in Dänemark ist jedoch, daß die Preisberechnung Steuern und Abgaben heraushält. 1967 wurde in Dänemark die Mehrwertsteuer eingeführt. Sie beträgt inzwischen rund 22%. Das heißt, daß schon von daher die Inflation nur zu rund Dreiviertel ausgeglichen wird.

Die Forderungen der Gewerkschaften in den letzten Jahren zielen verstärkt auf eine Verbesserung des automatischen Inflationsausgleiches in dem Sinn, daß er die wirklichen Kosten decken soll. Eine Beseitigung dieses Systems wird hier, trotz seiner Mängel, nicht diskutiert. Daran haben offensichtlich nur die Kapitalisten ein Interesse, wie die Forderungen von DA auch im diesjährigen Tarifkampf zeigten. Darauf deutet auch der kürzlich gefällte Spruch der EG-Finanzminister und Notenbankchefs gegen das Indexsystem des automatischen Inflationsausgleichs. Sie berieten eine EG-Gesetzgebung, ,,die Maßnahmen gegen die starre Indexierung vorsieht, wenn die nationalen Regierungen nichts dagegen unternehmen" (FAZ 6.4.).

„Eine Stadt in Bewegung“

Ein Einblick in die Kämpfe der Jugend in Zürich

acm. Der Kampf der Jugend in der Schweiz, insbesondere Zürich, hat einen gewissen Symbolwert. Zum einen wohl wegen des spektakulären Kampfes um AJZ's und weil diese Auseinandersetzungen als Vorboten erschienen für die anderen europäischen Länder und auch die ihnen zugrunde liegenden Gemeinsamkeiten. Das andere, was den Symbolwert ausmacht, liegt darin, daß es sich um die Schweiz handelt. Man konnte sich diesen explosionsartigen Ausbruch der Kämpfe so recht in der Schweiz nicht vorstellen. Man ging eher davon aus, daß es dort recht ruhig und bieder zugeht – „eidgenössisch“ halt. Welche ausgereiften Widersprüche sich durch die Entwicklung des Kapitalismus aufgehäuft haben, das lag einem nicht so auf der Hand.

In dem jüngst erschienenen Buch: „Eine Stadt in Bewegung. Materialien zu den Zürcher Unruhen“, herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei (SP) der Stadt Zürich *, erhält man einen Eindruck über die Verhältnisse und die Widerspruchslage in der Schweiz. Die SP – stärkste Partei in Zürich, aber nicht die Mehrheit als Fraktion – hat diese Dokumentation über den Zeitraum von März bis Dezember 1980 vorgenommen. Vom Juli bis September '80 hatte sie die Trägerschaft des AJZ in Zürich übernommen, bis das AJZ auf Geheiß des Stadtrates gewaltsam durch die Polizei besetzt und geschlossen wurde. Das Buch ist weniger eine Positionsbeschreibung der SP als eine Sammlung von Zeitungsartikeln, Leserbriefen, Flugblättern der Bewegung und Fotos; mit einem Anhang, der ausführliches Material über Rechtsfront und Rechtslage und Versuche der Kriminalisierung der Bewegung enthält. Mehrere Essays von Schriftstellern, Reportern und Politikern der Schweiz wie auch ausländischer Autoren, stellen den Versuch dar, Ursachen und Entwicklung der Jugendbewegung darzulegen.

„Als Aussenstehender kann man sich nur schwer vorstellen, wie weit und fest dieses alte Gitterwerk von Machtstellungen im Staate, in den Kantonen, in den Städten und Gemeinden gebaut ist. Die Verflechtungen von Industrie, Wirtschaft, Banken, Wissenschaft (an den Hochschulen) und Militär sind in diesem kleinen Land, in dem jeder jeden kennt, von einer Dichte und Undurchsichtigkeit, die das Herz jedes eingefleischten Befehlshabers höher schlagen lassen müßte. Die Kontrolle ist total – und oft genug ist sie brutal“, schreibt R. Stumm (S. 42). Und O.F. Walter über Zürich: „Warum aber gerade hier? Reden wir einmal nicht von der puritanisch-zwinglianischen Tradition und ihrem Obrigkeitsdenken – obwohl sie auch eine Rolle spielt. Reden wir aber von Zürich als dem Zentrum und Gehirn der Großindustrie, des internationalen Finanzkapitals, des Goldmarkts. ... Sie alle brauchen für ihr stilles Wirken Ruhe und Ordnung, nicht allein in den Computeranlagen, sondern auch im Umfeld – auf den Straßen und Plätzen, in den Wohnungen und den Schlafzimmern von Zürich. Aber auch noch zusätzlich in den Zeitungen und in den Schulen und in den Köpfen, ja, sogar, Ruhe und Ordnung in unseren Träumen.“

In den Essays spiegeln sich die philosophischen Anschauungen über Besonderheiten Schweizer Erziehung und „Entartung der Demokratie“ wieder. Wo Volksabstimmungen bei Gesetzesvorlagen durchgeführt werden, aber meist nur 20–30% der Stimmberechtigten teilnehmen und die Autoren letztendlich „Machtlosigkeit“ und „politische Apathie“ in der Schweiz feststellen, da gewinnt man einen starken Eindruck von der Atmosphäre in der Schweiz, und Ansätze für den gewaltigen Aufbruch der Jugendbewegung werden sichtbar.

Gleichwohl ist das Buch kaum analytisch, und ideologisch ist es bestimmt durch die Anschauung der Sozialdemokratie, daß Gewalt prinzipiell kein Mittel der Auseinandersetzung und nicht zu rechtfertigen sei, aber eben von den „Ordnungskräften“ provoziert. *Daraus* wird der gerechte Standpunkt der Jugend hergeleitet. Demgegenüber kommt die Bewegung nicht direkt zu Wort, was die Herausgeber aber auch selber als Mangel feststellen.

Der Titel des Buches, „Eine Stadt in Bewegung“, trifft zu und das Buch vermittelt dies auch anschaulich. Wie die Jugendbewegung an Kräften gewinnt, mehr und mehr gesellschaftliche Gruppen „in Bewegung geraten“ und eine zunehmende Polarisierung und Frontbildung erzeugt wird. Man spürt etwas von der „schweizerischen Widerspruchslage“, die sich in den letzten Jahren entwickelt hat und in der mancher Autor auch die Anfänge einer Wende, erneuter revolutionärer Entwicklung sieht.

* 276 Seiten, 16,80 DM. Zu beziehen über: Prolit Buchvertrieb GmbH, Postfach 66, 6304 Lollar.



56,2% Durchfaller – Das ist der Gipfel!

VDS-Fachkonferenz legt Forderungen fest / 2000 demonstrieren in Berlin, um Forderungen Nachdruck zu verleihen

dod. Am 3.4. wurde es bekannt: 58% (später korrigiert auf 56,2%) aller Medizinstudenten, die an der Ärztlichen Vorprüfung (Physikum) teilgenommen haben, sind durchgefallen, nicht berücksichtigt sind die, die nach einem Tag der zweitägigen Prüfung abgebrochen haben, was eine weitere Erhöhung dieser Werte bedeuten würde.

Sämtliche Prüfungen, die bei 60% Richtigantworten als bestanden gelten, werden abgenommen vom Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP) in Mainz. Das Prinzip des IMPP: 130 Professoren aus dem ganzen Bundesgebiet schicken Prüfungsfragen nach Mainz, die dort vom Computer sortiert und zusammengestellt werden. Herr Krämer, Leiter des IMPP, sagte schon vor Jahren, daß sich Prüfungsergebnisse bis auf einige Prozente genau errechnen ließen.

Die 60%-Bestehensregel existiert seit dem Herbst 1979 als Folge der 2. AO(Approbations-ordnung für Ärzte)-Novelle, vorher galt eine 50%-Bestehensregel und eine 18%-Gleitklausel, welche besagt, daß auch diejenigen bestanden haben, die um 18% unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Die Entwicklung der Durchfallquoten seit der Einführung der 2. AO-Novelle: Herbst 79: 24,4%; Frühjahr 80: 18%; Herbst 80: 10,8%; Frühjahr 81: 56,2%. Diese schwankenden Prüfungsergebnisse zeigen deutlich, daß von einem Gleichheitsgrundsatz keinesfalls die Rede sein kann.

Aufgrund dieser Ergebnisse wurde für Sonntag, 12.4.81, eine außerordentliche VDS-Fachtagung einberufen, um bundeseinheitliche Aktionen und Forderungen festzulegen. Hauptforderung ist die sofortige und rückwirkende Wiedereinführung der 18%-Gleitklausel. Dieses würde die Durchfallquote von 56,2% auf 19% senken. Das Bundesgesundheitsministerium unter Leitung von Antje Huber bietet dagegen – inoffiziell – eine Streichung von 30 Fragen, was die Quote auf 28% senken würden, ohne jedoch grundlegende Änderungen des Prüfungssystems in Kauf nehmen zu müssen. Eine solche einmalige Regelung würde eine noch genauere Steuerung der Prüfungsergebnisse erlauben, es könnte zur Gewohnheit werden, durch Streichung von Fragen die Ergebnisse derartig zu korrigieren, um eine noch „vertretbare“ Durchfallquote, aber eine weit höhere als vorher, zu erzielen. Dies wäre durchaus im Interesse sowohl der ärztlichen Standesorganisationen als auch im Zusammenhang zu sehen mit dem Kostendämpfungsgesetz. Von der VDS-Fachtagung wurde den Länder-Gesundheits- und Sozialministerien eine Frist bis zum 26.4.81 gesetzt, um die Forderungen nach der Wiedereinführung der 18%-Gleitklausel und nach Sofortmaßnahmen für die betroffenen Durchfaller zu erfüllen. Andernfalls wird auf einer VDS-Fachtagung am 26.4. über Urabstimmung zum bundesweiten Streik beschlossen.

Am Mittwoch, 15.4.81, tagte in Berlin eine Arbeitsgruppe zur Gesundheitsministerkonferenz. Aus diesem Anlaß fand eine Demonstration unter Beteiligung von 2000 Medinzinstudenten aus dem gesamten Bundesgebiet statt, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen und auf einen Beschluß dieser Arbeitsgruppe hinzuwirken. Eine Delegation von 20 Vertretern verschiedener Mediziner-Fachschaften wurde vorgelassen, nachdem das Erdgeschoß des Tagungsgebäudes besetzt wurde, um lediglich zu erfahren, daß diese Arbeitsgruppe nichts beschließen könne und die Forderungen der Studenten zur Kenntnis genommen würden. Der einzige Beschluß, der von diesem Gremium gefaßt wurde, war die Einrichtung einer unabhängigen Sachverständigenkommission zur raschen Überprüfung und Erklärung der Umstände, die zu diesem Prüfungsergebnis führen konnten.

Eine Stellungnahme zu den Forderungen wurde von keinem Vertreter abgegeben. Es sei aber „eine durchaus ernste Situation, aus der Konsequenzen gezogen werden müssen, um schwerwiegende Folgen zu vermeiden.“ (Frau Mattheis, Berliner Senat) Es gäbe auch „keine rechtliche Grundlage zur Wiedereinführung der 18%-Gleitklausel“. (Dieckmann, Berliner Senat) Mit einem solchen Ergebnis der Verhandlungen und einer derartigen Verschärfung der Prüfungen werden sich die Studenten nicht abfinden.

vol. Mit dem 7. Änderungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz setzt die Bundesregierung konsequent ihren Weg fort, den Zugang zu den

Änderungen beim BAföG: Einschränkung

Bundesregierung ausdrücklich eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes bekräftigt, daß nach § 1612 BGB die Eltern berechtigt sind, die Art der Un-

besetzt und geschlossen wurde. Das Buch ist weniger eine Positionsbeschreibung der SP als eine Sammlung von Zeitungsartikeln, Leserbriefen, Flugblättern der Bewegung und Fotos; mit einem Anhang, der ausführliches Material über Rechtsfront und Rechtslage und Versuche der Kriminalisierung der Bewegung enthält. Mehrere Essays von Schriftstellern, Reportern und Politikern der Schweiz wie auch ausländischer Autoren, stellen den Versuch dar, Ursachen und Entwicklung der Jugendbewegung darzulegen.

„Als Aussenstehender kann man sich nur schwer vorstellen, wie weit und fest dieses alte Gitterwerk von Machtstellungen im Staate, in den Kantonen, in den Städten und Gemeinden gebaut ist. Die Verflechtungen von Industrie, Wirtschaft, Banken, Wissenschaft (an den Hochschulen) und Militär sind in diesem kleinen Land, in dem jeder jeden kennt, von einer Dichte und Undurchsichtigkeit, die das Herz jedes eingefleischten Befehlshabers höher schlagen lassen müßte. Die Kontrolle ist total – und oft genug ist

lytisch, und ideologisch ist es bestimmt durch die Anschauung der Sozialdemokratie, daß Gewalt prinzipiell kein Mittel der Auseinandersetzung und nicht zu rechtfertigen sei, aber eben von den „Ordnungskräften“ provoziert. Daraus wird der gerechte Standpunkt der Jugend hergeleitet. Demgegenüber kommt die Bewegung nicht direkt zu Wort, was die Herausgeber aber auch selber als Mangel feststellen.

Der Titel des Buches, „Eine Stadt in Bewegung“, trifft zu und das Buch vermittelt dies auch anschaulich. Wie die Jugendbewegung an Kräften gewinnt, mehr und mehr gesellschaftliche Gruppen „in Bewegung geraten“ und eine zunehmende Polarisierung und Frontbildung erzeugt wird. Man spürt etwas von der „schweizerischen Widerspruchslage“, die sich in den letzten Jahren entwickelt hat und in der mancher Autor auch die Anfänge einer Wende, erneuter revolutionärer Entwicklung sieht.

* 276 Seiten, 16,80 DM. Zu beziehen über: Prolit Buchvertrieb GmbH, Postfach 66, 6304 Lollar.

Richtigantworten als bestanden gelten, werden abgenommen vom Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP) in Mainz. Das Prinzip des IMPP: 130 Professoren aus dem ganzen Bundesgebiet schicken Prüfungsfragen nach Mainz, die dort vom Computer sortiert und zusammengestellt werden. Herr Krämer, Leiter des IMPP, sagte schon vor Jahren, daß sich Prüfungsergebnisse bis auf einige Prozente genau errechnen ließen.

Die 60%-Bestehensregel existiert seit dem Herbst 1979 als Folge der 2. AO(Approbations-ordnung für Ärzte)-Novelle, vorher galt eine 50%-Bestehensregel und eine 18%-Gleitklausel, welche besagt, daß auch diejenigen bestanden haben, die um 18% unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Die Entwicklung der Durchfallquoten seit der Einführung der 2. AO-Novelle: Herbst 79: 24,4%; Frühjahr 80: 18%; Herbst 80: 10,8%; Frühjahr 81: 56,2%. Diese schwankenden Prüfungsergebnisse zeigen deutlich, daß von einem Gleichheitsgrundsatz keinesfalls die Rede sein kann.

unter Leitung von Antje Huber bietet dagegen – inoffiziell – eine Streichung von 30 Fragen, was die Quote auf 28% senken würden, ohne jedoch grundlegende Änderungen des Prüfungssystems in Kauf nehmen zu müssen. Eine solche einmalige Regelung würde eine noch genauere Steuerung der Prüfungsergebnisse erlauben, es könnte zur Gewohnheit werden, durch Streichung von Fragen die Ergebnisse derartig zu korrigieren, um eine noch „vertretbare“ Durchfallquote, aber eine weit höhere als vorher, zu erzielen. Dies wäre durchaus im Interesse sowohl der ärztlichen Standesorganisationen als auch im Zusammenhang zu sehen mit dem Kostendämpfungsgesetz. Von der VDS-Fachtagung wurde den Länder-Gesundheits- und Sozialministerien eine Frist bis zum 26.4.81 gesetzt, um die Forderungen nach der Wiedereinführung der 18%-Gleitklausel und nach Sofortmaßnahmen für die betroffenen Durchfaller zu erfüllen. Andernfalls wird auf einer VDS-Fachtagung am 26.4. über Urabstimmung zum bundesweiten Streik beschlossen.

schiedener Mediziner-Fachschaften wurde vorgelassen, nachdem das Erdgeschoß des Tagungsgebäudes besetzt wurde, um lediglich zu erfahren, daß diese Arbeitsgruppe nichts beschließen könne und die Forderungen der Studenten zur Kenntnis genommen würden. Der einzige Beschluß, der von diesem Gremium gefaßt wurde, war die Einrichtung einer unabhängigen Sachverständigenkommission zur raschen Überprüfung und Erklärung der Umstände, die zu diesem Prüfungsergebnis führen konnten.

Eine Stellungnahme zu den Forderungen wurde von keinem Vertreter abgegeben. Es sei aber „eine durchaus ernste Situation, aus der Konsequenzen gezogen werden müssen, um schwerwiegende Folgen zu vermeiden.“ (Frau Mattheis, Berliner Senat) Es gäbe auch „keine rechtliche Grundlage zur Wiedereinführung der 18%-Gleitklausel“. (Dieckmann, Berliner Senat) Mit einem solchen Ergebnis der Verhandlungen und einer derartigen Verschärfung der Prüfungen werden sich die Studenten nicht abfinden.

Änderungen beim BAföG: Einschränkung von Schulausbildung und Hochschulzugang

Reale Senkung der BAföG-Zahlungen / Ausdehnung der Schikane

vol. Mit dem 7. Änderungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz setzt die Bundesregierung konsequent ihren Weg fort, den Zugang zu den weiterführenden Schulen und zu den Hochschulen wieder ausschließlich zu einer Frage des Einkommens der Eltern zu machen. „Der soziale Kern wird nicht angenagt“, so oder ähnlich hat die bürgerliche Presse den Entwurf kommentiert, und die Frankfurter Rundschau hat sogar angedeutet, Bundesbildungsminister Engholm – als ehemaliger Schriftsetzer und anschließender Akademiker sozusagen der Prototyp der „Chancengleichheit“ – trage sich mit Rücktrittsgedanken, falls ihm noch weitere Mittel aus dem Etat gestrichen werden. Vor protestierenden Studenten von GEW und vds in Bonn hat er sich dann als der General ohne ausreichende „Bildungs“truppen in Pose gesetzt und behauptet, einige Verschlechterungen müßte man halt hinnehmen in der gegenwärtigen Lage, das Wesentliche habe aber Bestand im BafÖG.

Das bisherige Ergebnis der BafÖG-Novellierungen der Sozialliberalen unter ihren diversen Bildungsministern ist: bei den Schülern ist die Zahl der geförderten Schüler von 225000 (31,3%) 1972 auf 490000 (34,2%) gestiegen, bei den Studenten von 270000 auf 345000 in absoluten Zahlen gestiegen, während der Anteil der geförderten Studenten von 44,6% auf 35,6% aller Studenten gefallen ist. Auch die Schülerzahl drückt in Wirklichkeit ein Sinken des Anteils der ursprünglich Geförderten aus. Seit 1978 werden auch die Schüler in Klasse 10 von Berufsfachschulen und Berufsvorbereitungs- bzw. Berufsgrundbildungsjahren gefördert. Dies sind inzwischen mehr als 120000 Schüler, deren Zugang zu den bisher Geförderten den Rückgang auf anderen weiterführenden Schulen verdecken. Unter der Hand wird die Ausbildung der schulischen Vorbereitung auf eine Facharbeiterausbildung, bzw. die Kaschierung der Jugendarbeitslosigkeit durch Kürzungen bei der Förderung der Studenten und Oberschüler finanziert. Diese Unterstützung des 10. Schuljahrs an Berufsfachschulen ist aber auch nur bis Juli 1983 befristet, sodaß das soziale Make-up eventuell dann mit einem Schlag beseitigt werden kann.

Als Hauptgrund nennt der Vierte Bericht der Bundesregierung zur Überprüfung der Bedarfssätze für die Notwendigkeit der Einfrierung der Haushaltsansätze ab 1981 bei 2,4 Mrd. DM (Bund) die Steigerung von 15,1% der Ausgaben im letzten Jahr. Diese Steigerung der Ausgaben ist nur das Spiegelbild der oben skizzierten Ausdehnung der Förderung auf die Berufsausbildung. Der durchschnittliche Förderungsbetrag der Schüler und Studenten dagegen ist real seit Beginn der Förderung 1971 um 15% gesunken, verglichen mit der Nettoeinkommensentwicklung der Lohnabhängigen um mehr als 40%.

Jetzt soll die vorgeschriebene Anpassung des BafÖG an Inflation und Einkommensentwicklung vom Herbst 81, wie sie gesetzlich vorgeschrieben ist, auf April 82 verschoben werden. Die BafÖG-Zahlungen sind zum letzten Mal Oktober 1979 erhöht worden. Die jetzt geplante Verschiebung und die Niedrigkeit der Erhöhungen der Zahlungen zwischen 4,3 und 6,3% werden bei einer Infaltion von ca. 14% von Oktober 1979 bis März 1982 eine reale Senkung von ca. 8 bis 10% bedeuten. Die gleichzeitige entsprechende Verschiebung der Erhöhung eines Teils der Elternfreibeträge von ca. 10,2% wird eine weitere Senkung der Zahl der Empfänger von BafÖG nach sich ziehen, da die Nettoeinkommen der Lohnabhängigen in dieser Zeit um 11% durchschnittlich gestiegen sind.

Dies sind die allgemeinen Kürzungen, die besondere Gemeinheit und die sozialen Interessen, die Engholm und die Bundesregierung mit diesem Änderungsgesetz vertreten, offenbaren sich aber noch deutlicher in den weiteren Änderungen. Der Freibetrag für Kinder vom Einkommen der Eltern, der bisher bei 10% lag, soll in seiner absoluten Höhe auf 50 DM begrenzt werden, d.h. ab einem Einkommen der Eltern über 500 DM können pro Kind nur noch 50 DM Freibetrag angesetzt werden, was maximal dem Kindergeld entspricht, bei mehreren Kindern sogar zur zusätzlichen Senkung der BafÖG-Zahlung durch das Kindergeld führt. Der einzige Elternfreibetrag, der nicht erhöht wird, ist der, wenn beide Eltern arbeiten, er bleibt bei 185 DM. Weiterhin werden bei allen Fällen der elternunabhängigen Förderung – dies sind insbesondere diejenigen, die nach der Berufsausbildung eine weitere Ausbildung machen (Realschule, Gymnasium etc. –) die Kindergeldbeträge jetzt von der Förderung abgezogen. Dies wird eine entsprechende generelle Senkung bei allen, die über den sogenannten zweiten Bildungsweg gehen, bewirken (ab 50 DM aufwärts).

Dritte Gemeinheit ist, daß die bisherige Möglichkeit eines Schülers oder Studenten, bei Nichtzahlung der Eltern, eine Vorauszahlung beim BafÖG-Amt zu beantragen, davon abhängig gemacht wird, daß er vorher seine Eltern auf Zahlung des Kindergelds verklagt hat und gewonnen hat. Weiterhin wird BafÖG nicht mehr rückwirkend, sondern nur noch vom Datum der Antragstellung her gezahlt. Dann, alle Beträge werden abgerundet statt aufgerundet. Von großer Tragweite ist die Einschränkung einer weiteren Ausbildung nach einem ersten Hochschulabschluß nur noch zur Weiterbildung in der schon gewählten Fachrichtung. Dies bedeutet insbesondere für die Fachhochschüler, daß sie nur noch in Ausnahmefällen ihre Ausbildung an der Universität – nämlich nur im gleichen Fach – fortsetzen können. Weiter, jeder, der nach Abitur oder abiturähnlichem Abschluß eine Lehre macht und dann studiert, erhält nur noch Darlehensförderung.

In zwei Fragen hat sich die Bundesregierung direkt an die Spitze der politischen Reaktion gestellt. Bisher bestand nach dem Gesetz die Möglichkeit, bei dauernder Trennung von einem Ehepartner unabhängig vom Einkommen des Ehepartners die Förderng zu beantragen. Dies ist jetzt beseitigt und das bürgerliche Eherecht wieder zur Geltung gekommen. Dazu hat die Bundesregierung ausdrücklich eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes bekräftigt, daß nach § 1612 BGB die Eltern berechtigt sind, die Art der Unterhaltsleistung auch gegenüber dem volljährigen unverheirateten Kind (?) zu bestimmen. Dies bezieht sich nicht nur auf den Wohnort, sondern geht bis dahin, daß die Eltern keine Bargeldzahlungen zu leisten brauchen, weil sie damit ihren „weitergehenden Einfluß auf die Lebensführung des Kindes“ verlieren.

Was sich die Bundesregierung als Bonbon überlegt hat, um die Kritik an ihrer Politik irrezuleiten, nämlich die Streichung der Möglichkeit des Absetzens von Sonderausgaben und Sonderabschreibungen beim Einkommensbegriff des BafÖG, ist alles andere als eine soziale Großtat. Unfreiwillig wird durch diese Änderung nur belegt, daß das angebliche Progressivsteuersystem in der BRD die Reichen begünstigt, weil sie diese Sonderausgaben etc. absetzen können und so ihr Nettoeinkommen und ihre Steuerzahlung unterhalb der der meisten Arbeiter liegt.

Die jetzigen Änderungen des BafÖG sind ein weiterer Schritt, die bürokratische Kontrolle auszudehnen und den Zugang zur Universität bzw. zu den weiterführenden Schulen für Jugendliche der Lohnabhängigen einzuschränken. Engholm hat sich bei seinem Gespräch mit Vertretern von vds und GEW davor gewunden, eine Stellungnahme zur Anbindung der Ausbildungsförderung und Elternfreibeträge an die Lohnentwicklung der Arbeiterklasse abzugeben. Dies und eine Sicherung demokratischer Kontrolle über die Ausbildungsförderung und -vergabe muß aber erreicht werden, um Weiterbildung und Hochschulzugang auch für die Jugend des Volkes zu sichern.

Urabstimmung über Streik ist überfällig

Die Vertagung der Entscheidung durch den IGM-Vorstand verschlechtert die Position für die Arbeiter

pes. Am 13.4. hat die Tarifkommission der IG Metall, Bezirk Hamburg, einstimmig beschlossen, beim Vorstand zu beantragen, die Verhandlungen um die Lohn- und Gehaltstarifverträge sowie die Ausbildungsvergütungen für gescheitert zu erklären. An dieses Votum wurde auch die Entscheidung über den Abbruch der Verhandlungen über die Abschaffung der Lohngruppe 2 gebunden. Der Vorstand hat die Entscheidung über diesen Antrag auf den 23.4. vertagt. Am 15.4. wurde bekannt, daß für den 22.4. erneut Verhandlungen in NRW stattfinden. Die Verschiebung der Entscheidung durch den Vorstand hat die Debatte in der Mitgliedschaft über die bisherige Taktik und das weitere Vorgehen weiter zugespitzt.

Tatsache ist, und das ist auch weitgehend unumstritten, daß die Warnstreiks und Demonstrationen gut waren, um die Mitglieder zu mobilisieren und – das ist entscheidend – den Kapitalisten die Stärke der Bewegung zu beweisen und zu beweisen, daß auch die großangelegten Propagandamanöver nicht zu einer Isolierung der IGM geführt haben. Diese Taktik machte die Kapitalisten für einige Wochen ratlos und hilflos und führte zu dem Angebot von 4,1 %. Gegenwärtig nützen diese Anfangserfolge aber gar nichts, beläßt man es dabei. In Schleswig-Holstein ist seit drei Wochen fast nichts passiert, was die Kapitalisten zu weiteren Angeboten hätte zwingen können. Sie haben sich nun gefangen und erklären, sie würden um jedes Zehntel Prozent kämpfen. Sie können das sagen, weil sich ihre Bedingungen verbessert haben. Die Warnstreiks haben sie im wesentlichen ökonomisch nicht getroffen, wohl aber die Streikenden. Im Gegenteil werden die Kapitalisten frecher und wollen durch Überstunden ihre zurückgebliebene Produktion wieder reinholen und haben das auch geschafft, bis auf einige wenige Betriebe, wo die Betriebsräte Überstunden abgelehnt haben.

Die IGM-Führung, jüngst namens Eugen Loderer, redet jetzt schon davon, man würde nicht unter einer 5 vor dem Komma abschließen. Das erschwert die Lage außerordentlich. Denn in den Betrieben stellt man sich die Frage, soll man für einige Zehntel streiken, vielleicht für den Unterschied zwischen den in NRW schon fast ausgehandelten 4,9% und 5,x%. Für so einen Streik hätten die Kapitalisten alles in der Hand, ihr Angebot auch noch runterzudrücken.

In den „metall Nachrichten 11" heißt es: „Die Mitglieder an der Küste sind bereit, wenn es der Vorstand für sinnvoll und richtig hält, das letzte Mittel in einer Tarifauseinandersetzung einzusetzen". Diese Formulierung hat einen gewaltigen Haken. Denn es sind die Mitglieder, die den Vorstand *auffordern*, jetzt endlich mit allerlei Taktiererei Schluß zu machen und grünes Licht für Streik zu geben.

Die Gefahr, daß aus der richtig begonnenen Taktik der Warnstreiks eine Taktik der Zersetzung und der „volkswirtschaftlichen Vernunft" statt der Sicherung des Reallohns wird, ist groß, und durch den Beschluß des Vorstandes, die Entscheidung über den Antrag der Hamburger Tarifkommission über das Datum der nächsten Verhandlung in NRW zu verschieben, gewachsen. Deshalb muß, soll der Reallohn gesichert werden, die Urabstimmung rasch und intensiv vorbereitet werden und mit dem *Ziel der Reallohnsicherung*, sonst kann man ihn sich von vornherein schenken.



Demonstration der Arbeiter von HDW Kiel am 11.3. vom Haupttor zum Vinetaplatz in Gaarden. 80 % der Belegschaft beteiligten sich an dem Warnstreik.

Die Kapitalisten stellen sich gegenwärtig nur so stark, weil sie einiger Schwächen in der IGM gewahr geworden sind. Tatsächlich würde ein Streik sie ordentlich durcheinanderbringen. Allein in den wichtigsten Kieler Betrieben ist es so, daß ein Streik hart treffen würde. MaK und Hell kommen ohne Überstunden und teilweiser Wochenendarbeit gar nicht mit der Erfüllung ihrer Aufträge nach. Die MaK erhält gegenwärtig einen Auftrag nach dem nächsten für den Bau von Motoren und stellt sogar Leute ein, um die Produktion zu bewältigen. Bei HDW stellt sich das nicht ganz so drastisch dar wegen der langen Lieferfristen, aber auch hier sind die Auftragsbücher voll. Solche Kapitalisten können sich einen Streik nicht lange leisten und sind damit ein wichtiger Spaltkeil in der so scheinbar geschlossenen Front der Kapitalisten.

Bereinigen kann man die Lage zugunsten der Arbeiter im Augenblick nur, wenn rasch auf Streik gedrängt wird, das muß der Vorstand auch oft genug zu hören kriegen.

Auch am Wochenende wird im Immobiliengeschäft gearbeitet ...



„Kein Grund zur Selbstzufriedenheit?"

wiv. 10664 Arbeitslose wurden Ende März 1981 im Bezirk des Arbeitsamtes Kiel gezählt, knapp 30% mehr als im März des Vorjahres. Am stärksten gegenüber 1980 hat sich die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren erhöht: um 36% auf 920. Das war der Grund für ein Treffen zwischen dem Direktor und den Abteilungsleitern des Arbeitsamtes sowie dem Kieler Oberbürgermeister Luckhardt. Es wurde in gegenseitiger Besorgnis gemacht: Luckhardt betonte die Mitverantwortung der Stadt Kiel und daß sie „alles in ihren Kräften stehende" tun werde; gleichzeitig bescheinigte er dem Arbeitsamt überdurchschnittlich gute quantitative und qualitative Arbeit. Die Tatsachen selber aber ließen alle Beteiligten zu der Einschätzung kommen: „Kein Grund zur Selbstzufriedenheit" (Kieler Nachrichten, 9.4.).

Die jetzige Lage wird sich in der nächsten Zeit ziemlich zuspitzen. Weiterhin steigende Schulabgängerzahlen, weiterhin steigendes Mißverhältnis zwischen Lehrstellensuchenden und angebotenen Lehrstellen, dies alles auf Grundlage weiterer Zunahme der Ge-

weil beim Ausscheiden eines Kollegen eine Neubesetzung nicht sofort erfolgt, neue Stellen aber nicht da sind. Im Arbeitsamtsbezirk Kiel (einschließlich Eckernförde, Lütjenburg und Plön) stehen rund 60 Einstellungen seit Ende 1979 genauso viel „Beendigungen von Beschäftigungsverhältnissen" gegenüber. Das ist aber nicht nur einfache Stagnation in der Gesamtzahl: Während viele langjährige Fachkräfte ausscheiden, werden weit überwiegend Hilfskräfte und Aushilfskräfte oft mit Zeitverträgen neu eingestellt. Bevor letztere richtig eingearbeitet sind, ist der Arbeitsvertrag schon abgelaufen. Zugleich dreht sich das Personalkarussell innerhalb des Amtes. Durch die steigende Arbeitslosenzahl werden mehr Kollegen in der Abteilung gebraucht, die die Geldleistungen bearbeitet (Arbeitslosengeld, -hilfe, Unterhaltsgeld). Das führte schon in den vergangenen Jahren zu gesteigerter Arbeitshetze in den anderen Abteilungen, in der Arbeitsvermittlung und der Berufsberatung. Dort ist jetzt der Punkt erreicht, wo die Dienstleistungen absolut eingeschränkt werden. So soll we-

Auch am Wochenende wird im Immobiliengeschäft gearbeitet ...



Danke Sunnyboy ... nach diesen albernen Formalitäten geht's frisch ans Werk: Du spielst jetzt in der Altstadt den Feuerteufel und ich bestell' inzwischen beim Magistrat ein paar Räumungskommandos ... Ja schau dir nur die Frau mit dem dicken Bauch da drüben an ... Ein gewissenloses Pack ist das ... Wissen genau, daß sie morgen kein Dach überm Kopf haben und setzen trotzdem ihre Bälger in die Welt ... Die Kleinen können einem richtig leid tun ...

„Kein Grund zur Selbstzufriedenheit?"

wiv. 10664 Arbeitslose wurden Ende März 1981 im Bezirk des Arbeitsamtes Kiel gezählt, knapp 30% mehr als im März des Vorjahres. Am stärksten gegenüber 1980 hat sich die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren erhöht: um 36% auf 920. Das war der Grund für ein Treffen zwischen dem Direktor und den Abteilungsleitern des Arbeitsamtes sowie dem Kieler Oberbürgermeister Luckhardt. Es wurde in gegenseitiger Besorgnis gemacht: Luckhardt betonte die Mitverantwortung der Stadt Kiel und daß sie „alles in ihren Kräften stehende" tun werde; gleichzeitig bescheinigte er dem Arbeitsamt überdurchschnittlich gute quantitative und qualitative Arbeit. Die Tatsachen selber aber ließen alle Beteiligten zu der Einschätzung kommen: „Kein Grund zur Selbstzufriedenheit" (Kieler Nachrichten, 9.4.).

Die jetzige Lage wird sich in der nächsten Zeit ziemlich zuspitzen. Weiterhin steigende Schulabgängerzahlen, weiterhin steigendes Mißverhältnis zwischen Lehrstellensuchenden und angebotenen Lehrstellen, dies alles auf Grundlage weiterer Zunahme der Ge-samtarbeitslosigkeit bei sinkendem Stellenangebot. Das ist die Entwicklungsrichtung auf dem Arbeitsmarkt angesichts der kapitalistischen Krise. Wie wird seitens der Arbeitsämter darauf reagiert?

Zunächst ist von der Hauptstelle der Bundesanstalt in Nürnberg ein Planstellenstopp im Haushalt 1981 verabschiedet worden. Ein solcher Beschluß hat sinkende Personalzahlen zur Folge,

weil beim Ausscheiden eines Kollegen eine Neubesetzung nicht sofort erfolgt, neue Stellen aber nicht da sind. Im Arbeitsamtsbezirk Kiel (einschließlich Eckernförde, Lütjenburg und Plön) stehen rund 60 Einstellungen seit Ende 1979 genauso viel „Beendigungen von Beschäftigungsverhältnissen" gegenüber. Das ist aber nicht nur einfache Stagnation in der Gesamtzahl: Während viele langjährige Fachkräfte ausscheiden, werden weit überwiegend Hilfskräfte und Aushilfskräfte oft mit Zeitverträgen neu eingestellt. Bevor letztere richtig eingearbeitet sind, ist der Arbeitsvertrag schon abgelaufen. Zugleich dreht sich das Personalkarussell innerhalb des Amtes. Durch die steigende Arbeitslosenzahl werden mehr Kollegen in der Abteilung gebraucht, die die Geldleistungen bearbeitet (Arbeitslosengeld, -hilfe, Unterhaltsgeld). Das führte schon in den vergangenen Jahren zu gesteigerter Arbeitshetze in den anderen Abteilungen, in der Arbeitsvermittlung und der Berufsberatung. Dort ist jetzt der Punkt erreicht, wo die Dienstleistungen absolut eingeschränkt werden. So soll we-gen Personalmangel die studentische Arbeitsvermittlung an der Universität geschlossen werden, weitere Einschränkungen werden überlegt. Während die Dienstaufsicht einschränkt, um „wenigstens das Geld auszuzahlen", wird von den Kollegen überlegt, wie die tatsächlich notwendigen Einschränkungen verbunden werden können mit der Durchsetzung der Forderung nach mehr Planstellen.

Kindermord in der Schule Bullenhuser Damm

rog. In der Nacht vom 20. auf den 21.4. 1945 wurden im Keller der Hamburger Schule Bullenhuserdamm mindestes 18 Kinder jüdischen Glaubens, an denen im KZ Neuengamme medizinische Experimente, Infizieren von Tbc-Erregern, vorgenommen worden waren, zur Vertuschung dieser Verbrechen durch die Faschisten ermordet. Mit den Kindern wurden in dieser Nacht ihre beiden französischen Häftlingsärzte und ihre zwei holländischen Häftlingspfleger sowie etwa 30 sowjetische Kriegsgefangene ermordet. Die Kinder bekamen zuerst, durch den SS-Standortarzt Trzebinski, eine Morphiumspritze, zum einschlafen. Dann legten die SS-Schergen den Kindern und den Erwachsenen Stricke um den Hals, und erhängten sie an den Heizungsrohren und Haken im Keller. Die Kinder waren zum Teil so leicht, daß die SS-Mörder sich an die Kinder hängen mußten, damit sich die Schlinge um die Hälse zuzog.

Die Schule Bullenhuserdamm war seit Oktober 1944 ein Außenkommando des Konzentrationslagers Neuengamme. Das KZ Neuengamme entstand 1939/40 um ein altes, verrottetes Klinkerwerk. Als erstes wurde die Dove Elbe durch die Häftlinge reguliert und ein Hafenbecken angelegt. Damit die Klinker aus dem Werk schnell transportiert werden konnten. Das KZ Neuengamme war ein Konzentrationslager der Stufe 2: Vernichtung durch Arbeit. Als billige Arbeitskräfte verkaufte die SS die Häftlinge – Männer und Frauen – für kleine Prämien bei mindestens einem 10-Stunden-Tag u.a. an folgende Firmen: Blohm und Voss, Deutsche Werft, Dräger-Werke und HEW. Viele Häftlinge wurden in Hamburg zur Bombenräumung eingesetzt. Das ausgeklügelte System von Unterernährung, Schikane, Entwürdigungen und Ausbeutung und die mörderische Evakuierung des Lagers 1945 – Untergang der Häftlingsschiffe in der Lübecker Bucht – führten dazu, daß mehr als die Hälfte der Inhaftierten nicht überlebte. Im KZ Neuengamme und seinen über 60 Außenkommandos haben von über 106000 Häftlingen 55000 nicht überlebt.

Die Untergruppe Faschismus der AG Geschichte der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung wird in ihrer weiteren Tätigkeit die Themen: „Das KZ-System – Sklavenarbeit für die Kapitalisten, als höchste Form der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft" und „Der Widerstand in Hamburg" behandeln.

Am 22.4.81 führt die Vereinigung der „Kinder vom Bullenhuserdamm" eine Gedenkfeier durch. Unterstützt wird die Gedenkfeier von der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V., der VVN (Verfolgte des Naziregimes) und der Antifaschistischen Initiative. Die Veranstaltung soll aus einem kulturellem, informativem und Diskussionsteil bestehen. Es singen: Esther Bejarano, früher Mitglied im Mädchenorchester im KZ Auschwitz, der Hamburger Sängerhaufen, die Hamburger Stadtmusikanten und der Chor des Ernst-Schlee-Gymnasiums. Es findet eine Ausstellung und ein Diavortrag über das KZ Neuengamme und den Kindern statt. Ehemalige Gefangene und Angehörige der Kinder berichten über ihre Erfahrungen. Die Teilnehmer der Gedenkfeier werden gebeten, Blumen mitzubringen.



In dieser Schule am Bullenhuser Damm in Hamburg wurden am 20./21. April 1945 die jüdischen Kinder von den Nazis ermordet.

Im Rahmen der Gedenkfeier findet im Foyer des Ortsamtes Lokstedt eine Ausstellung mit dem Thema „Nie wieder Faschismus; Nie wieder Kindermord" statt.

Gedenkfeier „Für die Kinder vom Bullenhuserdamm": 22.4.81 17.00 Uhr Janusz-Korczak-Schule



Nachdem bei der sechsten Verhandlung im Nordverbund die Kapitalisten von ihrem lächerlichen 4,1 %-Angebot nicht abgewichen sind, wurde von der Bezirksleitung Hamburg der IG Metall die Verhandlung abgebrochen. Auf der Sitzung der Tarifkommission am 13. April wurde dann ein Antrag an den Hauptvorstand der IG Metall gestellt, für den Bezirk Hamburg die Urabstimmung zu genehmigen. Am 23. April soll darüber entschieden werden.

Medizinstudenten kämpfen gegen unglaubliche Prüfungswillkür

thf. Bei der ärztlichen Vorprüfung (Physikum) im März 1981 sind bundesweit 56,2 %, in Hamburg 54,4 % der Studenten durchgefallen. Ein halbes Jahr vorher waren es rund 10 %. Ursache für das katastrophale Ergebnis sind neue, wesentlich schwierigere Fragen und die Novellierung der ärztlichen Ausbildungsordnung (AO) von 1979. Die Bestehensregel wurde von 50 % auf 60 % richtig zu beantwortender Fragen angehoben und die 18 %-Klausel gestrichen: Die Prüfung gilt als bestanden, wenn die bundesdurchschnittliche Punktezahl minus 18 % erreicht wurde, so daß man bei einer schlecht ausgefallenen Prüfung schon mit weniger als 60 % bestehen kann.

Für uns Studenten bedeutet die hohe Durchfallquote: Mehr als die Hälfte der zur Prüfung angetretenen Kommilitonen (viele haben sich erst gar nicht angemeldet) verlieren ein Semester, es kann Probleme mit dem BAFöG geben; in Hamburg sind ca. 150 durchgefallen, im nächsten Semester könnten bei „normaler" Auslese vielleicht 400 Studenten mit dem klinischen Studium anfangen. Zur Zeit gibt es aber nur maximal 260 Ausbildungsplätze. Konsequenzen: In den Praktika wird ein innerer Numerus Clausus eingeführt. Oder: Alle können weiterstudieren, aber die schon jetzt viel zu großen Kurse laufen vollends über, praktischer Unterricht am Krankenbett ist nicht mehr möglich. Das bedeutet eine schlechtere Ausbildung, was zu Lasten der Patienten geht. Aber auch: Ähnlich hohe Durchfallquoten beim nächsten Physikum, um den Zustrom von Studenten in die Klinik zu drosseln.

Die Bestehensregel wurde von 50 % auf 60 % richtig zu beantwortender Fragen angehoben und die 18 %-Klausel gestrichen: Die Prüfung gilt als bestanden, wenn die bundesdurchschnittliche Punktezahl minus 18 % erreicht wurde, so daß man bei einer schlecht ausgefallenen Prüfung schon mit weniger als 60 % bestehen kann.

Für uns Studenten bedeutet die hohe Durchfallquote: Mehr als die Hälfte der zur Prüfung angetretenen Kommilitonen (viele haben sich erst gar nicht angemeldet) verlieren ein Semester, es kann Probleme mit dem BAFöG geben; in Hamburg sind ca. 150 durchgefallen, im nächsten Semester könnten bei „normaler" Auslese vielleicht 400 Studenten mit dem klinischen Studium anfangen. Zur Zeit gibt es aber nur maximal 260 Ausbildungsplätze. Konsequenzen: In den Praktika wird ein innerer Numerus Clausus eingeführt. Oder: Alle können weiterstudieren, aber die schon jetzt viel zu großen Kurse laufen vollends über, praktischer Unterricht am Krankenbett ist nicht mehr möglich. Das bedeutet eine schlechtere Ausbildung, was zu Lasten der Patienten geht. Aber auch: Ähnlich hohe Durchfallquoten beim nächsten Physikum, um den Zustrom von Studenten in die Klinik zu drosseln.

Bundesweit haben Medizinstudenten Aktionen gegen das Prüfungsergebnis durchgeführt: In Westberlin demonstrierten am vergangenen Mittwoch 2000 Mediziner zentral. In Hamburg fanden drei Go-Ins zum Landesprüfungsamt (LPA) mit bis zu 300 Teilnehmern statt, wo u.a. Gesundheitssenatorin Elstner – bei uns verantwortlich für die Medizinerprüfungen – zur Rede gestellt wurde. Gefordert wird die unverzügliche, rückwirkende Einführung der 50 %-Bestehensregel und der 18 %-Gleitklausel.

Die Prüfungen und Bestehensmodalitäten unterliegen zunächst der Aufsicht durch die LPAs, gleichzeitig gibt es bundesweite Regelungen wie z.B. die AO, das IMPP. Der Leiter des LPA Hamburg, Mittelhaufe, bestätigte, daß sein Amt auch ohne Zustimmung der anderen Bundesländer *rechtlich* die Möglichkeit habe, allein die 18 %-Gleitklausel anzuwenden. Frau Elstner geht so vor: Auf der einen Seite zeigt sie großes Verständnis für die studentischen Forderungen, gleichzeitig lehnt sie jeden „Alleingang" Hamburgs ab. Nur wenn alle Bundesländer die Bestehensregel ändern, will Frau Elstner mitziehen. Damit glaubt sie die eigene Verantwortung losgeworden zu sein. Dieser Frau sind katastrophale Ausbildungsbedingungen und möglicher Studienabbruch lieber als stellenweise Druchlöcherung der staatlichen Reglementierung und Aussieberei.

Die vds-Fachtagung Medizin hat beschlossen: Wenn die Länderregierungen nicht bis zu 27. April den Forderungen nachkommen, soll eine Urabstimmung über einen bundesweiten

Rede gestellt wurde. Gefordert wird die unverzügliche, rückwirkende Einführung der 50 %-Bestehensregel und der 18 %-Gleitklausel.

Die Prüfungen und Bestehensmodalitäten unterliegen zunächst der Aufsicht durch die LPAs, gleichzeitig gibt es bundesweite Regelungen wie z.B. die AO, das IMPP. Der Leiter des LPA Hamburg, Mittelhaufe, bestätigte, daß sein Amt auch ohne Zustimmung der anderen Bundesländer *rechtlich* die Möglichkeit habe, allein die 18 %-Gleitklausel anzuwenden. Frau Elstner geht so vor: Auf der einen Seite zeigt sie großes Verständnis für die studentischen Forderungen, gleichzeitig lehnt sie jeden „Alleingang" Hamburgs ab. Nur wenn alle Bundesländer die Bestehensregel ändern, will Frau Elstner mitziehen. Damit glaubt sie die eigene Verantwortung losgeworden zu sein. Dieser Frau sind katastrophale Ausbildungsbedingungen und möglicher Studienabbruch lieber als stellenweise Druchlöcherung der staatlichen Reglementierung und Aussieberei.

Die vds-Fachtagung Medizin hat beschlossen: Wenn die Länderregierungen nicht bis zu 27. April den Forderungen nachkommen, soll eine Urabstimmung über einen bundesweiten

Streik der Medizinstudenten stattfinden.

Fortwährende Angriffe auf Verfaßte Studentenschaft

Kieler AStA zum Austritt aus den vds verpflichtet / vds als Verbund von Regierungs Gnaden

ang. In Kürze werden vor dem Oberverwaltungsgericht in Schleswig verschiedene Klagen zwischen dem Präsidium der Kieler Universität und dem Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) wegen Wahrnehmung des politischen Mandats durch den AStA verhandelt werden. Das Präsidium will dabei eine gerichtliche Untersagung der Wahrnehmung des politischen Mandats erreichen; der AStA hat Beschwerde eingelegt gegen eine Verfügung, in der mehrere AStA-Infos beanstandet worden sind, weil der AStA darin die öffentlichen Vereidigungen, den NATO-Mittelstreckenbeschluß, die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben u. a. m. angegriffen und die Kämpfe dagegen unterstützt hat.

Im März hat das Präsidium erneut AStA-Infos beanstandet, darin hat der AStA zur Großkundgebung und Demonstration in Brokdorf aufgerufen und die Aktion „Waffen für El Salvador" unterstützt.

Während zwischen Präsidium und AStA erst noch verhandelt werden wird, haben CDU-Studenten bereits im September 1980 ein Urteil erwirkt, nach dem der AStA 5000 DM Zwangsgeld zahlen mußte, weil er zu den verschiedensten politischen Fragen in seinen Publikationen Stellung genommen hat. Es geht dabei aber nicht nur um einfache Stellungnahme, es geht um *parteiliche* Stellungnahme. Wenn Bundes- und Landesregierung, Universitätsleitung und CDU-Studenten die Bildung von Vertretungsorganen mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit verweigern und gerichtlich verbieten wollen, geht es im Kern darum, zu verhindern, daß die Studentenbewegung sich einreiht in die Kämpfe der demokratischen und Arbeiterbewegung gegen die Untergrabung und Zerstörung der Natur- und Lebensbedingungen durch die kapitalistische Produktionsweise und gegen die wachsende Kriegsgefahr.

Die Auseinandersetzung darum währt schon lange: In Schleswig-Holstein hat die Landesregierung zunächst versucht, die Verfaßte Studentenschaft als Vertretungsorgan vollständig abzuschaffen, wie es jetzt ja in Bayern und Baden-Württemberg der Fall ist. Das war 1972. Eingehandelt hat sie sich damit Streiks und Demonstrationen, an denen sich im übrigen auch die Schüler beteiligt haben, in großen Ausmaßen. Darauf mußte sie eine Urabstimmung über den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft zulassen, über 90 % haben sich dabei für den Erhalt ausgesprochen. Seitdem fährt die Landesregierung den Kurs der Knebelung und Kastration der Vertretungsorgane: 1973 verabschiedete sie das Landeshochschulgesetz mit dem Verbot des politi-

Bildung von Vertretungsorganen mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit verweigern und gerichtlich verbieten wollen, geht es im Kern darum, zu verhindern, daß die Studentenbewegung sich einreiht in die Kämpfe der demokratischen und Arbeiterbewegung gegen die Untergrabung und Zerstörung der Natur- und Lebensbedingungen durch die kapitalistische Produktionsweise und gegen die wachsende Kriegsgefahr.

Die Auseinandersetzung darum währt schon lange: In Schleswig-Holstein hat die Landesregierung zunächst versucht, die Verfaßte Studentenschaft als Vertretungsorgan vollständig abzuschaffen, wie es jetzt ja in Bayern und Baden-Württemberg der Fall ist. Das war 1972. Eingehandelt hat sie sich damit Streiks und Demonstrationen, an denen sich im übrigen auch die Schüler beteiligt haben, in großen Ausmaßen. Darauf mußte sie eine Urabstimmung über den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft zulassen, über 90 % haben sich dabei für den Erhalt ausgesprochen. Seitdem fährt die Landesregierung den Kurs der Knebelung und Kastration der Vertretungsorgane: 1973 verabschiedete sie das Landeshochschulgesetz mit dem Verbot des politi-

schen Mandats für die Verfaßte Studentenschaft, mit Ordnungsrecht und Stärkung der Staatsaufsicht und der Rechte der Professoren. 1974/75 verordnete sie eine Zwangssatzung für die Studentenschaft der Christian-Albrechts-Universität, in der sie Vollversammlungen und Urabstimmungen als höchste beschlußfassende Organe verbot. Zusätzlich erließ sie im Sommer 1975 die „Gebäudenutzungsrichtlinien", von den Studenten „Maulkorberlaß" genannt, nach denen das Aufstellen von Büchertischen und Megaphonansprachen verboten werden, das Verteilen von Flugblättern nur dann erlaubt ist, wenn sie vorher dem Präsidium zur Zensur vorgelegt wurden. Generell ist jede Form der Meinungsäußerung verboten, wenn sich ihr Inhalt im Widerspruch zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" befindet. – In der 3. Novelle des Landeshochschulgesetzes schließlich hat die Landesregierung das Verbot von Vollversammlungen, Urabstimmungen und politischem Mandat gesetzlich ausgedehnt und das Ordnungsrecht präzisiert.

All diese Gesetze und Erlasse konnten aber nie bewirken, daß die Studentenbewegung die aktive Verfechtung ihrer politischen Interessen aufgibt. Der Maulkorberlaß beispielsweise ist nie mehr als ein Stück Papier geworden. Das ist der Grund, weshalb sich die Auseinandersetzung zunehmend auf juristischer Ebene, auf der Ebene von Zwangsmaßnahmen gegen die Vertretungsorgane und strafrechtlicher Verfolgung einzelner Studenten, abspielt.

Eine von diesen Zwangsmaßnahmen ist das am 13. Dezember vom Oberverwaltungsgericht Schleswig verkündete, ebenfalls von CDU-Studenten beantragte Urteil gegen den AStA der Kieler Universität, das ihn verpflichtet hat, mit sofortiger Wirkung aus dem Dachverband der Studentenschaften, den vds, auszutreten.

Die Gründung der vds 1975 hat einen wichtigen Fortschritt für die Studentenbewegung bedeutet, weil sie die Bedingungen für einheitliches Handeln der Studentenschaften geschaffen hat. In ihrer Satzung hat sie sich die Aufgabe gestellt:

„für die Interessen und Forderungen der Studenten in Hochschule und Gesellschaft einzutreten. Sie unterstützt und koordiniert die Arbeit der einzelnen Studentenschaften. Ihr steht das Grundrecht auf freie politische Meinungsäußerung und Teilnahme am politischen Willensbildungsprozeß zu. Sie fördert die internationalen Beziehungen auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen."

Auf diesen Passus der Satzung stützt sich das Urteil auf Austritt aus den vds. Der AStA dürfe sich laut Landeshochschulgesetz nur zu „hochschulpolitischen" und nicht zu allgemeinpolitischen Fragen äußern, was die vds aber täten, deshalb müsse der AStA austreten.

Die vds und der Kieler AStA haben auf ein weiteres, juristisches Vorgehen gegen dieses Urteil verzichtet, weil sonst auf höherer Ebene ein Präzedenzfall geschaffen werden könnte, und es ein leichtes wäre, sämtliche ASten in Westdeutschland zum Austritt aus den vds zu zwingen und ihn damit zu zerschlagen.

Aber auch ohne dieses Präzedenzurteil könnte in den anderen Bundesländern in ähnlicher Weise vorgegangen werden, denn weder das Hochschulrahmengesetz noch die anderen Landeshochschulgesetze gestatten die Wahrnehmung des politischen Mandats. Insofern sind die vds gegenwärtig ein Verband von Regierungs Gnaden; wenn sie wollte, könnte sie ihn austrocknen, wobei sie aber die Kämpfe, die das zur Folge hätte, einkalkulieren muß.

Die Asten werden sich auch in Zukunft politischer Stellungnahmen nicht enthalten. Der Kieler AStA unterstützt die Kämpfe gegen die Wohnungsnot,

Auszüge aus Rechtsgutachten zum OVG-Urteil vom 13.12.1978

„Ein allgemeinpolitisches Mandat hat der Gesetzgeber der Studentenschaft nicht zugewiesen (vgl. § 28 Hochschulgesetz).

Eine gleichwohl allgemeinpolitische Betätigung der Studentenschaft verletzt daher die Mitgliedschaftsrechte der Studenten mit der Folge, daß diese die Unterlassung des kompetenzüberschreitenden Handelns der Studentenschaft verlangen können. Ein derartiges Handeln ist auch dann gegeben, wenn sich die Studentenschaft an einem Dachverband wie im vorliegenden Fall dem VDS beteiligt, der seinerseits allgemeinpolitisch tätig ist und sich somit mit Angelegenheiten befaßt, die außerhalb des Zuständigkeitskreises der Studentenschaft liegen. Wollte man nämlich diese Beteiligung für zulässig halten, so würde dies zu einer mittelbaren Ausweitung des Aufgabenbereiches der Studentenschaft führen und den Studentenschaften die Möglichkeit eröffnen, die ihnen gesetzten Zuständigkeitsgrenzen zu umgehen.

Die Studenten haben daher einen Anspruch auf Unterlassung der unzulässigen Beteiligung. Aus diesem Unterlassungsanspruch resultiert die Verpflichtung der Studentenschaft, dem VDS gegenüber ihren sofortigen Austritt zu erklären."

Die CDU-Studenten führen schon lange eine politische Kampagne gegen den Dachverband der Studentenschaf-

die politische Bewegung und wird weiter Position gegen die Kriegsvorbereitungen beziehen. Auf weitere Ausein-

spielt.

Eine von diesen Zwangsmaßnahmen ist das am 13. Dezember vom Oberverwaltungsgericht Schleswig verkündete, ebenfalls von CDU-Studenten beantragte Urteil gegen den AStA der Kieler Universität, das ihn verpflichtet hat, mit sofortiger Wirkung aus dem Dachverband der Studentenschaften, den vds, auszutreten.

dats. Insofern sind die vds gegenwärtig ein Verband von Regierungs Gnaden; wenn sie wollte, könnte sie ihn austrocknen, wobei sie aber die Kämpfe, die das zur Folge hätte, einkalkulieren muß.

Die Asten werden sich auch in Zukunft politischer Stellungnahmen nicht enthalten. Der Kieler AStA unterstützt die Kämpfe gegen die Wohnungsnot,

Auszüge aus Rechtsgutachten zum OVG-Urteil vom 13.12.1978

„Ein allgemeinpolitisches Mandat hat der Gesetzgeber der Studentenschaft nicht zugewiesen (vgl. § 28 Hochschulgesetz).

Eine gleichwohl allgemeinpolitische Betätigung der Studentenschaft verletzt daher die Mitgliedschaftsrechte der Studenten mit der Folge, daß diese die Unterlassung des kompetenzüberschreitenden Handelns der Studentenschaft verlangen können. Ein derartiges Handeln ist auch dann gegeben, wenn sich die Studentenschaft an einem Dachverband wie im vorliegenden Fall dem VDS beteiligt, der seinerseits allgemeinpolitisch tätig ist und sich somit mit Angelegenheiten befaßt, die außerhalb des Zuständigkeitskreises der Studentenschaft liegen. Wollte man nämlich diese Beteiligung für zulässig halten, so würde dies zu einer mittelbaren Ausweitung des Aufgabenbereiches der Studentenschaft führen und den Studentenschaften die Möglichkeit eröffnen, die ihnen gesetzten Zuständigkeitsgrenzen zu umgehen.

Die Studenten haben daher einen Anspruch auf Unterlassung der unzulässigen Beteiligung. Aus diesem Unterlassungsanspruch resultiert die Verpflichtung der Studentenschaft, dem VDS gegenüber ihren sofortigen Austritt zu erklären."

Die CDU-Studenten führen schon lange eine politische Kampagne gegen den Dachverband der Studentenschaf-

die politische Bewegung und wird weiter Position gegen die Kriegsvorbereitungen beziehen. Auf weitere Ausein-

ten und stattdessen für ein bundesweites „Studentenparlament". Die Grün-

andersetzungen muß man sich vorbereiten.

Polizei-Einzeldienst in Schleswig-Holstein verstärkt

jöf. 1981 werden nach Abschluß ihrer Ausbildung 290 Polizisten in den Einzeldienst gehen. Davon 249 zur Schutzpolizei und 41 zur Kripo. Die meisten haben ihre Ausbildung bei der Bereitschaftspolizei gemacht. Den Erfolg dieser Personalverstärkung kann man jetzt in Kiel sehen. 20 Mann gehen Fußstreife, am liebsten paarweise. Die Innenstadt soll auch wieder „sicherer" werden. Zwei Polizisten laufen durch die Holstenstraße und kontrollieren die Genehmigungen der Bettler und gucken in die Hertie-Passage rein und in die Anlagen, um Jugendliche und Arbeitslose, die sich jetzt in den Ferien und bei schönem Wetter hier treffen, vorbeugend ein bißchen einzuschüchtern. Von den 290 Beamten sind 87 echte Personalerweiterung, die anderen ersetzen pensionierte Polizisten. Noch in diesem Jahr sollen 230 Anwärter ihre Ausbildung bei der Polizei beginnen.

Erste Schritte gegen das Physikumsergebnis

sws. In der diesjährigen ärztlichen Vorprüfung (Physikum) sind im Bundesgebiet 56,2%, in Kiel sogar 65% durchgefallen. Der Protest der Studenten richtet sich vor allem gegen viele Fragen, die nicht eindeutig oder gar nicht beantwortet werden konnten, selbst nach der Prüfung unter Zuhilfenahme aller Bücher nicht. Offensichtlich wurde Spezialwissen verlangt und nicht Grundlagenwissen über den gesunden Menschen, wie es in der Approbationsordnung für diesen Abschnitt vorgesehen ist. Die Forderungen der Medizinstudenten sind vor allem die nach der Wiedereinführung der 18%-Gleitklausel und nach der Wiederherstellung der 50%-Bestehensregelung (statt jetzt 60%). Die Gleitklausel besagt, daß man auch bei weniger als der Hälfte (bzw. 60%) richtig beantworteter Fragen bestanden hat, wenn man nicht mehr als 18% vom Durchschnitt abweicht. Nach Aussage des Vorsitzenden des IMPP würde eine Anwendung der Gleitklausel auf dieses Physikum eine Senkung der Durchfallquote von 56% auf 19% bedeuten. Die Wiedereinführung der Gleitklausel würde eine Gesetzesänderung notwendig machen, wofür die Bundesregierung bisher nicht bereit war. Stattdessen empfahl am Mittwoch eine Kommission der Ländervertretungen in Berlin den Universitäten, alle durchgefallenen Kandidaten trotzdem in die klinischen Kurse aufzunehmen, was normalerweise nicht möglich ist. Dies war u. a. auch von der Fachschaft Klinik in Kiel als Minimalforderung aufgestellt worden und ist zwar ein erster Schritt, ändert aber an den unmöglichen Prüfungsbedingungen dieses Physikums nichts: die Kandidaten müssen trotzdem wiederholen. Dies war auch die Einschätzung einer Versammlung von ca. 100 Medizinstudenten in der letzten Woche, zu der die Fachschaft Klinik außerdem einen Referenten des Sozialministeriums eingeladen hatte. Die rückwirkende Wiedereinführung der 18 %-Gleitklausel wurde hier als zentrale Forderung bestätigt. Bisher haben die Länder lediglich angekündigt, die Bestehensregelung bis zum nächsten Physikum im August zu überprüfen.

„Anscheeten!"

beb. Diese Parole fand bekanntlich die Polizei vor, als sie vorletzte Woche im Morgengrauen das besetzte Haus in der Gröpelgrube räumen wollte. Die Besetzer hatten es unbemerkt von den dort postierten Polizeispitzeln in der Nacht zuvor bereits verlassen. Das andere von einer sechsköpfigen Familie besetzte Haus in Lübeck ist ebenfalls wieder leer. Nachdem die städtische „Trave"-Gesellschaft über ein Jahr lang der Familie angeblich keine geeignete größere Wohnung hatte anbieten können, ging das nach der Besetzung auf einmal innerhalb von zwei Tagen. Die Familie konnte sofort einziehen. Der Senat der Stadt versucht, jede öffentliche Diskussion über das Thema Wohnungsnot möglichst klein zu halten. Eine dieses Thema betreffende Frage zur letzten öffentlichen Bürgerstunde wurde nicht beantwortet. Dem Fragesteller war erfolgreich nahegelegt worden, die Frage zurückzuziehen.

1. Mai-Demonstration in Lübeck

beb. Wie im letzten Jahr ruft der DGB in Lübeck zu einer Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel auf. Es beginnt mit dem Demonstrationszug der ÖTV, der um 9.00 Uhr vom Hafen abmarschiert und sich dann auf dem Brink um 10.00 Uhr mit dem Demonstrationszug der anderen Einzelgewerkschaften vereinigt. Um 10.30 Uhr findet die Abschlußkundgebung auf dem Rathausplatz statt. Es spricht Elfriede Hoffmann, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft HBV. Anschließend findet ein buntes Familienfest im Gewerkschaftshaus, der dahinter gelegenen Holstentorhalle und dem Gelände dazwischen auf einer Freiluftbühne statt. Es gibt Tanz, politische Lieder mit der Gruppe „Radio Barmbek", Sketche der ÖTV- und Post-Gewerkschaftsjugend, ein Kinderfest sowie Informationsstände der verschiedenen Einzelgewerkschaften. Für Getränke und Imbiß ist gesorgt. Der DGB kommt damit einem Wunsch vieler Kollegen vom letzten Jahr nach, im Anschluß an die Demonstration die Möglichkeit zu bieten, gemeinsam zu feiern. An der Demonstration und Kundgebung im letzten Jahr beteiligten sich über 3000 Menschen.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, 22.4.81

„Freiheit, Unabhängigkeit und Brot", Zur Geschichte und den Kampfzielen der Arbeiterbewegung in Polen.

Veranstaltung mit einem der Autoren des gleichnamigen Buches, Gerd Koenen.

Hamburg 11, „Rampe", Alter Steinweg 43, 19.00 Uhr.

Abfahrt: Kiel, Arndtplatz/Schrevenpark, 17.30 Uhr.

Sonntag, 26.4.81

Seminar des KBW: „Die inneren Bedingungen des Expansionismus der Sozialimperialisten – Die These vom „realen Sozialismus" behindert die Unterstützung der Befreiungskämpfe der Dritten Welt und den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen".

Treffpunkt vor dem Uni-Hochhaus um 10.00 Uhr (Ende ca. 17.00 Uhr).

Donnerstag, 30.4.81

1. Mai-Veranstaltung des KBW

Kiel, Gaststätte Waidmannsruh, Ecke Eckernförderstraße/Kopperpahler Allee, 19.30 Uhr.

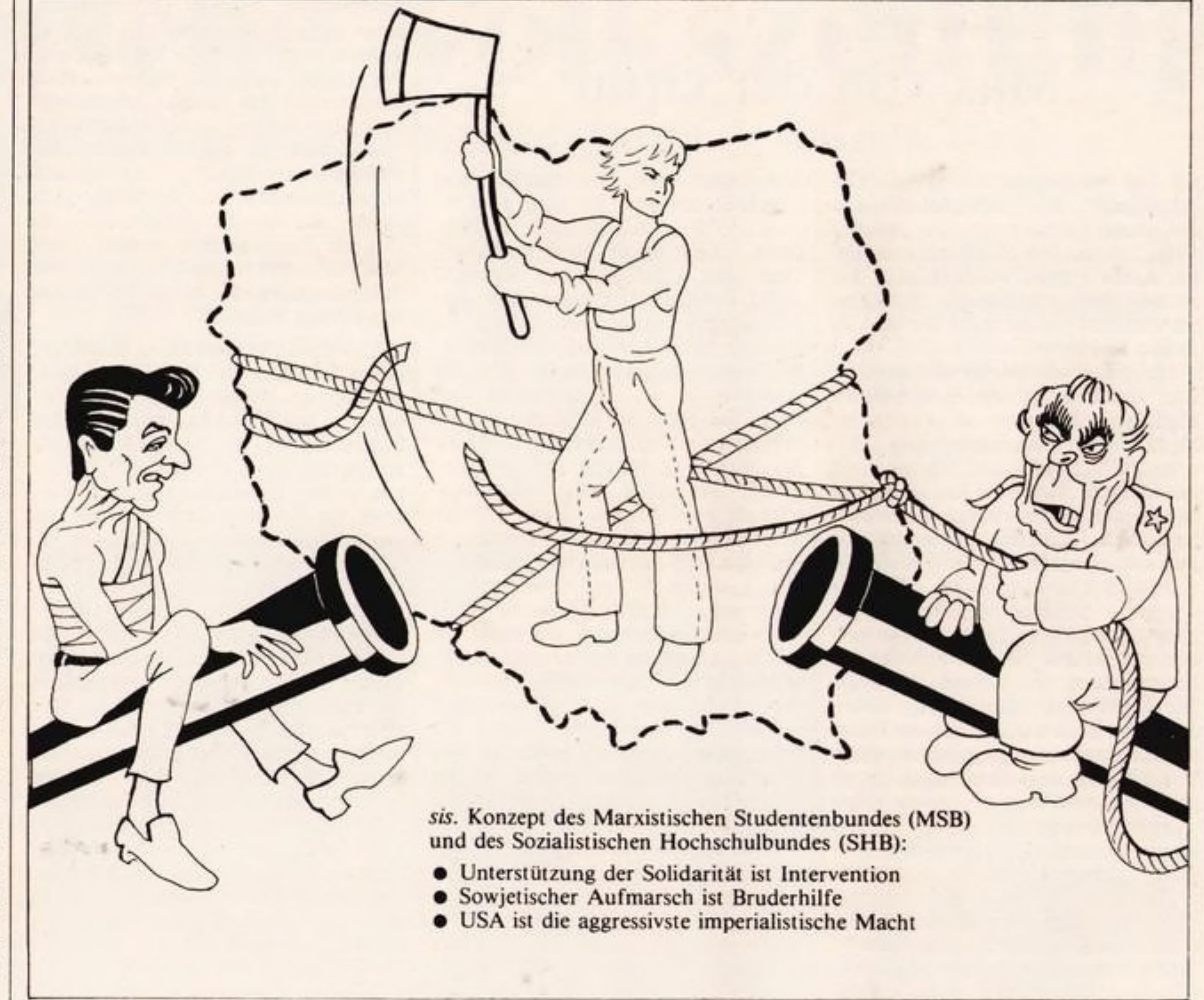
Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/394904; verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1–12/16: Bernhard Peters, Für die Seiten 13–15: Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Bernd Wagner, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Diese Zeitung erscheint wöchentlich und kostet als Einzelexemplar 1 DM; Jahresabonnement 50 DM (zzgl. 8,40 DM Postgebühr), Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. 4,20 DM Postgebühr), Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. 2,30 DM Postgebühr). Abbestellungen sollen spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein, sonst verlängert sich das Abonnement automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen bitte an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt / M. 2, Telefon 0611/730234.

„Freiheit, Unabhängigkeit und Brot“

Zur Geschichte und den Kampfzielen der Arbeiterbewegung in Polen (Auszüge aus der Einleitung des gleichnamigen Buches, Autoren: G. Koenen, K. Koenen und H. Kuhn)



sis. Konzept des Marxistischen Studentenbundes (MSB) und des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB):

- Unterstützung der Solidarität ist Intervention
- Sowjetischer Aufmarsch ist Bruderhilfe
- USA ist die aggressivste imperialistische Macht

„Die ersten Bilder über den Streik auf der Danziger Lenin-Werft kamen über das Fernsehen. Was denn die Ziele ihres Kampfes seien, fragte der ARD-Korrespondent eine der streikenden Arbeiterinnen. „Freiheit, Unabhängigkeit und Brot“, sagte sie und brach darüber in Tränen aus. Daß die polnische Arbeiterklasse und das polnische Volk heute noch immer den Kampf um diese historischen Ziele fortsetzen muß, hängt damit zusammen, daß nach der Befreiung von der Barbarei der deutschen Okkupation die polnische Nation wiederum ihr Selbstbestimmungsrecht nicht im vollen Umfang verwirklichen konnte und in engste Abhängigkeit von der Sowjetunion griet. Seit diese zu einer sozialimperialistischen Supermacht geworden ist, die im Namen des Sozialismus und der Arbeiterbewegung zur globalen Expansion übergegangen ist, ist der Widerspruch vollends unerträglich geworden.

„Die polnische Frage ist die deutsche Frage. Ohne ein unabhängiges Polen kein unabhängiges und einiges Deutschland; keine Emanzipation Deutschlands von der russischen Oberherrschaft ...“, hatte Karl Marx 1863 in einer Proklamation des Deutschen Bildungsvereins für Arbeiter in London über Polen gesagt. Die Unterstützung des polnischen Befreiungskampfes hatte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zu den Hauptaufgaben der gesamten europäischen Arbeiterklasse gehört; denn über den zerteilten polnischen Staat und das zersplitterte Deutschland hinweg sicherte sich der Zarismus seine Stellung als die Hauptmacht und Hauptreserve der europäischen Reaktion. Die heutige Lage in Europa weist dazu wieder einige Ähnlichkeiten auf. Nicht die deutsche „Wiedervereinigung“, aber der Rückzug der beiden Supermächte vom Boden der beiden deutschen Staaten und der Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges bildet eine der dringendsten Forderungen – nicht nur des deutschen Volkes in der BRD und der DDR, sondern aller Völker. Die „deutsche Frage“ wird, wenn sie nicht auf diese Weise gelöst wird, unweigerlich ins Zentrum der Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte rücken, so wie ihr Kampf um die Vorherrschaft in der Welt sich eben letzten Endes auf Europa zuspitzen muß.

In diesem Kampf um einen Friedensvertrag ist das Bündnis der westdeutschen und der polnischen Arbeiter-und Volksbewegung ein entscheidendes Element. Schon jetzt bildet die Bewegung in Polen einen großen Stolperstein in den Aufmarschplänen der Sowjetunion. Wie könne aber die Polen den eisernen Ring der Verschwörung, den die Zarennachfolger mit ihren in Hysterie geratenen Vasallen in Ost-Berlin und Prag um das Land gelegt haben, sprengen? Wie kann Polen seine „geopolitische Lage“ dauerhaft ändern? Nur durch einen Friedensvertrag für Deutschland, der zum Rückzug der beiden großen Militärallianzen, zur Auflösung ihrer riesigen Truppenkonzentrationen beidseits der Elbe führen würde – und die endgültige Sicherung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens brächte. Dann entfiele auch jeder Vorwand für die faktische Okkupation Polens durch die Sowjetunion ...

Der andere Grund unserer Sympathie für die Entwicklung in Polen entspringt einem noch größeren Interesse. Einiges spricht dafür, daß mit den Klassenkämpfen in Polen die Revolution wieder den Rückmarsch von Asien nach Europa angetreten hat – ganz entgegen den Hoffnungen der herrschenden Klasse im Westen, die, selbst vor einem Abgrund von Krisen stehend, freudig herumtrompeten, daß ihr alter Widersacher, der Kommunismus, „nach Polen ja wohl tot“ sein dürfte. Welche Täuschung ...

Die Fahne der neuen polnischen Arbeiterbewegung ist ohne Zweifel die Nationalfahne, aber das entspricht auch ihrer Lage. Alle inneren sozialen Widersprüche in Polen sind überlagert vom Widerspruch zur Hegemonialmacht, die das Selbstbestimmungsrecht der polnischen Nation von Anfang an verweigert hat – wie wir nach dem Studium der geschichtlichen Dokumente in diesem Buch klar feststellen mußten. Aber das macht die Bewegung nur breiter, noch wuchtiger. „Noch ist Polen nicht verloren ...“ heißt die Hymne. 1970 wurde öfters noch die „Internationale“ gesungen. Das bedeutet aber nur, daß alle Hoffnungen, durch einen Appell an den „Sozialismus“ der Machthaber die Lage bessern zu können, sich erledigt haben. Das ist die historische Leistung von Edward Gierek, der als „einer von euch“ antrat und sich stattdessen als ein moderner Industriebaron und dazu noch als Wechselritter erwiesen hat.

Wenn die polnischen Arbeiter nach solchen Erfahrungen nicht zum wissenschaftlichen Sozialismus als erstem greifen, um ihre Lage und ihre Ziele aufzuklären, wenn es jetzt eine große politische Debatte, eine offene Suche nach Wegen und Lösungen gibt – wen soll das wundern. Es stimmt: mit jenem Staatssozialismus Marke SU, der eine kurze Zeitspanne wielleicht die Produktivkräfte des Landes entwickeln konnte – aber in welcher Einseitigkeit, und zu welchem Preis! –

damit sind die polnischen Arbeiter allerdings fertig. Zurück zur Privatkapitalismus westlicher Prägung will trotzdem keiner. Tatsächlich steht dieser Weg nicht einmal offen. Es scheint, daß von der einmal geschaffenen Form des gesellschaftlichen Eigentums kein Weg zurückführt. Es gibt nur einen Weg vorwärts, zur wirklichen Inbesitznahme des Gesellschaftskapitals durch die arbeitende Gesellschaft. Alle 21

Forderungen des Danziger Abkommens (dessen vollständigen Text wir erstmals veröffentlichen) liegen gerade auf diesem Wege. Das ist eine Klassenbewegung, die hundert Mal näher zu einem realen Sozialismus steht als ihre Gegenspieler und Feinde im Lager des „realen Sozialismus“.

Diskussionsveranstaltung zur Unterstützung des Kampfes des polnischen Volkes

Es spricht: Gerd Koenen, Mitglied des ZK des KBW

Mittwoch, den 22.4.81, 19.30 Uhr
Raumänderung: „Rampe“, 2 Hamburg 11, Alter Steinweg 43

Veranstalter: Hochschulgruppe des KBW

Abfahrt aus Kiel: Arndtplatz/Schrevenpark, 17.30 Uhr

Leserbrief
Zum Artikel „Nicht das Spekulantentum ...“, KVZ 15/81, S. 15
oder von Studenten, um Studentenbuden oder um größere Altbauwohnungen zu bekommen, in denen „alternative Lebensfor-
schen Positionen. Heute, wo wir die Mitarbeit und Unterstützung der Mieterbewegung als eine Aufgabe neu in
chung allein wird auch kein einziges Haus vorm Abriß gerettet oder ausreichender Wohnraum für alle geschaf-
für die Mieterbewegung ausschlaggebend sind, untersuchen und darstellen müssen. Wir werden damit in einer der
in einer Proklamation des Deutschen Bildungsvereins für Arbeiter in London über Polen gesagt. Die Unterstützung des polnischen Befreiungskampfes hatte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zu den Hauptaufgaben der gesamten europäischen Arbeiterklasse gehört; denn über den zerteilten polnischen Staat und das zersplitterte Deutschland hinweg sicherte sich der Zarismus seine Stellung als die Hauptmacht und Hauptreserve der europäischen Reaktion. Die heutige Lage in Europa weist dazu wieder einige Ähnlichkeiten auf. Nicht die deutsche „Wiedervereinigung“, aber der Rückzug der beiden Supermächte vom Boden der beiden deutschen Staaten und der Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges bildet eine der dringendsten Forderungen – nicht nur des deutschen Volkes in der BRD und der DDR, sondern aller Völker. Die „deutsche Frage“ wird, wenn sie nicht auf diese Weise gelöst wird, unweigerlich ins Zentrum der Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte rücken, so wie ihr Kampf
Einiges spricht dafür, daß mit den Klassenkämpfen in Polen die Revolution wieder den Rückmarsch von Asien nach Europa angetreten hat – ganz entgegen den Hoffnungen der herrschenden Klasse im Westen, die, selbst vor einem Abgrund von Krisen stehend, freudig herumtrompeten, daß ihr alter Widersacher, der Kommunismus, „nach Polen ja wohl tot“ sein dürfte. Welche Täuschung ...
Die Fahne der neuen polnischen Arbeiterbewegung ist ohne Zweifel die Nationalfahne, aber das entspricht auch ihrer Lage. Alle inneren sozialen Widersprüche in Polen sind überlagert vom Widerspruch zur Hegemonialmacht, die das Selbstbestimmungsrecht der polnischen Nation von Anfang an verweigert hat – wie wir nach dem Studium der geschichtlichen Dokumente in diesem Buch klar feststellen mußten. Aber das macht die Bewegung nur breiter, noch wuchtiger. „Noch ist Polen nicht verloren ...“ heißt die Hymne. 1970 wurde öfters noch die „Internationale“ gesungen. Das bedeutet aber nur, daß alle Hoff-
des Kampfes des polnischen Volkes
Es spricht: Gerd Koenen, Mitglied des ZK des KBW
Mittwoch, den 22.4.81, 19.30 Uhr
Raumänderung: „Rampe“, 2 Hamburg 11, Alter Steinweg 43
Veranstalter: Hochschulgruppe des KBW
Abfahrt aus Kiel: Arndtplatz/Schrevenpark, 17.30 Uhr
nungen, durch einen Appell an den „Sozialismus“ der Machthaber die Lage bessern zu können, sich erledigt haben. Das ist die historische Leistung von Edward Gierek, der als „einer von euch“ antrat und sich stattdessen als ein moderner Industriebaron und dazu noch als Wechselritter erwiesen hat.
Wenn die polnischen Arbeiter nach solchen Erfahrungen nicht zum wissenschaftlichen Sozialismus als erstem greifen, um ihre Lage und ihre Ziele aufzuklären, wenn es jetzt eine große politische Debatte, eine offene Suche nach Wegen und Lösungen gibt – wen soll das wundern. Es stimmt: mit jenem Staatssozialismus Marke SU, der eine kurze Zeitspanne wielleicht die Produktivkräfte des Landes entwickeln konnte – aber in welcher Einseitigkeit, und zu welchem Preis! –
damit sind die polnischen Arbeiter allerdings fertig. Zurück zur Privatkapitalismus westlicher Prägung will trotzdem keiner. Tatsächlich steht dieser Weg nicht einmal offen. Es scheint, daß von der einmal geschaffenen Form des gesellschaftlichen Eigentums kein Weg zurückführt. Es gibt nur einen Weg vorwärts, zur wirklichen Inbesitznahme des Gesellschaftskapitals durch die arbeitende Gesellschaft. Alle 21
Forderungen des Danziger Abkommens (dessen vollständigen Text wir erstmals veröffentlichen) liegen gerade auf diesem Wege. Das ist eine Klassenbewegung, die hundert Mal näher zu einem realen Sozialismus steht als ihre Gegenspieler und Feinde im Lager des „realen Sozialismus“.

Leserbrief

Zum Artikel „Nicht das Spekulantentum ...“, KVZ 15/81, S. 15

Der Artikel ist in eine Selbstkritik und in eine Darstellung der allgemeinen Entwicklungsgründe des Wohnungskapitals mit einigen allgemeinen Forderungen unterteilt.

1. Die Selbstkritik im zweiten Absatz der ersten Spalte kann man sich sparen, da sie praktisch nur Genossen interessiert. Nichtorganisierte legen hier spätestens den Artikel zur Seite.

2. Die allgemeine Entwicklung der Grundrente und der Zusammenhang mit den Mieten, die in der Forderung nach Verstaatlichung des Grund und Bodens mündet, bleibt abstrakt, weil sie nicht auf die konkrete Lage in Hamburg, speziell in den Abrißgebieten, bezogen wird. Außerdem muß man feststellen, daß viele Mietskasernen in Hamburg direkt oder indirekt im Besitz des Hamburger Senats sind und sich an der Mietsituation nichts geändert hat. Auf der Mieterveranstaltung wurde festgestellt, daß die Häuser im Besitz des Staates noch stärker verwahrlost sind als die von privaten Kapitalisten, daß einige 100 staatliche Wohnungen leerstehen und viele abgerissen werden oder werden sollen usw. Fragt sich was die „Verstaatlichung“von Grund und Boden und staatlicher Wohnungsbesitz *tatsächlich* bisher genützt hat?

3. Der bundesweite Kampf für bezahlbaren und ausreichenden Wohnraum ist m. E. auch kein Kampf allgemein gegen das Spekulantentum, das ist wohl eher eine Parole, die von der DKP in die Bewegung hineingetragen wird, sondern im wesentlichen entzündet sich der Kampf dann, wenn Leute, die Wohnraum schon jahrelang suchen, sehen, wie noch ordentliche Wohnungssubstanz leersteht oder vernichtet wird.

Man muß hier auch sehen, daß nicht *allgemein* die Arbeiterklasse und Volk betroffen sind. Ich meine, es kann nur nützlich sein, wenn wir hier genauer untersuchen. Wir werden dann auch darauf stoßen, daß der Kampf geführt wird z. B. von Jugendlichen, um Räume für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum zu bekommen (Zürich) oder von Studenten, um Studentenbuden oder um größere Altbauwohnungen zu bekommen, in denen „alternative Lebensformen und Wohnformen“ erprobt werden sollen, oder Schüler, die von ihren Eltern weg wollen, um selbständig zu sein, oder von Rentnern usw.

Daß die menschlichen Bedürfnisse nicht verwirklicht werden können, obwohl dies offenbar möglich ist, wenn die Verhältnisse anders wären, das ist die subjektive Triebkraft der Bewegung.

Es wäre gut, wenn in künftigen Artikeln die subjektiven Triebkräfte mit zur Sprache kämen und zwar auch konkret für Hamburg und nicht nur die allgemeinen kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten mit dem Grundtenor: Man kann kaum was machen, es sei denn die Revolution.

Tatsache ist nämlich, es wird was gemacht (wenn auch nicht vom KBW) und die bürgerlichen Politiker reagieren auch hektisch darauf.

güh, Hamburg

Antwort auf den Leserbrief

cld. Zu Deinem ersten Kritikpunkt: Ich bin nicht Deiner Ansicht, daß es nur die Mitglieder interessiert, welche Stellung der KBW heute zu seinen Fehlern in den vergangenen Jahren hat. In der Mieterbewegung z. B. ist es so, daß wir bis 76 in verschiedenen Mieterinitiativen mitgearbeitet haben. Wir haben dann diese Mitarbeit im Laufe der Zeit einschlafen lassen, bzw. sind aus den Mieterinitiativen herausgegangen. Der Grund dafür war die in meinem Artikel kritisierte Hinwendung zu ökonomistischen Positionen. Heute, wo wir die Mitarbeit und Unterstützung der Mieterbewegung als eine Aufgabe neu in Angriff nehmen, können wir nicht einfach so tun, als wäre nichts gewesen. Die Leute, die jahrelang in dieser Bewegung gearbeitet haben und heute auch noch den aktivsten Teil der Bewegung stellen, wollen schon wissen, welche Kritik wir an unseren Fehlern haben. Ohne öffentliche Selbstkritik unsererseits, wird sich kaum eine solidarische und freundschaftliche Zusammenarbeit entwickeln können. Diesen Leuten gegenüber ist also eine Selbstkritik unbedingt notwendig.

Darüberhinaus muß man davon ausgehen, daß der gegenwärtige Leserkreis der KVZ in Hamburg bei einer Auflage von ca. 500 Exemplaren im wesentlichen aus Leuten besteht, die schon seit längerem die Politik des KBW mit oder ohne Sympathie verfolgen. Dieser Leserschaft gegenüber ist es auch notwendig, unsere Kritik an unserer bisherigen Politik zur Kenntnis zu bringen. Wie sollen sie sonst ein Vertrauen in die fortschrittliche Veränderung der Politik des KBW gewinnen.

Du hast in dem Punkt Recht, daß es unklug ist, die Selbstkritik an den Anfang des Artikels zu stellen, da sie ja nicht der Hauptinhalt und nicht das wesentliche Thema des Artikels sein sollte.

Zu Punkt 2: Die Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens ist eine allgemeine Forderung, unter der der Kampf gegen die Wohnungsnot geführt werden kann. Ihre Verwirklichung löst nicht die Wohnungsnot. Ihre Verwirklichung kann höchstens zur Abmilderung der Wohnungsnot beitragen, insofern die absolute Grundrente als Teil des Mietpreises wegfällt. Durch ihre Verwirklichung allein wird auch kein einziges Haus vorm Abriß gerettet oder ausreichender Wohnraum für alle geschaffen. Bei Verstaatlichung des Grund und Bodens ergibt sich aber, neben einer gewissen Verbilligung der Mieten, daß der Kampf für ausreichenden Wohnraum sich auf *einen* Gegner konzentriert, den bürgerlichen Staat. Das ist meiner Ansicht nach schon günstig für die Kämpfe.

Zu Punkt 3:
Ich habe in meinem Artikel nicht behauptet, daß der Kampf für ausreichenden Wohnraum ein Kampf allgemein gegen das Spekulantentum ist. Der Kampf entzündet scih aber häufig an Spekulationsobjekten, wie den Häusern von Ruppert hier in Hamburg und von vielen werden die Spekulanten und die Spekulation in Wohnraum als Grundübel angesehen. Ob von der DKP hineingetragen oder nicht, Tatsache ist, daß z. B. der „Verein Mieter helfen Mieter“, der eine Zusammenfassung der verschiedensten, aktiven Teile der Mieterbewegung in Hamburg ist, entsprechende Forderungen aufstellt. Notwendig ist es,gegen solche Forderungen zu polemisieren, weil sie eine falsche Stoßrichtung des Kampfes angeben. Genausowenig wie der Kampf gegen die Börsenspekulanten die auf eine hohe Ausbeutungsrate spekulieren, geführt wird, sondern gegen die Kapitalisten zur Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, muß der Kampf um ausreichenden Wohnraum nicht gegen die Wohnraumspekulanten geführt werden, sondern gegen die Grundbesitzerklasse zur Abschaffung des Privateigentums an Grund und Bodens.

Du hast da Recht, wenn Du darauf hinweist, daß wir in der KVZ die subjektiven Triebkräfte, die in Hamburg für die Mieterbewegung ausschlaggebend sind, untersuchen und darstellen müssen. Wir werden damit in einer der nächsten Nummern der KVZ anfangen, indem wir mit Mitgliedern einer Mieterinitiative ein Interview machen werden.

Nicht einverstanden bin ich mit Deiner Einschätzung, daß die Wohnungsnot und der Kampf gegen die Wohnraumzerstörung die Arbeiterklasse und Volk nicht allgemein betrifft. Sieht man sich die Pläne der bürgerlichen Parteien zur Wohnungsnot an, kann man feststellen, daß sowohl der Ruf der CDU nach mehr Marktwirtschaft wie auch die Vorstellungen der SPD (siehe auch diese KVZ S. 13), nicht nur Teile der Arbeiterklasse und des Volkes betreffen, sondern insgesamt und für alle die Wohnungssituation und damit die Reproduktion verschlechtern. Deswegen ist es auch notwendig, an der Herstellung eines Bündnisses zwischen Arbeiterbewegung und der Bewegung gegen die Wohnraumzerstörung zu arbeiten. Die Voraussetzungen dafür sind günstig. Die Arbeiterklasse in Westdeutschland hat sowohl die materiellen Grundlagen für die Befriedigung des Bedürfnisses nach ausreichendem Wohnraum geschaffen, wie sie auch einen bestimmten Standard in der Befriedigung dieses Bedürfnisses erkämpft hat. Das sind die materiellen und politischen Bedingungen dafür, daß die Hausbesetzerbewegung solchen Umfang angenommen hat und nicht einfach von der Bourgeoisie zerschlagen werden kann. Andererseits liegt die demokratische Beschlagnahme von leerstehendem Wohnraum durch die Massen im Interesse der Arbeiterklasse und wird, wie Engels schreibt, die erste Maßnahme des Proletariats nach der Revolution sein, um die Wohnungsnot zu beseitigen.

Max von der Grün

gek. Die Fernsehausstrahlung von „Flächenbrand“, der verfilmten Version des letzten Romans von Max von der Grün, hat uns den Anlaß geboten, diesen Autor einmal wiederzulesen, der als der einzig erfolgreiche „Arbeiterschriftsteller“ in der BRD seit bald 20 Jahren läuft.

1963 hatte sein zweiter Roman „Irrlicht und Feuer“, den er wie seinen Erstling („Männer in zweifacher Nacht“) als Untertagearbeiter zwischen Früh-, Spät- und Nachtschicht verfaßt hatte, ihm einen Ruf als überall aneckender proletarischer Einzelgänger verschafft. Zuerst hatte sich die Firma Westfalia Lünen als Herstellerin von Bergwerksausrüstungen durch die drastische Schilderung eines Unfalls unter Tage in ihrer Geschäftsehre verletzt gefühlt und die Abänderung oder Einstampfung des Romans verlangt. Die Gewerkschaft hatte von der Grün, dem dann auch noch von seiner Zeche gekündigt wurde, Rechtsschutz gegeben. Bis dann dem Vorabdruck einzelner Passagen der ganze Roman folgte und die Gewerkschaft sich nun selbst wegen „gewerkschaftsfeindlicher Passagen“ angegriffen fühlte.

Das alles verstärkte aber nur den Charakter eines Ereignisses, den das bloße Erscheinen des Romans hatte – daß hier die „Arbeitswelt“, diese unterirdische Gesellschaft unter dem Boden der offiziellen, gutbürgerlichen Gesellschaft zum literarischen Thema wurde, und daß ein Arbeiter, Repräsentant einer gar nicht mehr existierenden Klasse, wie wir damals belehrt wurden, einen Romanhelden abgab. Und es war auch ein Ereignis mit Wirkungen. Zur selben Zeit, wo Göttinger Soziologen die empirische Untersuchung „Gibt es noch ein Proletariat?“ herausbrachten, in der sie feststellten, daß im „Arbeiterbewußtsein“ die Gesellschaft noch immer „dichotomisch“, in oben und unten, eingeteilt werde – da sprach hier die fragliche Klasse plötzlich in literarischer, pathetischer Sprache selbst über sich und ihr Schicksal:

„Während des Krieges hatte Karl an die Förderwagen unter Tage mit Kreide geschrieben: Heil Moskau, Hitler ist eine Drecksau! Karl war nie Kommunist, aber er mochte Hitler nicht, er konnte keine braune Farbe sehen ...

Kurz vor Kriegsende kam er wieder. Sein Körper, früher schon durch die vielen Jahre Arbeit unter Tage von fallendem Gestein zerstochen und mit schwarzgrünen Narben übersäht, sah nach seiner Entlassung aus, als habe ein Bauer darauf geeggt. Wunderlich war er geworden, jede Woche entwarf er einen neuen Plan zur Eroberung der Erde und einen genauen Marschplan für den Sieg des Proletariats. Als ich ihm voriges Jahr einmal sagte, daß es kein Proletariat mehr gibt, daß der Ar-

den der offiziellen, gutbürgerlichen Gesellschaft zum literarischen Thema wurde, und daß ein Arbeiter, Repräsentant einer gar nicht mehr existierenden Klasse, wie wir damals belehrt wurden, einen Romanhelden abgab. Und es war auch ein Ereignis mit Wirkungen. Zur selben Zeit, wo Göttinger Soziologen die empirische Untersuchung „Gibt es noch ein Proletariat?“ herausbrachten, in der sie feststellten, daß im „Arbeiterbewußtsein“ die Gesellschaft noch immer „dichotomisch“, in oben und unten, eingeteilt werde – da sprach hier die fragliche Klasse plötzlich in literarischer, pathetischer Sprache selbst über sich und ihr Schicksal:

„Während des Krieges hatte Karl an die Förderwagen unter Tage mit Kreide geschrieben: Heil Moskau, Hitler ist eine Drecksau! Karl war nie Kommunist, aber er mochte Hitler nicht, er konnte keine braune Farbe sehen ...

Kurz vor Kriegsende kam er wieder. Sein Körper, früher schon durch die vielen Jahre Arbeit unter Tage von fallendem Gestein zerstochen und mit schwarzgrünen Narben übersäht, sah nach seiner Entlassung aus, als habe ein Bauer darauf geeggt. Wunderlich war er geworden, jede Woche entwarf er einen neuen Plan zur Eroberung der Erde und einen genauen Marschplan für den Sieg des Proletariats. Als ich ihm voriges Jahr einmal sagte, daß es kein Proletariat mehr gibt, daß der Ar-

beiter sich beleidigt fühlt, wenn er so genannt wird, denn jeder Arbeiter habe heute eine gute Wohnung und fahre bald ein Auto, sah er mich verwirrt an. Gibt es denn keine Armen mehr? fragte er mich. Ja, sagte ich, die gibt es auch noch, aber das darf man nicht so laut sagen, denn Gewerkschaft und Unternehmer hören das nicht gern.“

Als 1979 „Flächenbrand“ erschien (nach „Zwei Briefe an Pospischiel“, 1968 und „Stellenweise Glatteis“, 1973), war das kein Ereignis mehr. Der Fernsehfilm letzten Sonntag war als Ereignis höchstens eine Katastrophe. Wie kann man einen Thriller über die Ausbreitung des Neonazismus machen, der einen so gleichgültig läßt? Woran lag's bloß, daß Horst Frank als der arbeitslose Maurer Lothar Steingruber mit seiner ewig bedeutungsschwangeren Miene, seine trotzige Tochter im Parka, die aus Abenteuerlust oder weiß der Kuckuck was in eine Nazi-Gang gerät und dann erpresst wird, oder Manfred Krug als SPD-Ortsvereinsvorsitzender, der gegen den Abriß der Siedlung kämpft und – vorwärts, du Vollblutprolet! – die Flasche links und einen Weiberarsch rechts in der Pranke hält – daß alle diese Figuren genauso leblos, an langen Fäden gezogen erschienen wie die ganze Handlung selbst. Das Drehbuch, von Max von der Grün geschrieben, und der Roman sind auch nicht besser. Offenbar geht das so nicht mehr mit dem Arbeiterschriftsteller.

Nun hatte sich ja Max von der Grün gegen seine Einstufung als „Arbeiterschriftsteller“ immer gewehrt, so 1971 in einem Interview: „Ich habe einmal gesagt, der schreibende Arbeiter sei eine Fiktion. Und dazu stehe ich nach



wie vor. Das ändert nichts daran, daß immer wieder Leute aus der Arbeiterschaft kamen und kommen werden, die Autoren werden. Ich wehre mich aber dagegen, ... daß man sagt: Ar-

gesagt, der schreibende Arbeiter sei eine Fiktion. Und dazu stehe ich nach



wie vor. Das ändert nichts daran, daß immer wieder Leute aus der Arbeiterschaft kamen und kommen werden, die Autoren werden. Ich wehre mich aber dagegen, ... daß man sagt: Ar-

beiter, setz dich hin und schreibe und verbessere dadurch deine Lage. Das ist eine Fiktion.“ Das war damals in der prinzipiell geführten Auseinandersetzung mit dem neugegründeten „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt“ gesagt. Von der Grün hatte seit 1961 der Dortmunder „Gruppe 61“ angehört, einer losen Vereinigung von Schriftstellern (u.a. Wallraff, Josef Reding, P.P. Zahl), deren Ziel es war, „über die Literatur das Thema ‚Arbeitswelt‘ oder ‚Der Mensch in der industriellen Gesellschaft‘ in das öffentliche Bewußtsein zu bringen“ – so verstand es jedenfalls Max von der Grün. „Ich glaube, das kann sie weniger, wenn sie sich als Kampfgruppe versteht, sondern nur, wenn aus dieser Gruppe Produkte kommen, die in das öffentliche Bewußtsein eingehen.“

Von der Grün mit seinem Anspruch, zuerst Schriftsteller, Künstler zu sein, und nur von Herkunft und Thema Arbeiter – seit 1964 lebt er auch von der Schriftstellerei – verschmerzte die Auflösung der „Gruppe 61“ durchaus. In ihre Fußstapfen trat der Werkkreis, der sich programmatisch das Ziel setzte, die literarische Tätigkeit von bewußter Parteinahme bestimmen zu lassen; an die Stelle der bloßen künstlerischen Auseinandersetzung mit der Arbeitswelt die Bewußtwerdung des schreibenden Arbeiters zu setzen; zu diesem Zweck die kollektive gegenüber der bloß individuellen Arbeit zu fördern; und anderes mehr. Man könnte meinen, die Praxis des Werkkreises habe von der Grün widerlegt. Mehrere hundert Leute haben sich die ganzen 70er Jahre über in einer organisierten, kontinuierlichen Weise in diesem Rahmen an der Schaffung einer „Literatur der Arbeitswelt“ versucht. Die eigene Buchreihe, die der Fischer-Verlag dem Werkkreis eingeräumt hat, hatte bis 1979 schon 28 Titel in einer Gesamtauflage von 670000 gebracht. Darüber hat sich die Arbeiterbewegung viele in ihr selbst enthaltene Bildungselemente zugeführt; umgekehrt sind – vor allem über die Schulen – gewisse Kenntnisse über die Lage der Arbeiter und das Fabrikleben in allen Teilen des Volkes verbreitet worden. Nur, eine proletarische Literatur, die sich selbstbewußt neben die offizielle, bürgerliche Literatur stellen könnte – genauer gesagt, gegen die als Einzelprodukte von Schriftstellern geschaffenen, verkauften und auf den Markt gebrachten Romane, Erzählungen, Gedichte –, so etwas ist in den Werkkreisen nicht entstanden. Von den zahlreichen Kurzgeschichten und Reportagen, um die es sich überwiegend handelt, stellen doch nur wenige „Produkte, die in das öffentliche Bewußtsein eingehen“, dar, wie Max von der Grün gefordert hatte, und womit gemeint waren: künstlerische Gestaltungen der Wirklichkeit, die von Dauer sind, oder die, nach einer alten Formulierung Theodor Fontanes, sich zur bloßen Abschilderung der Wirklichkeit verhalten wie der Stahl zum Roheisen.

Was hat nun aber Max von der Grün selbst zur Schaffung einer Literatur, die seinen Ansprüchen genügt, beigetragen? „Irrlicht und Feuer“ hatte ja, um im Bild zu bleiben, wirklich noch etwas von literarischem Roheisen, Rohmaterial auf der ersten Stufe der Bearbeitung. Und ist daher noch immer lesenswert, als ein Dokument der Arbeiter-

auflage von 670000 gebracht. Darüber hat sich die Arbeiterbewegung viele in ihr selbst enthaltene Bildungselemente zugeführt; umgekehrt sind – vor allem über die Schulen – gewisse Kenntnisse über die Lage der Arbeiter und das Fabrikleben in allen Teilen des Volkes verbreitet worden. Nur, eine proletarische Literatur, die sich selbstbewußt neben die offizielle, bürgerliche Literatur stellen könnte – genauer gesagt, gegen die als Einzelprodukte von Schriftstellern geschaffenen, verkauften und auf den Markt gebrachten Romane, Erzählungen, Gedichte –, so etwas ist in den Werkkreisen nicht entstanden. Von den zahlreichen Kurzgeschichten und Reportagen, um die es sich überwiegend handelt, stellen doch nur wenige „Produkte, die in das öffentliche Bewußtsein eingehen“, dar, wie Max von der Grün gefordert hatte, und womit gemeint waren: künstlerische Gestaltungen der Wirklichkeit, die von Dauer sind, oder die, nach einer alten Formulierung Theodor Fontanes, sich zur bloßen Abschilderung der Wirklichkeit verhalten wie der Stahl zum Roheisen.

Was hat nun aber Max von der Grün selbst zur Schaffung einer Literatur, die seinen Ansprüchen genügt, beigetragen? „Irrlicht und Feuer“ hatte ja, um im Bild zu bleiben, wirklich noch etwas von literarischem Roheisen, Rohmaterial auf der ersten Stufe der Bearbeitung. Und ist daher noch immer lesenswert, als ein Dokument der Arbeiter-

bewegung der 60er Jahre. Einem zwischen zwei Schichten geschriebenen Roman kann man wirklich vieles verzeihen: die sprunghaft ungeordnete Handlung; die manchmal unsägliche Lyrik. („Ich atmete ihren Atem, der stoßartig über mein Gesicht strich.



Zwischen uns stieg eine Spannung auf, die jeden Moment ... – Sie sprang sofort, als hätte sie mich erraten (?!), in den Graben. – Nicht, flüsterte die Frau, nicht ... – Aber ich wollte doch nicht, sagte ich. – Die Wolkenwand war gewichen, der Wind stärker geworden, die Sterne ungewöhnlich hell und groß.“)

Hier ist alles echt, einschließlich der Pünktchen, Pünktchen, Pünktchen. Das Problem ist, daß jede dieser Schwächen heute eine Masche des Schriftstellers von der Grün geworden ist, der, um seine Lücke im offiziellen Literatur-Katalog zu wahren, seinen Standort Dortmund, seinen Siedlungskotten dort und seinen Platz am Tresen eisern beibehalten hat – nur daß jetzt 1981 ist und die Stadt Dortmund mitsamt der darin hausenden Arbeiterbewegung eine andere wie vor 20 Jahren. So ist „Flächenbrand“ tatsächlich zu einem rein konservativen Lamento geworden, politisch und künstlerisch.

Immer stärker spielen in seinen Romanen Zufälle die eigentliche, die Handlung treibende oder jedenfalls spannende Rolle. In „Irrlicht und Feuer“ die nächtliche Begegnung mit der Frau am Bahndamm, die von ihrem Mann geschlagen wird, der sich als selbiger heraustellt, welcher den alten Karl im KZ auf den Bock gespannt hatte. Oder in „Zwei Briefe an Pospischiel“ die Begegnung mit der jungen Anhalterin, diesmal am hellichten Tag, welche die Tochter von jenem Mann ist, welche die Mutter vom Elektrizitätsarbeiter Paul Pospischiel erkannt zu haben glaubt, als denselbigen, der vor dreißig Jahren ihren Mann wegen Bibelforscherei bei den Nazis angezeigt hatte, und wegen dem Pospischiel losfährt, wo er dann die Anhalterin trifft, welche ... – In „Flächenbrand“ der arbeitslose Maurer Lothar, dem der windige Bauspekulant Balke einen Fahrerjob anbietet, bei dem er, wie er herausfindet, Waffen transportiert, die für dieselbigen Faschisten aus der Stadt bestimmt sind, zu welchen ihm die Tochter davonläuft, welche Waffen er dann auf demselbigen Friedhof wiederfindet, auf dem er nach dem Fahrerjob Arbeit angenommen hat ...

Man sieht, die Handlung läßt sich nur in Form von Schachtelsätzen wiedergeben. Von der Grün greift immer

bewegung eine andere wie vor 20 Jahren. So ist „Flächenbrand“ tatsächlich zu einem rein konservativen Lamento geworden, politisch und künstlerisch.

Immer stärker spielen in seinen Romanen Zufälle die eigentliche, die Handlung treibende oder jedenfalls spannende Rolle. In „Irrlicht und Feuer“ die nächtliche Begegnung mit der Frau am Bahndamm, die von ihrem Mann geschlagen wird, der sich als selbiger heraustellt, welcher den alten Karl im KZ auf den Bock gespannt hatte. Oder in „Zwei Briefe an Pospischiel“ die Begegnung mit der jungen Anhalterin, diesmal am hellichten Tag, welche die Tochter von jenem Mann ist, welche die Mutter vom Elektrizitätsarbeiter Paul Pospischiel erkannt zu haben glaubt, als denselbigen, der vor dreißig Jahren ihren Mann wegen Bibelforscherei bei den Nazis angezeigt hatte, und wegen dem Pospischiel losfährt, wo er dann die Anhalterin trifft, welche ... – In „Flächenbrand“ der arbeitslose Maurer Lothar, dem der windige Bauspekulant Balke einen Fahrerjob anbietet, bei dem er, wie er herausfindet, Waffen transportiert, die für dieselbigen Faschisten aus der Stadt bestimmt sind, zu welchen ihm die Tochter davonläuft, welche Waffen er dann auf demselbigen Friedhof wiederfindet, auf dem er nach dem Fahrerjob Arbeit angenommen hat ...

Man sieht, die Handlung läßt sich nur in Form von Schachtelsätzen wiedergeben. Von der Grün greift immer

stärker aufs Ablaufschema des Krimis zurück, von der „Tat“ bis zur „Auflösung“, weil es ihm immer schwächer nur noch gelingt, die inneren Triebkräfte, denen seine Personen gehorchen, ihre Entwicklung deutlich zu machen. Und soweit sie unter dem Zwang äußerer Triebkräfte stehen, bewegt sich die Handlung wieder im spannungslos undialektischen Gegensatz von Guten und Bösen, Mächtigen und Ohnmächtigen – eine Handlung, die man dann eben künstlich spannen muß. Seine Personen sind ein für allemal, was sie sind: der mit seiner Klasse, ihren Klassenorganisationen und sich selbst zerfallene sozialdemokratische Facharbeiter (der Held); der seelenlose Bürokrat oder bestochene Gewerkschaftsbonze; für Zucht und Ordnung schwärmender Gymnasiallehrer; unschuldig in die schuldbeladene deutsche Vergangenheit verstricktes junges Geschöpf (fast die einzige Art, wie Jugendliche bei ihm vorkommen!); alter, von Nazis gefolterter, mit der Staublunge sein Leben aushustender Bergarbeiter ohne klares Bewußtsein, was sein Leben war.

Die Arbeiter als Klasse bringen es in den Romanen von der Grüns bestenfalls bis zu einem gewalttätigen Auflauf vor dem Werkstor, um dann an der Nase herumgeführt, in falsche Panik versetzt zu werden, bis sie sich undankbar gegen den Helden wenden, der in Einzelaktion seine Wahrheiten und Enthüllungen an die Öffenltichkeit gebracht hat – den Grubenunfall in „Irrlicht und Feuer“, die Abhöraffäre in „Stellenweise Glatteis“, die faschistische Verschwörung in „Flächenbrand“. Schon die Naturbilder, die die Titel seiner Romane tragen, Irrlicht und Feuer, Glatteis, Flächenbrand, entsprechen diesen Handlungen, die die unbegriffene, daher verkünstelte und übertrieben widerspiegelten Entwicklungen der Gesellschaft darstellen. Das aber liegt dann doch an der Fixierung der Themen auf die „Arbeitswelt“ – oder negativ, auf den Ausbruch aus der Arbeitswelt –, auf der Darstellung der Welt „vom Standpunkt des Arbeiters“. Es führt aber für den Arbeiter, der Schriftsteller geworden ist, wie für seine ganze Klasse kein Weg daran vorbei, daß sie die Welt, die Klassengesellschaft, durchschauen lernen müssen, wie sie ist, in allen ihren Erscheinungen, daß sie zur Höhe des Verständnisses der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hocharbeiten müssen, in der Theorie wie in der Kunst. Da zählt nicht der „Standpunkt“, sondern der Realismus, den je-

sein Leben war.

Die Arbeiter als Klasse bringen es in den Romanen von der Grüns bestenfalls bis zu einem gewalttätigen Auflauf vor dem Werkstor, um dann an der Nase herumgeführt, in falsche Panik versetzt zu werden, bis sie sich undankbar gegen den Helden wenden, der in Einzelaktion seine Wahrheiten und Enthüllungen an die Öffenltichkeit gebracht hat – den Grubenunfall in „Irrlicht und Feuer“, die Abhöraffäre in „Stellenweise Glatteis“, die faschistische Verschwörung in „Flächenbrand“. Schon die Naturbilder, die die Titel seiner Romane tragen, Irrlicht und Feuer, Glatteis, Flächenbrand, entsprechen diesen Handlungen, die die unbegriffene, daher verkünstelte und übertrieben widerspiegelten Entwicklungen der Gesellschaft darstellen. Das aber liegt dann doch an der Fixierung der Themen auf die „Arbeitswelt“ – oder negativ, auf den Ausbruch aus der Arbeitswelt –, auf der Darstellung der Welt „vom Standpunkt des Arbeiters“. Es führt aber für den Arbeiter, der Schriftsteller geworden ist, wie für seine ganze Klasse kein Weg daran vorbei, daß sie die Welt, die Klassengesellschaft, durchschauen lernen müssen, wie sie ist, in allen ihren Erscheinungen, daß sie zur Höhe des Verständnisses der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hocharbeiten müssen, in der Theorie wie in der Kunst. Da zählt nicht der „Standpunkt“, sondern der Realismus, den je-

de künstlerische Fiktion nur zu steigern hat. Max von der Grün ist in der Marktlücke, in der ihn sein Verlag eingesperrt hält, aus Mangel an Entwicklungsspielraum hängen geblieben. Das Problem, das er aufgeworfen hat, ist bisher ungelöst.

Fernsehvorschau:

Lion Feuchtwanger's „Exil“

acm. Zwischen 1927 und 1939 schrieb Lion Feuchtwanger (1884 – 1958) seine Romantrilogie „Der Wartesaal“ mit den Bänden „Erfolg“, „Die Geschwister Oppermann“ und „Exil“. Feuchtwanger, der – auf einer Vortragsreise 1933 von der faschistischen Machtergreifung überrascht – im Exil lebte, hat sich in dieser Trilogie mit den deutschen Ereignissen zwischen den Kriegen von 1914 und 1939 beschäftigt. Für ihn bedeutet der Faschismus: „Wiedereinbruch der Barbarei in Deutschland und ihren zeitweiligen Sieg über die Vernunft“. Der Form nach handelt es sich um einen historischen Roman, in dem er die Auswirkungen der Nazi-Herrschaft beschreibt, nicht als Klassenherrschaft, sondern im Sinne des genannten Zitats. Der Schauplatz in „Exil“ ist Paris im Jahre 1935, Stadt tausender von Flüchtlingen. Erzählt wird das Schicksal des Publizisten F. Benjamin, der von den Nazis nach Deutschland verschleppt wird, weil er eine Exilzeitung gegen diese herausbringt. Und Musikprofessor S. Trautwein, dem es schließlich gelingt, dem Verschleppten die Flucht aus dem KZ zu ermöglichen, steht im Mittelpunkt. Berichtet wird in diesem Rahmen auch von den Lebensbedingungen der im Exil Lebenden und ihren politischen Tätigkeiten.

Feuchtwanger schrieb 1939 in einem Nachwort zu seinem Roman: „Ich selber bin überzeugt, daß die ungeheure, blutige Groteske, die sich in uns und an uns allen austobt, enden wird mit dem Sieg der Vernunft über die Dummheit. Darum setze ich auch kein ‚finis‘ unter diesen dritten Teil des Roman-Zyklus ‚Der Wartesaal‘. Ich rechne damit, daß ich das Werk mit einem Epilog ‚Rückkehr‘ werde schließen können. Zuversicht solcher Art war es, die mich das letzte Kapitel dieses Romans ‚Exil‘ schreiben hieß, und ich hoffe, diese Zuversicht überträgt sich auf den Leser.“

Wenn auch Feuchtwanger mit seiner Betrachtung vom „Sieg der Vernunft über die Dummheit“ nicht den Gang und den Kern der Entwicklung trifft, so gehören doch seine Beschreibungen zur realistischen und anklagenden Literatur gegen die faschistische Herrschaft.

Im ARD wird jetzt die Verfilmung des Romans „Exil“ in 7 Folgen gezeigt.

Sonntag, 26.4., 21.05 Uhr (1. Teil)